

SCHWEIZERISCHE

NATIONALBANK

1965

ACHTUNDFÜNFZIGSTER
GESCHÄFTSBERICHT DER
SCHWEIZERISCHEN
NATIONALBANK

1965

BERICHT DES DIREKTORIUMS
ÜBER DIE TÄTIGKEIT
DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK
IM JAHRE 1965

A. ALLGEMEINE BETRACHTUNGEN

1. Weltwirtschaftliche Entwicklung

Die *weltwirtschaftliche Entwicklung* setzte ihren Anstieg im Jahre 1965 in unterschiedlichem Ausmass fort. Das Wachstum der Nachfrage und der Produktion schwächte sich aber gesamthaft leicht ab. In den Vereinigten Staaten von Amerika hielt der Aufschwung, getragen von steigenden Investitionen sowie von einer durch die zunehmende Beschäftigung angeregten Ausweitung des Konsums, unvermindert an. Im westeuropäischen Raum liess dagegen der Konjunkturauftrieb allgemein etwas nach, und in überseeischen Rohstoffländern trat ein Rückgang ein. Die stärkste Expansion war, wie schon im Vorjahr, in der Bundesrepublik Deutschland zu beobachten, wobei sich allerdings die Entwicklung auf einzelnen Wirtschaftsgebieten etwas verlangsamte. In Frankreich und Italien wurden zeitweilig Anzeichen einer Wiederbelebung der Konjunktur sichtbar; doch gaben die Merkmale der Stagnation, auf Teilgebieten sogar der Rezession, dem wirtschaftlichen Gesamtbild weiterhin das Gepräge. Grossbritannien sah sich als Folge von Währungsschwierigkeiten zu einem deflatorischen Kurs gezwungen, der sich in einer Rückbildung der Nachfrage zu äussern begann. Für zahlreiche Exportländer von Agrar- und Rohprodukten wirkte sich die bis in den Herbst hinein schwache Haltung der meisten Weltmarktpreise nachteilig auf die Wirtschaftslage aus.

Die Sorge um die Erhaltung der Kaufkraft des Geldes bildete im Jahre 1965 wiederum das zentrale wirtschaftspolitische Problem der meisten Länder. Auch in den Vereinigten Staaten, die sich während Jahren einer bemerkenswerten Preisstabilität erfreut hatten, breiteten sich Befürchtungen über einen verstärkten Preisanstieg aus. Auftriebsimpulse gingen sowohl von den wachsenden Staatsausgaben und den Steuererleichterungen als auch von der Politik verhältnismässig niedriger Zinssätze aus. Die Auswirkungen auf die Preisentwicklung hielten sich aber bisher trotz des fortschreitenden Abbaus unausgenützter Produktionskapazitäten und zunehmender Beschäftigung in engen Grenzen, weil die Kostensteigerungen zu einem erheblichen Teil durch Rationalisierung aufgefangen werden konnten. In der zweiten Jahreshälfte verdeutlichte sich jedoch die Gefahr einer inflatorischen Entwicklung, so dass sich die amerikanischen Währungsbehörden gegen Jahres-

ende veranlasst sahen, durch Erhöhung der Zinssätze dagegen Front zu machen. Die westeuropäische Wirtschaft stand nach wie vor im Zeichen der Teuerung, wozu auch schlechte Ernten als Folge der ungünstigen Witterungsverhältnisse beitrugen. In einzelnen Ländern schwächte sich der Preisauftrieb im Vergleich zum Vorjahr allerdings etwas ab.

Die europäischen *Integrationsbestrebungen* gerieten ins Stocken, weil in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wegen der Finanzierungsprobleme in der Agrarpolitik eine schwere Krise ausgebrochen war. Die französische Regierung weigerte sich in der Folge, an den Arbeiten der Ausschüsse und Gruppen der EWG teilzunehmen. Die Haltung Frankreichs brachte zwar bisher noch keinen Rückschritt vom bereits erreichten Stande der Integration; doch liess sie Zweifel über die Durchführbarkeit der im Vertrag von Rom niedergelegten wirtschaftlichen und politischen Konzeption der Gemeinschaft aufkommen. Die Krise innerhalb der EWG warf ihre Schatten auf jene internationalen Gremien, in welchen die Wirtschaftsgemeinschaft gesamthaft in Erscheinung tritt. So wurde die Aktivität des Allgemeinen Abkommens über die Zölle und den Handel (GATT) behindert, weil die Vertreter der EWG auf ihre Mitwirkung im Rahmen der sogenannten Kennedy-Runde verzichten mussten. Innerhalb der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) wurden sowohl auf dem Gebiete des Güterausstausches als auch in den Belangen der wirtschaftspolitischen Koordination Fortschritte erzielt.

2. Internationale Währungsentwicklung

Die *internationale Währungslage* gestaltete sich im allgemeinen eher ruhiger als im Vorjahr, blieb aber von Störungen wiederum nicht frei. Die Bemühungen der Vereinigten Staaten von Amerika um einen Ausgleich ihrer Zahlungsbilanz zeitigten einige Erfolge. Dagegen geriet das Pfund Sterling, das sich seit 1964 in anhaltenden Schwierigkeiten befunden hatte, Ende Juli in eine neue Vertrauenskrise, die im September dank einer weiteren Stützungsaktion der Notenbanken überwunden werden konnte. Auf dem europäischen Festland zeigten sich zunehmende Spannungen im aussenwirtschaftlichen Verkehr. Während Italien und Frankreich bedeutende Zahlungsbilanzüberschüsse erzielten, sah sich die Bundesrepublik Deutschland einer Verschlechterung ihrer Handels- und Ertragsbilanz gegenüber.

Die vor allem in den Vereinigten Staaten und in Grossbritannien unternommenen Anstrengungen zum Ausgleich der Zahlungsbilanz waren von gewissen Einschränkungen und Erschwerungen im zwischenstaatlichen Handels- und Zahlungsverkehr begleitet. So veranlasste das ungünstige Ergebnis der amerikanischen Zahlungsbilanz in der zweiten Hälfte des Jahres 1964 die Behörden der Vereinigten Staaten anfangs Februar, verschiedene Vorkehren zu treffen, um die als vordringlich erkannte Wiederherstellung des Gleichgewichtes innert nützlicher Frist herbeizuführen. Im Vordergrund standen dabei Massnahmen zur Einschränkung der Kredittätigkeit der Banken im Ausland und der Investitionen der privaten Wirtschaft in anderen Ländern. Auch die britische Regierung sah sich im April gezwungen, neben Vorkehren zur Eindämmung der inländi-

schen Gesamtnachfrage den Kapitalexport durch eine Verschärfung der Devisenkontrolle zu begrenzen. Andererseits setzte sie die im November 1964 eingeführte zusätzliche Einfuhrabgabe von 15% mit Wirkung ab Ende April auf 10% herab.

Die weltweite *Diskussion über eine Neuordnung des internationalen Währungssystems* trat im Berichtsjahr in eine neue Phase ein. Rascher als erwartet, wurden Verhandlungen über grundsätzliche Reformfragen in die Wege geleitet. Nachdem der französische Staatspräsident im Februar die Rückkehr zum «reinen Goldstandard» gefordert hatte, erklärte der amerikanische Schatzsekretär im Juli die Bereitschaft seiner Regierung, das Problem einer Neugestaltung des internationalen Währungssystems, einschliesslich der Schaffung zusätzlicher Reservemedien, in Angriff zu nehmen. Er schlug die Einberufung einer weltweiten Währungskonferenz vor. Die meisten europäischen Länder haben diesen Vorstoss mit Zurückhaltung aufgenommen. Dabei wurde geltend gemacht, dass sich vorerst die wichtigsten Währungsländer innerhalb des «Zehner-Clubs» über eine Lösung zu einigen hätten.

Anlässlich der im September in Washington abgehaltenen Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank verständigten sich denn auch die Finanzminister und Notenbankgouverneure der Mitgliedstaaten des «Zehner-Clubs» darüber, zunächst im begrenzten Kreise der zehn Industrieländer Verhandlungen über die Schaffung zusätzlicher Währungsreserven aufzunehmen. Erst wenn dort über die wesentlichsten Elemente einer Lösung eine Einigung erzielt werden kann, sollen Beratungen in einem umfassenderen Gremium gemäss dem amerikanischen Vorschlag in Betracht gezogen werden. An den Sitzungen des «Zehner-Clubs» war die Schweizerische Nationalbank auch im Berichtsjahr durch Beobachter vertreten.

Die in den vorangegangenen Jahren mit Erfolg eingeleitete enge *Zusammenarbeit der Währungsbehörden* der massgebenden Industrieländer wurde weitergeführt. Die zur Rückzahlung fällig gewordenen kurzfristigen Stützungskredite der Notenbanken, die der Bank of England Ende November 1964 zur Überwindung der damaligen Pfundkrise gewährt worden waren, wurden im Mai 1965 durch eine mittelfristige Kredithilfe des Internationalen Währungsfonds im Betrage von 1,4 Milliarden Dollar abgelöst. Da der Währungsfonds indessen nicht über ausreichende eigene Bestände an hierfür benötigten Währungen verfügte, musste er die mit den Ländern des «Zehner-Clubs» im Januar 1962 getroffenen «Allgemeinen Kreditvereinbarungen» im Umfange von 525 Millionen Dollar in Anspruch nehmen.

Die skeptische Beurteilung des Pfundes dauerte jedoch trotz energischen Massnahmen der englischen Regierung zur Wiederherstellung des Zahlungsbilanzgleichgewichtes an. Die Bank of England sah sich deshalb veranlasst, anfangs September die Notenbanken der Mitgliedstaaten des «Zehner-Clubs» und diejenigen Österreichs und der Schweiz sowie die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich um eine neue Kredithilfe anzugehen. Diese Stützungsaktion, an welcher sich Frankreich nicht beteiligte, war dazu bestimmt, einen Umschwung des psychologischen Klimas gegenüber dem Pfund Sterling herbeizuführen. Die Aktion zeitigte den gewünschten Erfolg, ohne dass die Kredithilfe von der britischen Notenbank in Anspruch genommen werden musste.

Die Finanzminister und Notenbankgouverneure der Länder des «Zehner-Clubs» einigten sich im September über die Verlängerung der im Oktober 1966 ablaufenden «Allgemeinen Kreditvereinbarungen» um weitere vier Jahre.

Die *Schweiz* nahm an der internationalen Währungs Kooperation wiederum aktiven Anteil. Gestützt auf den Bundesbeschluss vom 4. Oktober 1963 über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen sowie die in einem Briefwechsel vom 11. Juni 1964 mit dem Internationalen Währungsfonds getroffene Vereinbarung beschloss die Nationalbank im Einvernehmen mit dem Bundesrat anfangs Mai, sich der Kredithilfe des Internationalen Währungsfonds und des «Zehner-Clubs» zugunsten Grossbritanniens anzuschliessen. Der Vorschuss, den die Schweizerische Nationalbank im November 1964 der Bank of England gewährt hatte und der im Ausmass von 174 Millionen Franken, entsprechend dem Gegenwert von 40 Millionen Dollar, beansprucht worden war, wurde durch einen Kredit gleichen Umfanges mit Verlängerungsmöglichkeiten auf längstens fünf Jahre abgelöst. Der Bund leistete hiefür eine Rücknahmegarantie. Damit erhöhte sich der Vorschuss an die Bank of England insgesamt auf 519 Millionen Franken.

An der neuen Hilfsaktion für das Pfund Sterling anfangs September beteiligte sich die Nationalbank mit einer Kreditzusage an die Bank of England, die aber, wie bereits erwähnt, nicht benützt wurde.

Die zwischen der Federal Reserve Bank of New York und der Nationalbank bestehende Swap-Vereinbarung wurde im ersten Quartal des Berichtsjahres von den Vereinigten Staaten erneut in Anspruch genommen, und zwar Mitte Januar mit 60 Millionen und anfangs März mit weiteren 90 Millionen Dollar. Die beiden Operationen dienten dazu, ungesicherte Dollarguthaben der Nationalbank gegen kursgesicherte abzutauschen, womit sich die Umwandlung von neuzugeflossenen Dollars in Gold umgehen liess. Die zeitweilig passive Entwicklung der schweizerischen Devisenbilanz erlaubte in den folgenden Monaten den schrittweisen Abbau sowohl des im Dezember 1964 zwischen der Federal Reserve Bank of New York und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) getätigten Franken-Dollar-Swaps im Umfange von 100 Millionen Dollar als auch des erwähnten Swaps zwischen der Federal Reserve Bank und der Nationalbank von 150 Millionen Dollar. Bis Mitte Juli konnte die Federal Reserve Bank den Swap mit der BIZ und bis Jahresende denjenigen mit der Nationalbank abtragen.

Die im Juni 1964 Italien eingeräumte Währungshilfe konnte wie vorgesehen durch Lohnüberweisungen der in der Schweiz beschäftigten italienischen Arbeitskräfte bis Ende April zurückbezahlt werden.

3. Die schweizerische Wirtschafts-, Kredit- und Währungslage

In der schweizerischen Wirtschaft zeigte sich eine deutliche Verflachung des Konjunkturanstieges. Dies war einesteils die Folge der wirtschaftspolitischen Massnahmen zur Eindämmung der Überkonjunktur, wobei von der Anspannung am Geld- und Kapitalmarkt eine fühlbare Bremswirkung ausging. In derselben Richtung machten sich andernteils Einflüsse vom Ausland her gel-

tend, was sich in einer Verminderung des Bestellungseinganges und des Auftragsbestandes in der Industrie äusserte. Die zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes angestrebte *Beschränkung der Gesamtnachfrage* zeigte sich auf verschiedenen Gebieten. Sowohl die behördlich verfügte Herabsetzung der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte als auch die verringerten Finanzierungsmöglichkeiten führten bei den Investitionen zu einem merklichen Abbau des Nachfrageüberhanges. Der Bedarf an Anlage- und Konsumgütern ging zurück. Im Zusammenhang damit trat in der Entwicklung des *Aussenhandels* eine auffallend starke Veränderung ein. Die Gütereinfuhr verzeichnete nur noch eine geringe Zunahme, wogegen sich der Anstieg der Ausfuhr im vorjährigen Rhythmus fortsetzte. Daraus ergab sich eine bedeutende Verringerung des Handelsbilanzdefizites von über 4 Milliarden Franken im Jahre 1964 auf 3,1 Milliarden im Berichtsjahr. Diese Verbesserung trug zusammen mit anderen Faktoren zu einer wesentlichen Herabsetzung des Fehlbetrages in der Ertragsbilanz bei, der von rund 1,8 Milliarden Franken im Jahre 1964 auf wenige hundert Millionen Franken gesunken sein dürfte.

Die Kennzeichen der Konjunkturberuhigung wurden in verschiedenen Teilgebieten der Wirtschaft sichtbar. Die *Beschäftigung* in der Industrie zeigte einen leichten Rückgang, und der Zuwachs der industriellen Produktion liess eine deutliche Verlangsamung erkennen. Die in den vorangegangenen Jahren festgestellte starke Zunahme der ausländischen Arbeitskräfte machte einer Abnahme Platz. Damit verbunden war eine Hebung der Arbeitsmoral und der Leistung. Die verlangsamte Steigerung der Kleinhandelsumsätze liess auf ein Nachlassen des Nachfragedruckes im Bereiche des Güterkonsums schliessen.

Ein allmähliches Abklingen des hektischen Auftriebes trat im engeren und weiteren *Baugewerbe* sowie am *Liegenschaftenmarkt* ein. Die Konkurrenz in der Bauwirtschaft begann wieder zu spielen, was zur Folge hatte, dass sich der Anstieg der Baukosten fühlbar verlangsamte. Verschiedentlich konnten Bauaufträge zu niedrigeren Preisen vergeben werden als im Vorjahr. Eine ähnliche Entwicklung war bei den Bodenpreisen festzustellen, die jahrelang in raschem Tempo angestiegen waren und deren inflationistischer Auftrieb nun erstmals zum Stillstand kam, in manchen Landesgegenden ausserhalb der grossstädtischen Agglomerationen sogar einer sinkenden Tendenz Platz machte. Die Boden- und Häuserspekulation wurde gebrochen.

Auf einem Gebiet vermochte sich die Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität nicht auszuwirken, nämlich auf demjenigen der *Lebenshaltungskosten*. Ihr Anstieg setzte sich fort und erfuhr sogar eine Beschleunigung. Zum Teil war dies dem Umstand zuzuschreiben, dass die Nahrungsmittelproduktion – nicht nur in der Schweiz, sondern auch in andern europäischen Ländern – durch die ungünstige Witterung beeinträchtigt wurde, was zu erheblichen Preissteigerungen für Agrarprodukte führte. Ausserdem wirkten sich Mietpreisheraufsetzungen, die mit Hypothekarsatzerhöhungen begründet oder als Folge des Überganges von der Mietpreiskontrolle zur Mietpreisüberwachung vorgenommen wurden, im Index der Konsumentenpreise stark aus. Abgesehen davon bestätigte sich die in andern Ländern gemachte Erfahrung, dass selbst bei einer allgemeinen Konjunkturverflachung die Bewegung der Kosten und Preise noch so lange aufwärts gerichtet

bleibt, als die öffentlichen Ausgaben übermässig wachsen, der Arbeitsmarkt angespannt ist, das heisst Lohnbegehren verhältnismässig leicht durchzusetzen sind, und ausserdem in wichtigen Sektoren, wie beispielsweise am Wohnungsmarkt, noch ein Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage besteht. Bei solchen Verhältnissen lassen sich Kostensteigerungen unschwer auf den Konsumenten abwälzen. In der Schweiz trug schliesslich auch die Berücksichtigung des Paritätslohnanspruches der Landwirtschaft, die eine schrittweise Anpassung der Agrarpreise notwendig machte, zur Verteuerung der Lebenskosten bei.

Besondere Aufmerksamkeit erheischte wiederum die Entwicklung des *Wohnungsbaus*. Zwar wurde der soziale und allgemeine Wohnungsbau im Baubeschluss von der Bewilligungspflicht ausgenommen, und auch von der Kreditbegrenzung her erfuhr die Finanzierung solcher Projekte praktisch keine Behinderung. Tatsächlich war denn auch die Wohnungsproduktion im Jahre 1965 grösser als im vorangegangenen Jahr. Hingegen bewegte sich die Zahl der Baubewilligungen rückläufig, wofür aus einer einseitigen Beurteilung der Verhältnisse heraus oft der Anstieg der Zinssätze verantwortlich gemacht wurde. Die Bremswirkung teurerer Zinssätze auf die Konjunktur hatte zwar für den Wohnungsbau ihre Kehrseite in Form höherer Hausbesitzlasten, die wiederum die Rendite- und Mietpreisberechnungen der Bauinteressenten beeinflussten. Man hat jedoch der Verteuerung der Bauzinsen im Verhältnis zu den anderen Baukostenfaktoren ein viel zu grosses Gewicht beigemessen. Eine erheblich grössere Rolle spielte die Tatsache, dass das Risiko, teurere Wohnungen nicht mehr vermieten zu können, sowohl von Bauherren als auch von Geldgebern wesentlich höher veranschlagt wurde als in früheren Jahren, zumal sich in verschiedenen Landesgegenden eine Sättigung des Marktes für Wohnungen der oberen Preisklassen abzeichnete. Auch mit einem gewinnbringenden Weiterverkauf solcher Liegenschaften nach Fertigstellung konnte wegen der Tendenz zur Stabilisierung der Landpreise und Verlangsamung des Baukostenanstieges nicht mehr ohne weiteres gerechnet werden. Angesichts dieser dominierenden, ausserhalb des geldwirtschaftlichen Bereiches liegenden Faktoren wäre es nicht sinnvoll gewesen, den Wohnungsbau durch eine künstliche Geld- und Kreditvermehrung unterstützen zu wollen, abgesehen davon, dass eine derartige Politik mit den Bestrebungen zur Konjunkturstabilisierung im Widerspruch gestanden hätte. Um die Erstellung preisgünstiger Wohnungen zu erleichtern, wurde im Sinne einer gezielten Aktion ein Bundesgesetz über Massnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus geschaffen. Dieses sieht Bundesbeiträge zur Verbilligung der Mieten, Bürgschaften sowie Kapitalhilfen des Bundes vor.

Auch in der *Geld- und Kreditwirtschaft* waren Merkmale der Stabilisierung wahrnehmbar. Der Stand der Frankenguthaben von Ausländern bei schweizerischen Banken zeigte gegenüber dem vor Beginn der Abwehrvorkehren festgestellten Betrag in den ersten Monaten des Berichtsjahres praktisch keine Veränderung. Im zweiten Halbjahr 1965 trat, hauptsächlich infolge von Anlagen ausländischer Gelder in hochverzinslichen Werten im Ausland, ein Rückgang ein. Die Expansion der Bankenkredite hielt sich, mit Ausnahme der Darlehen an die öffentliche Hand, wesentlich unter den in den Jahren 1960 bis 1963 registrierten Zunahmen. Ein deutliches Kennzeichen der Beruhi-

gung der Konjunktur bildete ferner die stark verringerte Ausweitung des Notenumlaufes sowie des Postcheck- und Giroverkehrs.

Der Geld- und Kapitalmarkt entwickelte sich im ganzen gesehen trotz Anspannungstendenzen in ruhigen Bahnen. Am Markt für längerfristiges Kapital machten sich indessen auch im Berichtsjahr die Nachwirkungen der früheren starken Kreditexpansion der Banken im Sinne eines weiterhin erheblichen Kapitalbedarfes zu Konsolidierungszwecken bemerkbar. Das Bestreben, die gesteigerte Nachfrage nach langfristigem Kapital in ein besseres Gleichgewicht zur inländischen Ersparnisbildung zu bringen, blieb nicht ohne Erfolg. Die Konsolidierung kurzfristiger Bankenvorschüsse durch die langfristige Kapitalbeschaffung machte deutliche Fortschritte, was zur inneren Kräftigung des Bankensystems beitrug und die Leistungsfähigkeit des Kreditapparates und des Kapitalmarktes unter Beweis stellte. Die laufenden Kapitalbedürfnisse hielten sich aber als Folge der andauernden Vollbeschäftigung der Wirtschaft und der noch immer wachsenden öffentlichen Investitionen auf einem hohen Stand.

Die *Zinssätze* zeigten daher weiterhin eine ansteigende Tendenz. Dazu trug zweifellos auch die Tatsache bei, dass in einigen andern Ländern Westeuropas eine scharfe Zinssatzverteuerung eingetreten war, was bei der Interdependenz der internationalen Märkte nicht ohne Rückwirkungen auf unser Land bleiben konnte. Durch eine elastische Marktpolitik der Nationalbank gelang es, heftigen Zinssatzbewegungen vorzubeugen. Insbesondere war es durch Abstimmung des Emissionsprogrammes auf die Tragfähigkeit des Marktes möglich, den Anstieg der Zinssätze für Obligationenanleihen in engen Grenzen zu halten. Auch der Zinssatz für erstrangige Hypotheken verzeichnete bei jenen Banken, auf die der überwiegende Teil des Hypothekengeschäftes entfällt, eine gesamthaft gesehen mässige Erhöhung.

Die schweizerische *Währungslage* erhielt auch im Berichtsjahr durch erhebliche Mittelbewegungen über die Grenzen besondere Akzente. Zu Beginn des Jahres waren Geldmarkt und Bankensystem als Folge des kräftigen, durch die Pfundkrise von Ende 1964 ausgelösten Mittelzustromes ausserordentlich flüssig. Dabei dürfte es sich überwiegend um die Liquidierung und Heimschaffung schweizerischer Anlagen im Ausland gehandelt haben, um Gelder also, deren Einströmen in die Wirtschaft durch die geltenden Abwehrmassnahmen nicht verhindert werden konnte. Einer stärkeren Überleitung von Kapital in den wirtschaftlichen Kreislauf über das Bankensystem stand die Kreditvereinbarung mit dem Mittel der Kreditplafonierung abschirmend entgegen. Die Giro Guthaben der Wirtschaft bei der Nationalbank übertrafen Mitte Januar mit einem Rekordbetrag von 3,3 Milliarden Franken den entsprechenden Vorjahresstand um nahezu 400 Millionen. Da eine Verflüssigung in diesem Ausmass aus konjunkturpolitischen Gründen unerwünscht war, schöpfte die Nationalbank mittels Abtretung kursgesicherter Devisen an die Banken rund 500 Millionen Franken im Sinne einer vorübergehenden Massnahme ab. Dollarverkäufe des Noteninstituts an den Markt verminderten im März und April die frei verfügbaren Gelder der Wirtschaft weiter; Mitte Juli unterschritten die Giro Guthaben mit 1,8 Milliarden Franken ihren Vorjahresstand um 470 Millionen.

Die beträchtliche Rückbildung der Bankenliquidität, die zu einer spürbaren Einengung des Marktes führte und angesichts einer starken Nachfrage nach Schweizerfranken vom Ausland her Störungen am Devisenmarkt auslöste, veranlasste die Nationalbank um die Jahresmitte, den grössten Teil der im Januar den Banken überlassenen Valuten gegen Schweizerfranken zurückzunehmen. Die Verflüssigungsaktion setzte die Banken in den Stand, den ausländischen Begehren nach Schweizerfranken wieder besser zu entsprechen. Im Juli und August - zum Teil im Zusammenhang mit einer erneuten Beunruhigung über das Pfund Sterling - setzte dann allerdings der Mittelzufluss aus dem Ausland wieder ein. Die Nationalbank hatte in diesen beiden Monaten Dollars im Gegenwert von 310 Millionen Franken zu übernehmen, was zu einer weiteren Verflüssigung des Marktes führte.

Die *öffentliche Wirtschaft* unterlag einem starken Auftrieb. Die vorangegangene Expansion der privaten Wirtschaft zog einen enorm gesteigerten Bedarf an öffentlichen Investitionen, insbesondere für die Anpassung der Infrastruktur an die vergrösserte Bevölkerung, nach sich. Von dieser Seite her machte sich eine kräftig gesteigerte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen geltend, was geeignet war, den konjunkturdämpfenden Faktoren, die sich in den übrigen Sektoren der Wirtschaft bemerkbar machten, entgegenzuwirken. Die Zunahme der öffentlichen Investitionen, verbunden mit einer gleichzeitigen, vornehmlich lohnbedingten Steigerung der laufenden Aufwendungen, führte dazu, dass die Ausgabenerhöhung das Wachstum des Sozialproduktes übertraf. Die Vermehrung der Einnahmen der öffentlichen Haushalte konnte mit dem Anstieg der Ausgaben nicht Schritt halten. In den Budgets sowohl des Bundes als auch der Kantone und Gemeinden traten daher in zunehmendem Masse Defizite in Erscheinung, die inflatorische Gefahrenherde schufen. Ausserdem verstärkte sich die Beanspruchung des Kapitalmarktes durch Kantone und Gemeinden.

Die Politik der wirtschaftlichen Stabilisierung auferlegt auch der öffentlichen Wirtschaft die Pflicht, bei der Vornahme von Investitionen grösste Zurückhaltung zu üben und alle Anstrengungen zu unternehmen, um das finanzielle Gleichgewicht wiederherzustellen.

4. Die konjunkturpolitischen Massnahmen

Die beiden am 17. März 1964 in Kraft getretenen Bundesbeschlüsse über Massnahmen auf dem Gebiet der Bauwirtschaft (Baubeschluss) sowie des Geld- und Kapitalmarktes und des Kreditwesens (Kreditbeschluss) wurden in der Volksabstimmung vom 28. Februar 1965 angenommen, der Baubeschluss mit 507 739 Ja gegen 406 447 Nein und 17 zustimmenden gegen 5 verwerfende Ständesstimmen, der Kreditbeschluss mit 526 599 Ja gegen 385 745 Nein und 18 1/2 zustimmenden gegen 3 1/2 verwerfende Ständesstimmen. Die Beschränkung der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte liegt in der Kompetenz des Bundesrates und bildete daher nicht Gegenstand der Volksabstimmung.

Im Bereich des Baubeschlusses fiel das auf ein Jahr befristete Bauverbot für Projekte geringerer Dringlichkeit im März 1965 dahin. Die vordem verbotenen Bauten wurden von diesem Zeitpunkt

an der Bewilligungspflicht unterstellt. Die vom Bundesrat den einzelnen Kantonen für das Jahr 1965 eingeräumten Bauplafonds wurden gesamthaft nicht voll beansprucht. Die effektive Nachfrage nach Bauleistungen hielt sich im grossen und ganzen im Rahmen der Produktionsmöglichkeiten des Baugewerbes.

Von den auf dem Kreditbeschluss beruhenden Massnahmen erfuhren die Bestimmungen über die Kreditbegrenzung auf den 1. Januar 1965 eine Lockerung. Im Wege einer Neufassung des Ausnahmeartikels 9 der allgemeinverbindlich erklärten Kreditvereinbarung wurden Kredite für dringliche öffentliche Bauvorhaben, wie Spitäler, Heil- und Pflegeanstalten, Altersheime, Schulhäuser, Anlagen für Trinkwasserversorgung und Gewässerschutz sowie Erschliessungsarbeiten für den sozialen und allgemeinen Wohnungsbau, von der Begrenzung ausgenommen und den Zuwachsraten für Vorschüsse an öffentlich-rechtliche Körperschaften nicht mehr angerechnet. Ferner wurde die Zuwachsrate für Hypothekaranlagen – gemessen am Zuwachs im Jahre 1960 oder 1961 – von 108% auf 120% erhöht, um den Schwierigkeiten bei der Konsolidierung von Baukrediten Rechnung zu tragen und deren Überführung in Hypotheken zu erleichtern. Die übrigen Zuwachsraten (Debitoren, Wechsel, Vorschüsse an öffentlich-rechtliche Körperschaften) blieben für das Jahr 1965 unverändert auf 79%.

In der Erwägung, dass die Anstrengungen zur Konjunkturstabilisierung fortgeführt werden müssten, beantragte der Bundesrat im November 1965 den eidgenössischen Räten die Verlängerung des Kreditbeschlusses um ein weiteres Jahr, d. h. bis zum 17. März 1967. Im Hinblick auf die gesamthaft verminderte Nachfrage nach Bauleistungen verzichtete der Bundesrat auf eine Weiterführung des Baubeschlusses.

B. DIE ENTWICKLUNG DER SCHWEIZERISCHEN WIRTSCHAFT IM EINZELNEN

1. Der Konjunkturverlauf in den hauptsächlichsten Wirtschaftsgebieten

Die *industrielle Produktion*, über welche erstmals eine Indexziffer Aufschluss gibt, zeigt seit Anfang 1964 ein verlangsamtes Wachstum. Nachdem sie im ersten Quartal 1964 noch 6,9% über dem entsprechenden Vorjahresniveau gelegen hatte, schwächte sich ihr Zuwachssatz, in allerdings unregelmässiger Bewegung, bis auf 3,4% im dritten Quartal 1965 ab, als der Index den Stand von 152 (1958 = 100) erreichte. Die Rationalisierung der Betriebe wirkte sich günstig aus. Die Produktivität konnte weiter gesteigert werden. Der Stellenwechsel von ausländischen Arbeitskräften war weniger häufig, und die Qualität ihrer Arbeitsleistung verbesserte sich. Die Produktionsentwicklung zeigte allerdings in den einzelnen Industriezweigen einen unterschiedlichen Verlauf. Verglichen mit dem Vorjahr verzeichneten die Textilindustrie und die chemische Industrie Rückgänge. Die Entspannung in der Bauwirtschaft führte zu einer Abschwächung der Nachfrage

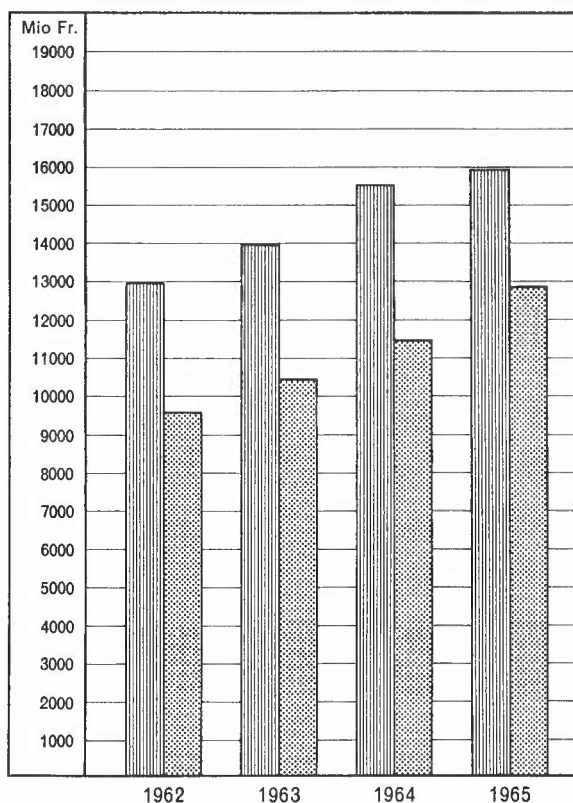
nach Erzeugnissen der mit ihr verbundenen Industrien. Dagegen stieg die Herstellung von Maschinen, Instrumenten und Apparaten sowie von Uhren weiter an.

Die *Beschäftigung* lag Ende September um 1,2% unter dem Stand vor Jahresfrist. In der Industrie waren 2,1% weniger Arbeiter und Angestellte tätig als Ende September 1964; im Baugewerbe ergab sich eine Abnahme um 2,2% und im übrigen Gewerbe, im Handel und Verkehr eine solche um 0,2%. Die Verringerung der Zahl der Arbeitskräfte wurde hauptsächlich durch die Massnahmen zur Begrenzung der Beschäftigung von Fremdarbeitern verursacht. Der Beschluss des Bundesrates vom 26. Februar 1965 verpflichtete die Arbeitgeber, den Ausländerbestand ihrer Betriebe bis Ende Juni um 5% herabzusetzen. Zudem wurden Aufenthaltsbewilligungen für ausländische Arbeitskräfte nurmehr erteilt, wenn der Arbeitgeber die schriftliche Erklärung abgab, dass er den gesamten Personalbestand nicht erhöhen werde. Obwohl diese Vorkehren erhebliche Anforderungen an die schweizerische Wirtschaft stellten, zeitigten sie das angestrebte Ergebnis. Ende August wurden 676 300 kontrollpflichtige ausländische Arbeitskräfte gezählt, was, verglichen mit dem Stand vor Jahresfrist, einer Abnahme um 44 600 oder 6,2% entsprach. Dabei darf nicht übersehen werden, dass im Laufe dieser zwölf Monate 10 700 Fremdarbeiter von der Kontrollpflicht befreit wurden und die Niederlassungsbewilligung erhielten. Die rückläufige Entwicklung der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte dürfte den Wohnungsmarkt entlasten, den Anstieg des privaten Verbrauchs eindämmen und einen Beitrag zur Verbesserung der Ertragsbilanz leisten.

In der *Bauwirtschaft* stellten sich nach den im Februar durchgeführten Erhebungen des Delegierten für Arbeitsbeschaffung die Bauvorhaben 1965 auf 13,5 Milliarden Franken. Sie überstiegen die Bauproduktion 1964 um 1,8 Milliarden Franken oder 15%, wogegen im Jahre 1964 die gemeldeten Bauprojekte die effektive Bautätigkeit 1963 noch um 3,9 Milliarden Franken oder nahezu 40% übertroffen hatten. Im öffentlichen Bau lagen die Vorhaben mit 4 771 Millionen Franken um 25% über der effektiven Bauproduktion des Vorjahres, und im privaten Bau bewegten sich die Bauplanungen in der Höhe von 8 744 Millionen Franken 11% über den Bauaufwendungen 1964. Indessen blieben die von Industrie und Gewerbe gemeldeten Bauvorhaben leicht hinter den Bauinvestitionen des Jahres 1964 zurück, während sich beim Wohnungsbau ein Mehrbetrag von rund 800 Millionen Franken ergab. Wie aus den vorgenannten Zahlen ersichtlich ist, ging von der öffentlichen Hand nach wie vor ein starker Nachfragedruck aus.

Die *Wohnbautätigkeit* blieb rege. In den 65 Städten mit über 10 000 Einwohnern wurden 22 048 Wohnungen fertiggestellt gegenüber 20 873 im Vorjahr. Dies entsprach einer Zunahme um 5,6%. Im mindestens gleichen Verhältnis dürfte die Wohnungsproduktion insgesamt gestiegen sein. In den Gemeinden mit über 2 000 Einwohnern standen Ende Juni 51 900 Wohnungen im Bau. Auch wenn damit die Vergleichsziffer vom vorangegangenen Jahr nicht mehr erreicht wurde, übertraf die Zahl der in Ausführung befindlichen Wohnungen die gesamte Wohnungsproduktion in diesen Gemeinden im Jahre 1964.

Ein anderes Bild zeigten die *Wohnbauvorhaben*. Während 1964 in den genannten 65 Städten Baugenehmigungen für 26 869 Wohnungen erteilt worden waren, belief sich deren Zahl im Jahre



1965 auf 20 660, was einem Ausfall von 23,1 % entsprach. Auf die Ursachen dieses Rückganges ist auf Seite 8 bereits hingewiesen worden.

Die verringerte Neigung der Unternehmer zur Ausweitung der Betriebsstätten fand in den *industriellen Bauvorlagen* ihren Niederschlag. Diese waren weniger zahlreich, wobei sich gleichzeitig eine Verlagerung von Neu- und Erweiterungsbauten auf Rationalisierungsinvestitionen ergab. Die Zahl der mit Raumerweiterungen verbundenen Vorlagen nahm um 15 % auf 1550 ab, und das Raumvolumen dieser Projekte unterschritt das Vorjahresergebnis um 25 %.

Eines der deutlichsten Symptome der konjunkturellen Entspannung bildete die Entwicklung des *Aussenhandels*. Nachdem der Warenverkehr mit dem Ausland seit 1959 wachsende Defizite aufgewiesen hatte, wobei der Fehlbetrag 1964 4,1 Milliarden Franken erreichte, ging der Einfuhrüberschuss im Berichtsjahr um eine Milliarde auf 3,1 Milliarden Franken zurück.

Die Einfuhr zeigte einen schwachen Anstieg. Sie nahm um 386 Millionen Franken oder 2,5 % auf 15 926 Millionen Franken zu, während die Steigerung von 1963 auf 1964 11,1 % betragen hatte. Bei unseren Auslandsbezügen von Lebensmitteln und Fabrikaten liess sich eine Tendenz zur Stabilisierung auf dem Vorjahresniveau erkennen, was die Rückbildung des Nachfrageüberhanges deutlich zum Ausdruck bringt. Besonders bemerkenswert war dabei die der Menge nach verringerte Einfuhr von Investitionsgütern.

Demgegenüber hielt die Auftriebstendenz bei der Ausfuhr unverändert an. Diese wuchs um 1399 Millionen oder 12,2 % auf 12 861 Millionen Franken, verglichen mit 9,8 % im Jahre 1964. An der

Zunahme war die Metall- und Maschinenindustrie mit 581 Millionen Franken beteiligt. Die Mehr- ausfuhr der chemischen Industrie stellte sich auf 261 Millionen, jene der Textilindustrie auf 71 Millionen Franken. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Auslieferungen zum Teil auf Aufträ- gen beruhten, die schon vor längerer Zeit erteilt worden waren. Die Exportziffern vermittelten somit kein Bild der laufenden Auslandsnachfrage. Im weiteren war der Anstieg der Ausfuhrwerte zum Teil durch Preiserhöhungen bedingt. Der Preisindex der Ausfuhr Güter wies im Durchschnitt der ersten drei Quartale eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 3% auf, während das Preis- niveau der Einfuhr Güter 1% über dem Stand von 1964 lag.

Von der Mehreinfuhr entfielen 360 Millionen Franken auf erhöhte Warenbezüge aus euro- päischen Ländern und nur 26 Millionen auf den Import aus Übersee. Am Zuwachs der Ausfuhr waren der europäische Wirtschaftsraum mit 961 Millionen und die überseeischen Gebiete mit 438 Millionen Franken beteiligt. Der Anteil der EWG und der EFTA an unserer Gesamteinfuhr lag mit 62% bzw. 15% gleich hoch wie 1964. Die auf die beiden europäischen Wirtschaftsge- biete entfallenden Quoten unserer Ausfuhr zeigten ebenfalls praktisch keine Veränderungen. Wie im Vorjahr gingen 40% unseres Exportes in EWG-Staaten, obwohl sich die Position der Schweiz für Lieferungen an die EWG durch den weiteren erheblichen Zollabbau innerhalb der Gemein- schaft zunehmend verschlechterte. Die EFTA-Länder partizipierten an der Ausfuhr mit 20%. Die Handelsbilanz mit dem EFTA-Raum schloss mit einem Überschuss von 181 Millionen ab; dagegen wies jene mit den EWG-Ländern einen Fehlbetrag von 4785 Millionen Franken auf, was etwas mehr als dem anderthalbfachen Betrag unseres gesamten Einfuhrüberschusses entsprach.

Die Erträge der *Landwirtschaft* wurden durch die Unbilden der Witterung beeinflusst. Starke Niederschläge und niedrige Temperaturen beeinträchtigten vom Frühjahr bis zum Herbst den Pflanzenwuchs. Die Heuernte fiel zwar reichlich aus, war aber von schlechter Qualität. Ungünstige Ernteergebnisse zeitigten insbesondere der Obstbau sowie der Anbau von Gemüse, Kartoffeln und Zuckerrüben, deren mengenmässiger Ertrag jenen des Vorjahres nicht erreichte. Einen An- stieg verzeichnete dagegen die Marktproduktion von tierischen Erzeugnissen. Die Milcheinliefe- rungen lagen 4,9% über dem Vorjahresstand, und bei der Fleischproduktion ergab sich eine Zunahme um 10,5%. In den letzten Monaten der Berichtszeit wurde die Viehwirtschaft von der Maul- und Klauenseuche hart betroffen.

Die Steigerung der Preise der landwirtschaftlichen Produktionsmittel hielt an. Sie stellte sich im Durchschnitt auf 4,8%, dies namentlich infolge von Lohnerhöhungen und von Preisaufschlägen für Saatgut, Geräte und Maschinen. Auch trugen die Verteuerung der Baukosten und die Herauf- setzung der Zinssätze für Hypotheken zum Anstieg bei.

Angesichts der für die Landwirtschaft unbefriedigenden Ertragslage erhöhte der Bundesrat den Milchpreis ab 1. Juni um einen und ab 1. November um weitere zwei Rappen. Zudem setzte er die Richtpreise für Schlachtvieh hinauf und bewilligte Preisadjustierungen für Speisekartoffeln. Kräftige Aufschläge erfuhren in den Sommermonaten auch die Gemüsepreise. Im Zuge dieser Preis-

erhöhungen stieg das Niveau der Produzentenpreise landwirtschaftlicher Erzeugnisse von Ende 1964 bis Ende 1965 um 4,7%.

Nachdem der *Fremdenverkehr* im Winter 1964/65 einen günstigen Verlauf genommen hatte, der sich in einer Zunahme der Übernachtungen um 2% widerspiegelte, fiel deren Zahl vom Frühjahr an unter den Vorjahresstand. Die Abnahme war einerseits dem Wegfall des zusätzlichen Reiseverkehrs zuzuschreiben, den die Landesausstellung 1964 gebracht hatte, andererseits den ungünstigen Witterungsverhältnissen. Im Jahrestotal wurden in Hotels und Pensionen 29,4 Millionen Übernachtungen registriert, verglichen mit 30,4 Millionen im Jahre zuvor. Dabei verzeichneten die Logiernächte von Besuchern aus dem Inland einen Rückgang um 5%, jene von Gästen aus dem Ausland einen solchen um 1,7%. Da das Bettenangebot grösser war als 1964, schwächte sich der Ausnützungsgrad der Beherbergungsstätten noch etwas deutlicher ab als die Übernachtungsziffern.

Im Einklang mit der Entwicklung des Tourismus bewegte sich die Inanspruchnahme des *Transportgewerbes* im Personenverkehr. Die Zahl der von den Schweizerischen Bundesbahnen beförderten Reisenden ging um 2,8% zurück. Die Abschwächung des Konjunkturauftriebes in der Schweiz fand ihren Niederschlag in einer verminderten Zunahme des schweizerischen Güterverkehrs. Dagegen wies der Transitverkehr eine Belebung um 14% auf, welche mit der kräftigen Steigerung des Aussenhandels Italiens zusammenhing. Die Erhöhung der Tarife im Personenverkehr ab 1. November 1964 führte zu einer Verbesserung der Betriebseinnahmen der Schweizerischen Bundesbahnen. Dennoch verschlechterte sich deren Ertragslage, weil der Betriebsaufwand noch kräftiger zunahm.

Starke Unterschiede traten in der *Preisbewegung* zutage. Im Gefolge der Beruhigung der allgemeinen Konjunkturlage, insbesondere der Rückbildung des Nachfrageüberhanges in der Bauwirtschaft, zeigten die Preiskurven für nichtlandwirtschaftliche Grosshandelswaren und für eine Anzahl industrieller Erzeugnisse sowie namentlich die Entwicklung der Baukosten eine Verflachung. Dagegen gab der weitere Anstieg der Indexziffer der Konsumentenpreise zu Enttäuschung Anlass.

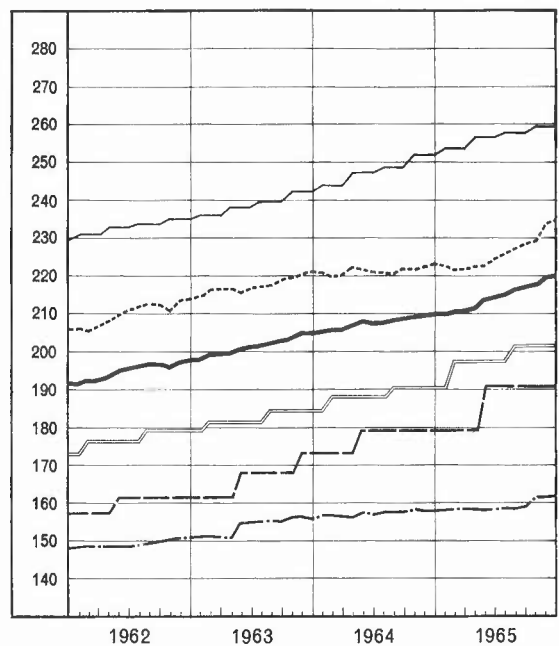
Der Index der *Grosshandelspreise* hatte Ende 1964 den Stand von 236,4 erreicht und lag damit 0,6% über jenem vor Jahresfrist. Alsdann folgte er einer ruhigen Entwicklungslinie und übertraf Ende Oktober 1965 mit 238,4 das entsprechende Vorjahresniveau um 0,3%. In der Folge brachte die bereits erwähnte Heraufsetzung der Preise einheimischer Agrarprodukte sowie die festere Preistendenz bei Importgütern einen Anstieg der Indexziffer auf 242,8 Ende Dezember, was einem Jahresteuersatz von 2,7% entsprach. Das Preisniveau der Inlandwaren lag in diesem Zeitpunkt 3,1% über jenem von Ende Dezember 1964, als die entsprechende Teuerungsrate 1,1% betragen hatte. Demgegenüber bewegte sich der Preisindex der Einfuhrgüter bis Ende Oktober unter dem Vorjahresstand. Am Jahresende ergab sich aber eine Erhöhung um 2,6%. Im Jahre zuvor hatten die Auslandwaren eine leichte Verbilligung um 0,1% erfahren.

Die *Baukosten* verzeichneten nach den Berechnungen des Statistischen Amtes der Stadt Zürich als Folge der Verschärfung der Konkurrenzverhältnisse in der Bauwirtschaft eine stark verlang-

Index der Konsumentenpreise

August 1939 = 100

— Gesamtindex	----- Nahrungsmittel
— Bekleidung	----- Brenn- und Leuchtstoffe
— Verschiedenes	----- Miete



samte Zunahme. Vom Oktober 1964 bis zum April 1965 stiegen sie um noch 2,8% und blieben alsdann bis zum Oktober 1965 praktisch stabil. In diesem Zeitpunkt überschritten sie den Vorjahresstand um 3%, verglichen mit einer Erhöhung um 6,3% in der entsprechenden Periode 1963/64.

Der *Index der Konsumentenpreise* liess einen kontinuierlichen Anstieg erkennen, der sich in der zweiten Jahreshälfte noch beschleunigte. Ende Dezember erreichte diese Messziffer der Lebenshaltungskosten den Stand von 220,1 gegenüber 209,8 ein Jahr vorher. Damit fiel die Teuerung mit 4,9% mehr als doppelt so kräftig wie im Vorjahr aus. Sie rührte vor allem von Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und Dienstleistungen sowie der Erhöhung des Mietpreisniveaus her. Nahezu die Hälfte des Indexanstieges beruhte auf Preisauflägen bei Lebensmitteln, als Folge der Überwälzung der vom Bundesrat bewilligten Heraufsetzung der Produzentenpreise für Milch und Fleisch auf den Konsumenten und des durch schlechte Ernten im Inland bedingten knappen Angebots an Obst und Gemüse; auch die Erhöhung des Brotpreises trug zur Zunahme der Lebenshaltungskosten bei. An deren Verteuerung war der Anstieg des Mietpreisniveaus um 6,4% mit knapp einem Viertel beteiligt. Die Zunahme des Mietindex wurde durch die hohen Mietzinse der im Jahre 1964 erstellten Wohnungen sowie durch die Heraufsetzung der Zinssätze für Hypothekarkredite verursacht, wobei die Mieten allerdings oftmals stärker erhöht wurden, als der Zinsverteuerung entsprochen hätte. Zum Teil hing sie auch mit der Ablösung der Mietzinskontrolle durch die freie Mietpreisbildung oder durch das System der Mietzinsüberwachung zusammen. Bei Preisauflägen in der Verbrauchsgruppe «Verschiedenes» handelte es sich weitgehend um eine kostenbedingte Verteuerung von Dienstleistungen; auf sie entfiel ein Sechstel der Steigerung der Indexziffer der Konsumentenpreise.

Die Aufwärtsbewegung der *Löhne* setzte sich fort; doch war, dank der Beruhigung der Wirtschaftslage, der Lohnanstieg bis gegen das Jahresende nicht mehr so stark wie im Vorjahr. In der Industrie und im Baugewerbe lagen die Lohnsätze – ohne Überzeitenschädigungen, Ferien- und Sozialzulagen – Ende des dritten Quartals 5% über dem Stand vor Jahresfrist, als der Vergleichssatz 5,4% betragen hatte. In der zweiten Jahreshälfte mehrten sich die Begehren um Anpassung der Löhne und Gehälter an die Teuerung. Da der Lohnanstieg über den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt hinausgehen dürfte, besteht die Gefahr weiterer kostenbedingter Preissteigerungen.

In etwas geringerem Ausmass als im vorangegangenen Jahr dehnte sich die *Nachfrage nach Konsumgütern* aus. Die Zunahme der Umsätze im Detailhandel betrug 6,2 gegenüber 7,9% von 1963 auf 1964. Sie war vorab die Folge von Preiserhöhungen. Die Steigerung der mengenmässigen Nachfrage verlangsamte sich, was auf den Rückgang der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte zurückzuführen war.

Ein unerfreuliches Bild zeigte die Entwicklung der *Bundesfinanzen*. Nachdem sich im Budget für 1965 in der Finanzrechnung Einnahmen und Ausgaben noch die Waage gehalten hatten, rechnete der Bundesrat in seiner Botschaft zum Voranschlag für das Jahr 1966 mit einem Fehlbetrag von 369 Millionen Franken. Das Defizit wurde durch eine massive Aufblähung der Ausgaben auf 5978 Millionen Franken verursacht, was gegenüber dem Budget 1965 einer Steigerung von 1141 Millionen Franken oder 23,6% entsprach. Die eidgenössischen Räte hiessen dieses Ausgabenbudget nicht gut. Sie nahmen Kürzungen im Gesamtbetrag von 111 Millionen Franken vor, wodurch sich die Ausgaben auf 5867 Millionen Franken verringern liessen. Ihre prozentuale Ausweitung macht dennoch ein Mehrfaches der Zunahme des realen Sozialproduktes aus und steht damit im Widerspruch zu den konjunkturpolitischen Erfordernissen.

Die Einnahmen wurden vom Bundesrat auf 5609 Millionen Franken veranschlagt. Der Anstieg gegenüber dem Budget 1965 stellte sich auf 744 Millionen Franken oder 15,3%. Dabei ist aber zu beachten, dass es sich 1966 um ein wehrsteuerstarkes Jahr handelt. Demzufolge konnten die Einnahmen aus der Wehrsteuer um 510 Millionen Franken höher als im Voranschlag 1965 geschätzt werden. Selbst nach Berücksichtigung der erwähnten Ausgabenverminderung und etwas höher budgetierter Einnahmen zeigte der von den eidgenössischen Räten genehmigte Voranschlag für 1966 in der Finanzrechnung noch einen Fehlbetrag von 238 Millionen Franken.

Der Voranschlag der Gesamtrechnung, welcher die Finanzrechnung und die Rechnung der Vermögensveränderungen umfasst, wies einen Reinertrag von 152 Millionen Franken auf. Er erklärte sich in der Hauptsache dadurch, dass die über die Finanzrechnung zu leistenden Vorschüsse für den Nationalstrassenbau von 299 Millionen Franken in der Rechnung der Vermögensveränderungen aktiviert wurden.

Nicht nur die Ausgabenentwicklung beim Bund muss im Blick auf die Konjunkturentwicklung als beunruhigend bezeichnet werden; auch die defizitären Voranschläge, die von Kantonen, mit zwei Ausnahmen, und einer grösseren Zahl von Gemeinden für das Jahr 1966 eingebracht wurden, geben zu Besorgnis Anlass.

2. Währungsreserven und Valutamarkt

Die *Währungsreserven* der Nationalbank bildeten sich im Januar wie üblich nach der Abwicklung des Jahresultimos zurück. Der Abbau um 463 Millionen Franken wurde zum Teil durch die Auflösung von Swaps mit den Banken, zum Teil durch eine Abschöpfungsoperation verursacht.

Im ersten Quartal des Jahres machte sich ein stärkerer Devisenbedarf geltend. Der Dollarkurs zog soweit an – ohne die Parität zum Schweizerfranken zu erreichen –, dass die Nationalbank erstmals seit März 1962 Devisen aus ihren Beständen an den Markt abgeben konnte. Vom 10. März bis Ende April erreichten die Dollarverkäufe insgesamt 409 Millionen Franken. Hinzu kamen laufende Devisenabgaben der Notenbank für die Bedürfnisse der Bundesverwaltung und der Post. Die Währungsreserven erfuhren von Beginn des Jahres bis Mitte Juni eine Senkung um 1 165 Millionen auf 12 307 Millionen Franken.

Die passive Grundtendenz des schweizerischen Zahlungsverkehrs mit dem Ausland und die damit verbundene Nachfrage nach Devisen gestatteten die sukzessive Abtragung der zwischen der Federal Reserve Bank of New York einerseits, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und der Nationalbank andererseits abgeschlossenen Währungs-Swaps – über die im Abschnitt «Internationale Währungsentwicklung» berichtet wird – sowie ausstehender Terminverbindlichkeiten der Federal Reserve Bank. In den Währungsreserven der Nationalbank fand dies seinen Niederschlag darin, dass mit der Abtragung des Franken-Dollar-Swaps zwischen der Federal Reserve Bank und der BIZ von 100 Millionen Dollar zugleich der zu dessen Finanzierung abgeschlossene Gold-Franken-Swap zwischen der BIZ und der Nationalbank liquidiert wurde, wodurch sich der Goldbestand verminderte.

Die Vorbereitungen der Banken auf den Semesterultimo traten später und schwächer als im Jahre 1964 in Erscheinung. Um eine möglichst reibungslose Abwicklung der Finanzbedürfnisse über den Halbjahresultimo zu gewährleisten, schloss die Nationalbank mit den Banken über diesen Termin u. a. kurzfristige Währungs-Swaps im Umfange von 737 Millionen Franken ab, wodurch sich der Bestand an Währungsreserven Ende Juni auf 12 990 Millionen Franken erhöhte. In der ersten Juliwoche ging er wieder um 415 Millionen Franken zurück. Die bereits in der ersten Jahreshälfte verzeichnete defizitäre Tendenz unserer Devisenbilanz machte sich alsdann in der ersten Julihälfte wieder deutlich bemerkbar. Die damit verbundene Anspannung der Liquiditätssituation des Bankenapparates veranlasste die Nationalbank, die Mitte Januar mit den Banken getätigte Abschöpfungsaktion grösstenteils rückgängig zu machen.

In der zweiten Julihälfte begannen, teils als Folge des Abbaus kurzfristiger Bankanlagen im Ausland, teils im Zusammenhang mit einer neuen Welle des Misstrauens gegenüber dem Pfund Sterling, wiederum Gelder aus dem Ausland in die Schweiz zu fließen. Die Nationalbank hatte in den letzten Julitagen sowie anfangs August Dollars im Gegenwert von 310 Millionen Franken von den Banken zu übernehmen.

Mit der Stabilisierung der britischen Währungslage setzte sich im schweizerischen Zahlungsverkehr mit dem Ausland allmählich wieder die vor der Pfundkrise herrschende Verfassung durch. Bedingt durch die laufenden Bedürfnisse der Bundesverwaltung und der Post, trat im Herbst ein weiterer Abbau der Währungsreserven ein, so dass diese am 30. November mit 12285 Millionen Franken den tiefsten Stand des Berichtsjahres erreichten. Die Liquiditätsvorbereitungen der Kreditinstitute auf das Jahresende hin hatten eine Zunahme der Reserven um insgesamt 1732 Millionen auf 14017 Millionen Franken am 31. Dezember 1965 zur Folge. Der Anstieg war das Ergebnis von Dollarübernahmen auf Swap-Basis im Gegenwert von 1662 Millionen sowie der Auflösung von Terminkontrakten in der Höhe von 98 Millionen Franken. Gleichzeitig ergab sich ein Dollarabgang, vorwiegend für Bedürfnisse des Bundes, von 28 Millionen Franken.

Der *Goldbestand* der Nationalbank, der sich Ende 1964 auf 11794 Millionen Franken belaufen hatte, verminderte sich in der ersten Hälfte des Berichtsjahres im Zusammenhang mit der erwähnten Abtragung des Franken-Gold-Swaps mit der BIZ vom Dezember 1964 um 260 Millionen Franken. Andererseits erhöhte er sich durch die Umwandlung von Dollars in Gold bei der Federal Reserve Bank of New York um 216 Millionen Franken. Über das Semesterende stieg der Goldbestand vorübergehend an, weil die Nationalbank den grösseren Teil der von den Banken auf Swap-Basis übernommenen Dollars im Gegenwert von rund 560 Millionen Franken ihrerseits auf Swap-Basis an die BIZ gegen Gold abtrat. Geringfügige Änderungen im Goldbestand rührten sodann aus der Beteiligung der Schweiz am Goldpool der Notenbanken her. Mit den auf Jahresende zur Befriedigung der Liquiditätsbedürfnisse der Banken vorgenommenen Swap-Transaktionen, bei denen die Nationalbank wiederum die von den Banken erhaltenen Dollars an die BIZ gegen Gold weitergab, nahmen die Goldreserven im Dezember um 1651 Millionen auf 13164 Millionen Franken zu.

Der *Devisenbestand* der Nationalbank verzeichnete aus den bereits dargelegten Gründen zunächst eine Abnahme von 1679 Millionen Ende 1964 auf 730 Millionen Franken Mitte Mai 1965. Auf dem letzteren Stand verblieb er, von einer durch die Vorkehren der Banken auf Halbjahresresultimo herbeigeführten vorübergehenden Erhöhung abgesehen, bis Mitte Juli. Alsdann brachten die weitgehende Auflösung der im Januar durchgeführten Abschöpfungsoperationen sowie Dollaraufnahmen einen Anstieg des Devisenvorrates auf rund eine Milliarde Franken. Von Mitte August an zeigte der Dollarbestand eine Abnahme auf 772 Millionen Franken Ende November. Hierauf liessen die Jahresendoperationen der Kreditinstitute den Devisenvorrat der Nationalbank auf 853 Millionen Franken ansteigen.

Zu erwähnen sind schliesslich die *kursgesicherten Guthaben bei ausländischen Notenbanken*, eine Ausweisposition, die im Vorjahr im Zusammenhang mit der Kreditgewährung an die Bank of England eröffnet worden war. Ende 1964 belief sich der Bestand dieser Guthaben auf den Gegenwert von 431 Millionen Franken. Im Januar verringerte er sich auf 174 Millionen Franken, weil die Nationalbank im Zuge der in diesem Monat durchgeführten Abschöpfungsoperation kursgesicherte Pfunde bei Banken placierte. Im Laufe des ersten Halbjahres ergab sich sodann infolge der Liquidierung des Franken-Lire-Swaps mit der Banca d'Italia vom Jahre 1964 ein weiterer Abbau; an-

derseits führte im März eine Ziehung der Bank of England im Rahmen der Stützungsaktionen der Notenbanken vom November 1964 zu einem Anstieg um 87 Millionen Franken. Mit der rückgängigmachung der genannten Abschöpfungsoperation nach der Jahresmitte erhöhten sich die kursgesicherten Guthaben bei ausländischen Notenbanken auf 459 Millionen Franken, und am Jahresende standen sie mit 429 Millionen Franken zu Buch.

Die *Devisenkurse* begannen am schweizerischen Valutamarkt gegen Ende Januar anzuziehen. Die Dollarnotiz, die am Jahresanfang auf dem Ankaufspreis der Nationalbank von 4.315 gelegen hatte, erreichte Ende der ersten Märzdekade 4.34. Auf diesem Niveau verharrte sie bis Ende Mai, wobei sie vorübergehend – so Ende März und im Mai – auf 4.35 anstieg. Die Nationalbank gab im März und April bei dieser Kurslage Dollars an den Markt ab. Im Juni liess die Heimschaffung von Dollaranlagen durch die Banken den Kurs leicht zurückgehen. Erst mit den gegen Ende Juli einsetzenden Mittelzuflüssen aus dem Ausland ging die Dollarnotierung auf den Interventionskurs von 4.315 zurück, von dem sie sich von Mitte August an wieder abzuheben vermochte. Der Dollarkurs stieg freilich nicht mehr auf den in der ersten Jahreshälfte verzeichneten hohen Stand, sondern bewegte sich bis Ende November, als die Jahresendtransaktionen der Banken einsetzten und auf den Kurs drückten, um 4.32. Die Dollarnotiz fiel jedoch, im Unterschied zu früheren Jahren, nicht auf den Ankaufspreis der Nationalbank zurück. Am 31. Dezember stellte sie sich auf 4.3185.

Die bedeutenderen europäischen Währungen folgten in ihrem Kursverlauf im allgemeinen der Dollarnotierung. Abweichende Tendenzen zeigte in erster Linie das englische Pfund, dessen Kurs gegen Schweizerfranken, nach einer bemerkenswerten Befestigung in den Monaten März und April, unter dem Einfluss einer neuerlichen Vertrauensstörung Ende Juli auf den tiefsten Stand seit Jahresbeginn fiel. Gegen Mitte September, nach Bekanntwerden der weiteren internationalen Stützungsaktion für das Pfund, verbesserte sich dessen Kurs, ohne jedoch bis zum Jahresende den im April verzeichneten Stand wieder zu erreichen. In einer deutlichen Abschwächung der D-Mark-Notierung in der zweiten Jahreshälfte fand sodann die starke Passivierung der deutschen Handels- und Ertragsbilanz ihren sichtbaren Ausdruck. Eigenen Wegen folgte auch der kanadische Dollar, dessen Kurs sich um die Jahresmitte rückläufig entwickelt hatte, anschliessend jedoch im Zusammenhang mit bedeutenden Weizenverkäufen Kanadas zusehends erholte.

Die *internationalen Goldmärkte* zeigten im Berichtsjahr eine teilweise sehr lebhaftere Entwicklung. Verschiedene Faktoren, so die im Februar 1965 erfolgte Ankündigung bedeutender Konversionen von Dollars in Gold durch Frankreich, Missverständnisse über den Entschluss der amerikanischen Behörden, die Golddeckungsvorschriften abzuändern, sowie das Bekanntwerden namhafter Goldverluste der Vereinigten Staaten von Amerika führten in den ersten drei Monaten zu einer kräftigen Steigerung der Nachfrage nach Gold. Bei Umsätzen, wie sie seit der Kubakrise im Jahre 1962 nicht mehr erreicht worden waren, stieg der Goldpreis am Londoner Markt bis Anfang März auf etwas über 35.17 Dollar die Unze fein an. Zur Preiserhöhung trugen auch namhafte Goldkäufe der Volksrepublik China bei. Als Agentin des Goldpools der Notenbanken vermochte die Bank of England jedoch das Marktgeschehen stets unter Kontrolle zu halten und allzu starke

Preisausschläge zu verhindern. Im zweiten Quartal trat an den Goldmärkten eine fühlbare Beruhigung bei rasch weichenden Preisen ein. Sie wurde allerdings im Zusammenhang mit der Unsicherheit über das Pfund Sterling gegen Ende Juli/Anfang August kurz unterbrochen, wobei der Goldpreis in London mit 35.19 $\frac{1}{8}$ den höchsten Stand des Berichtsjahres erreichte. Das Bekanntwerden namhafter russischer Goldabgaben zur Finanzierung von Weizenkäufen brachte bereits Mitte August wieder eine Normalisierung der Marktlage. In der zweiten Oktoberhälfte schwächte sich der Goldpreis auf 35.08 $\frac{5}{8}$ ab. Bis zum Jahresende verlief die weitere Entwicklung in ruhigen Bahnen.

Der Preis für Barrengold in der Schweiz verzeichnete seinen tiefsten Stand mit 4873 Franken das Kilogramm fein Mitte September. Der höchste Preis wurde mit 4916 Franken Ende März bezahlt. Sowohl der Tiefst- wie der Höchstpreis lagen etwas über den entsprechenden Vorjahresnotierungen.

3. Notenbankkredit und Geldmenge

Die Liquidität des Bankenapparates wurde vornehmlich durch die Gestaltung der Devisenbilanz sowie durch marktpolitische Massnahmen beeinflusst. Die Nationalbank trachtete darnach, die Entwicklung der Marktflüssigkeit soweit möglich mit den Zielen der Konjunkturstabilisierung im Einklang zu halten. Mit Hilfe einer flexiblen Politik war zeitweise einer übermässigen Verflüssigung, umgekehrt einer zu starken Mittelverknappung entgegenzuwirken. Bei diesen marktpolitischen Vorkehren kam den Devisenoperationen der Nationalbank mit den Banken eine Hauptrolle zu. Die Geldbewegungen über den Diskonto- und Lombardkredit hatten dagegen eine geringere Bedeutung. Wichtiger als diese war die den Banken eingeräumte Möglichkeit, sich vorübergehend durch die Rückgabe von Schatzanweisungen des Bundes sowie von Solawechseln der BIZ Gelder zu beschaffen, wovon sie namentlich im Rahmen von Ultimooperationen wiederholt in erheblichen Beträgen Gebrauch machten. Auch Veränderungen in der Tresorerie des Bundes wirkten sich auf die Liquiditätslage der Banken fühlbar aus.

Zu Beginn des Jahres war die Mittelversorgung des Marktes als Folge des Kapitalzuflusses aus dem Ausland im letzten Quartal 1964 reichlich. Die Nationalbank sah sich deshalb, wie bereits dargelegt wurde, veranlasst, vom Markte Mittel abzuschöpfen. Sie trat im Januar kursgesicherte Dollars und Pfunde aus eigenen Beständen an Grossbanken ab. Hiedurch konnten Guthaben des Marktes im Umfang von 499 Millionen Franken gebunden werden, was sich in einer Verminderung der täglich fälligen Verbindlichkeiten des Noteninstituts auswirkte. Diese erfuhren unter dem Einfluss marktbedingter Faktoren bis zum Monat Juni erneut einen deutlichen Rückgang.

Die Marktlage zeigte auch im Juli keine Entspannung, zumal die Nachfrage des Auslandes nach Schweizerfranken anhielt. Angesichts ihrer knappen Liquidität waren die Grossbanken jedoch nicht bereit, kurzfristige Anlagen im Ausland zu tätigen; vielmehr machte sich bei ihnen das Bestreben zum Abbau solcher Anlagen geltend. Um den marktstörenden Auswirkungen einer akuten Mittelknappheit rechtzeitig zu begegnen, machte die Nationalbank Ende Juli die im Januar durchgeführte Abschöpfungsoperation grösstenteils wieder rückgängig, indem sie kursgesicherte

Dollars und Pfunde im Umfang von 444 Millionen Franken von den Banken zurücknahm. Da der Nationalbank kurz nach Durchführung der Verflüssigungsaktion Dollars im Gegenwert von 150 Millionen Franken und im August in einem Betrag gleicher Grössenordnung vom Markte angedient wurden, erfuhr die Kassenhaltung der Banken eine weitere Verbesserung. Der Anstieg der Marktmittel wurde indessen dadurch gebremst, dass sich die BIZ auf Veranlassung der Nationalbank gegen Ausgabe von Solawechseln am schweizerischen Geldmarkt einen Betrag von 100 Millionen Franken beschaffte, den sie in einer auf Schweizerfranken lautenden Schuldverschreibung des amerikanischen Schatzamtes anlegte. Aus den genannten Operationen und laufenden Transaktionen in Devisen resultierte im Juli und August eine Nettoverflüssigung des Marktes um rund 550 Millionen Franken. In der Folge und bis zum Dezember wirkte sich der Devisenbedarf hauptsächlich im Zusammenhang mit der Überweisung von Löhnen ausländischer Arbeitskräfte wieder im Sinne einer Einengung der Marktlage aus. Im allgemeinen blieb der Markt aber mit Mitteln gut dotiert.

Die Beanspruchung des *Notenbankkredites* im *Diskonto und Lombard* war vorab auf Ultimovorbereitungen der Banken zurückzuführen. Mit Ausnahme der Spitzenbelastungen an den Bilanzterminen bewegte sie sich im allgemeinen zwischen 80 und 110 Millionen Franken. Am Jahresende stellte sich die Kredithingabe der Nationalbank auf 178 Millionen Franken, wovon 139 Millionen auf das Inlandportefeuille und 39 Millionen auf Lombardvorschüsse entfielen.

Die erhöhte Inanspruchnahme des Notenbankkredites jeweilen auf Quartalsende rührte zur Hauptsache vom *Diskontogeschäft* und hier vor allem von der kurzfristigen Rediskontierung von Schatzanweisungen des Bundes her. Solches Papier wurde von den Banken im Betrage von insgesamt 264 Millionen Franken eingereicht, der sich allerdings ungleichmässig auf einzelne Bilanztermine verteilte. Der Bestand an Schweizer Wechseln im Portefeuille der Nationalbank bewegte sich zwischen 76 Millionen und 137 Millionen Franken. Darin sind die Pflichtlagerwechsel inbegriffen. Im Jahresdurchschnitt lagen solche Wechsel im Betrage von 57 Millionen Franken im Portefeuille der Nationalbank, verglichen mit 59 Millionen im Jahre 1964. Im Umfang von 10 Millionen handelte es sich um Brotgetreide-Wechsel. Die Haltung von Pflichtlagern seitens der Wirtschaft zeigte keine ins Gewicht fallenden Veränderungen. Mit Einschluss der Zusatzlager in Brotgetreide standen Ende 1965 insgesamt 2890 Lagerverträge in Kraft. Der Wert der eingelagerten Waren belief sich auf 1393 Millionen Franken gegen 1402 Millionen Franken ein Jahr zuvor. An der Finanzierung der Pflichtlager waren die Banken mit 860 Millionen Franken beteiligt, verglichen mit 807 Millionen Franken Ende 1964.

Im *Lombardgeschäft* stellte sich der Durchschnitt der ausstehenden Vorschüsse auf 21 Millionen Franken. Im vorangegangenen Jahr hatte er sich auf 29 Millionen Franken belaufen.

Die Banken waren ferner in der Lage, sich durch die kurzfristige *Rückgabe von Geldmarktpapieren* an die Nationalbank liquide Mittel zu beschaffen. Es handelt sich dabei um Schatzanweisungen des Bundes mit dreimonatiger Laufzeit, die der Nationalbank über Monatsende ausserhalb der Diskontolimiten zu Originalbedingungen eingereicht werden können. Ende 1965

waren für insgesamt 289 Millionen Franken solche Papiere ausstehend. Auch die bei den Banken liegenden Solawechsel der BIZ, deren Betrag sich Ende 1965 auf 400 Millionen Franken stellte, können der Nationalbank über Monatsende kurzfristig in Pension gegeben werden. Hingegen werden die im Jahre 1960 bei den Banken placierten Sterilisierungsreskriptionen des Bundes von 400 Millionen Franken von der Nationalbank nur über den Jahresultimo kurzfristig herein- genommen. Die Banken griffen auf diese Refinanzierungsmöglichkeiten wiederholt zurück, wobei Ende Juni ein Höchstbetrag von 316 Millionen Franken erreicht wurde.

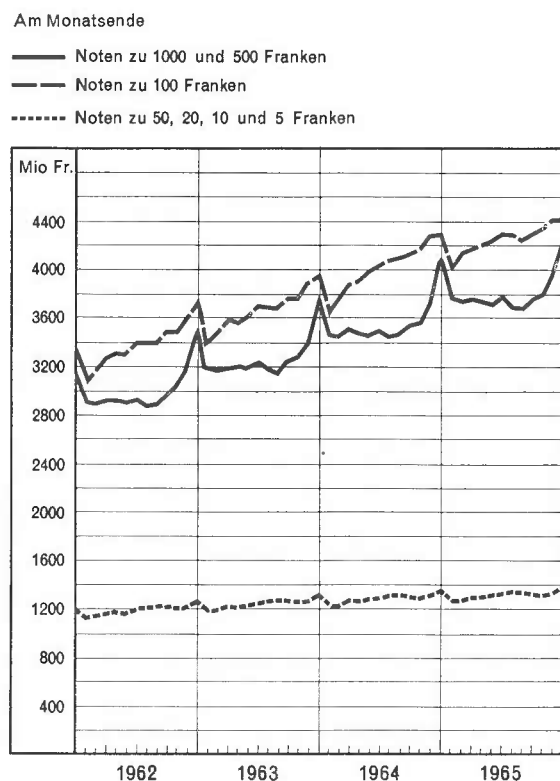
Die Verlangsamung im Konjunkturanstieg war von einer merklichen Abschwächung der Expansion des Zahlungsmittelbedarfes begleitet, was sich namentlich im *Notenumlauf* widerspiegelte. Ende 1964 hatte dieser 9722 Millionen Franken erreicht. Bis Mitte Februar 1965 ging der Betrag der ausstehenden Noten auf 8638 Millionen Franken zurück und lag damit 600 Millionen Franken oder 7,5% über dem Stand vor Jahresfrist. In der Folge zeigte der Notenumlauf in der Grundtendenz zwar einen weiteren Anstieg; die Erhöhung gegenüber dem jeweils entsprechenden Vorjahresniveau verringerte sich aber sukzessive. Am 31. Dezember 1965 stellte sich der Betrag der emittierten Noten auf 10043 Millionen Franken, was einer Zunahme im Berichtsjahr um 3,3% entsprach, verglichen mit 7,6% im vorangegangenen Jahr.

Die *gesamte Geldmenge*, repräsentiert durch das umlaufende Bargeld sowie die Sichteinlagen beim Postcheck und bei den Banken, erhöhte sich von Ende November 1964 bis Ende November 1965 um 4,3%, im Vergleich zu 6,6% im entsprechenden Zeitraum 1963/64 und 8,3% von Ende November 1962 bis Ende November 1963. Dass sich der Bedarf an Zahlungsmitteln verminderte, geht auch aus der Entwicklung der Umsätze im Postcheck- und Giroverkehr hervor, die sich im Berichtsjahr um 6,2% ausdehnten gegenüber 12,3% in den vorangegangenen zwölf Monaten.

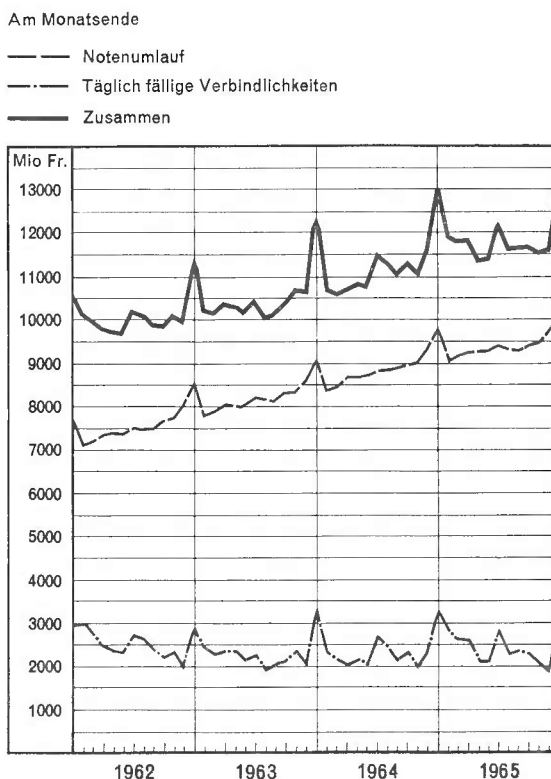
In der Bewegung der *täglich fälligen Verbindlichkeiten* fanden die Entwicklung der Devisenbilanz, die Zunahme des Notenumlaufs, die Rückgriffe des Marktes auf das Noteninstitut, insbesondere aber die eingangs dieses Abschnittes erwähnten marktpolitischen Massnahmen der Nationalbank ihren Niederschlag.

Die *Giroguthaben der Wirtschaft*, welche den Hauptteil der Sichtverbindlichkeiten der Nationalbank ausmachen, weiteten sich gleich nach Jahresbeginn kräftig aus. Die durch den Notenrückfluss und die Übertragung von Bundesguthaben auf Girorechnungen der Wirtschaft bewirkte Zunahme wurde zum Teil durch den Abbau der Kreditengagements und die Rücknahme seitens der Banken der der Nationalbank vor Jahresende kurzfristig überlassenen Geldmarktpapiere sowie der ihr auf Swap-Basis abgetretenen Dollars ausgeglichen. Im Laufe der beiden ersten Wochen der Berichtszeit stiegen die Giroguthaben der Wirtschaft um 407 Millionen auf 3315 Millionen Franken. Die Abschöpfungsmassnahmen der Nationalbank führten dann einen Abbau dieser Sichtverpflichtungen herbei, welche aber Mitte Februar mit 2979 Millionen Franken den entsprechenden Vorjahresstand dennoch um 740 Millionen übertrafen. Alsdann verringerten sich diese Markt- guthaben im Zuge der in der Devisenbilanz eingetretenen Entwicklung. Von Ende April an fielen sie unter den Vorjahresstand zurück. Dieser wurde am 23. Juni 1965, als die Giroguthaben der Wirt-

Gliederung des Notenumlaufs



Notenumlauf und täglich fällige Verbindlichkeiten



schaft 1835 Millionen betragen, um 701 Millionen Franken unterschritten. Auch nach der Überbrückung des Halbjahresultimos hielten sie sich auf einem tiefen Niveau. Erst die von der Notenbank zur Entspannung der Marktlage durchgeführte Verflüssigungsaktion und der Dollarzugang aus dem Ausland Ende Juli und Anfang August brachten eine Umkehr. Die Sichtguthaben der Wirtschaft stiegen bis zum 8. August auf 2077 Millionen Franken an. Hierauf bildeten sie sich bei einer ruhigen Marktentwicklung bis zum November leicht zurück. Im Dezember führten die Ultimovorbereitungen der Banken wieder einen kräftigen Anstieg der Guthaben der Wirtschaft bei der Nationalbank auf 3005 Millionen Franken herbei.

Die *Guthaben des Bundes* bei der Nationalbank wiesen erhebliche Schwankungen auf. Nachdem sie sich Ende 1964 noch auf 292 Millionen Franken belaufen hatten, schrumpften sie nach der Jahreswende stark zusammen. Der Bund sah sich deshalb veranlasst, sich auf dem Wege einer Zwischenfinanzierung kurzfristige Mittel zu beschaffen. Zu diesem Zwecke placierte die Nationalbank Mitte Januar und Ende Februar bei den Banken drei Monate laufende, zum Teil auch kürzerfristige Schatzanweisungen des Bundes im Gesamtbetrag von 283 Millionen Franken. Mitte März und im April, als sich seine Tresorerielage gebessert hatte, zahlte der Bund diese Schatzanweisungen zurück. Vom Mai bis zum Herbst bewegten sich seine bei der Notenbank unterhaltenen Guthaben im allgemei-

nen in der Grössenordnung von 200 bis 400 Millionen Franken. Im Herbst zeigten sie wiederum einen fühlbaren Rückgang, so dass der Bund zur Verstärkung seiner Kasse erneut kurzfristige Schatzanweisungen emittierte. Es handelte sich um drei Posten von zusammen 100 Millionen Franken, die in der zweiten Dezemberhälfte zur Rückzahlung fällig wurden.

Von den genannten Überbrückungsoperationen in der Höhe von 383 Millionen Franken abgesehen, kamen im Berichtsjahr Schatzanweisungen des Bundes im Betrage von 1 191 Millionen Franken zum Verfall. Hievon wurden 1 051 Millionen erneuert und 140 Millionen Franken eingelöst. Da andererseits ein Betrag von 120 Millionen neu begeben wurde, verminderte sich der Gesamtbestand an ausstehenden Schatzanweisungen im Berichtsjahr um 20 Millionen auf insgesamt 960 Millionen Franken. Ausserdem führte der Bund dem Markte 26 Millionen Franken durch die Rückzahlung fälliger Schuldbuchforderungen sowie durch Auslosungen zu; weitere 100 Millionen flossen im Zusammenhang mit der teilweisen Konversion einer Bundesanleihe in den Markt. Der Bund baute seine Dollaranlagen um 163 Millionen und seine Anlagen bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich um 75 Millionen Franken ab. Am Jahresende stellten sich die Guthaben des Bundes bei der Nationalbank auf 126 Millionen Franken.

4. Geld- und Kapitalmarkt

Die Entspannung der Marktlage am Jahresanfang brachte die Aufwärtsbewegung der *Zinssätze*, die sich 1963 und 1964 geltend gemacht hatte, im ersten Quartal der Berichtszeit teils zum Stillstand, teils führte sie sogar einen vorübergehenden Satzrückgang herbei. In der zweiten Jahreshälfte überwog die Tendenz zu Zinsfusssteigerungen. Eine Versteifung verzeichneten dabei u. a. die Sätze für Hypothekendarlehen, deren Anstieg im vorangegangenen Jahr, vor allem was die Verzinsung von Althypotheken anbelangte, hinter der allgemeinen Zinsfussentwicklung zurückgeblieben war.

Die offiziellen Sätze der Nationalbank – Diskontsatz $2\frac{1}{2}\%$, Lombardzinsfuss $3\frac{1}{2}\%$ – erfuhren keine Änderungen. Dagegen beschlossen die Banken, den Privatkontsatz für Handelswechsel und Bankakzepte mit Wirkung ab 1. Januar 1966 um $\frac{1}{2}\%$ auf $3\frac{1}{2}\%$ zu erhöhen. Auf den gleichen Zeitpunkt wurden die Spezialsätze für die Diskontierung von Pflichtlagerwechseln um $\frac{1}{2}\%$ heraufgesetzt, und zwar der Satz für Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln auf $2\frac{3}{4}\%$, jener für übrige Pflichtlager auf 3% . Der Callgeldsatz in Zürich ermässigte sich in den ersten Monaten 1965 von $2\frac{3}{4}\%$ auf 2 bis $2\frac{1}{4}\%$. Als sich der Markt im Frühjahr wieder versteifte, zog der Satz für Tagesgeld auf $2\frac{3}{4}$ bis 3% an. Von Anfang August bis gegen Ende November wurden $2\frac{3}{4}\%$ und im Dezember 3% bezahlt. Der Zinsfuss für Dreimonatsdepots bei Grossbanken ging am Jahresbeginn von $3\frac{1}{2}$ bis $3\frac{3}{4}\%$ auf 3 bis $3\frac{1}{8}\%$ zurück. Bis zum Sommer stieg er auf $3\frac{3}{4}$ bis $3\frac{7}{8}\%$. Am Jahresende stellte sich die Verzinsung für solche Gelder auf 4% . Sie wurde weitgehend durch die Sätze für Schweizerfrankenvorlagen an den Märkten für Eurodevisen bestimmt, an denen die Banken kurzfristige Gelder in grösserem Umfang placierten. Bei den vierteljährlichen

Erneuerungen von Schatzanweisungen des Bundes wurden die Abgabesätze im April für Laufzeiten von $1\frac{1}{2}$ und 2 Jahren um $\frac{1}{8}\%$ auf $2\frac{1}{4}$ bzw. $2\frac{3}{8}\%$ ermässigt, in der Folge aber in zwei Schritten auf $2\frac{1}{2}$ bzw. $2\frac{5}{8}\%$ erhöht. Die Begebung von einjährigen Schatzanweisungen des Bundes erfolgte Mitte Januar und Mitte April zu $2\frac{1}{8}\%$; alsdann wurde der Zinsfuss auf $2\frac{3}{8}\%$ heraufgesetzt. Drei Monate laufende Schatzanweisungen wurden zu 2% , hierauf zu $2\frac{1}{4}$ bis $2\frac{3}{8}\%$ begeben.

Am mittelfristigen Markt war die *Satzgestaltung für Kassenobligationen* durch eine bemerkenswerte Stabilität gekennzeichnet. Da bei den Banken der Zufluss an mittel- und längerfristigen Publikumsgeldern zu den am Jahresbeginn geltenden Sätzen eine ausserordentlich kräftige Ausweitung aufwies, hatten die Kreditinstitute keine Veranlassung, die Ausgabebedingungen von Kassenobligationen für den Geldgeber weiter zu verbessern. Zudem konnten sich manche Institute mit dem Gedanken der Hereinnahme von auf Jahre hinaus gebundenen, hochverzinslichen Betriebsmitteln nicht befreunden. Die Grossbanken statteten ihre dreijährigen Titel weiterhin mit einem Zinsfuss von $4\frac{1}{4}\%$ aus, verkürzten indessen im Sommer die Laufzeit der $4\frac{1}{2}\%$ -Kassenobligationen von 5 Jahren auf 4 Jahre. Die Kantonalbanken offerierten für dreijährige Titel gleichfalls $4\frac{1}{4}\%$ und für fünf- und mehrjährige in der Regel $4\frac{1}{2}\%$; einzelne Staatsinstitute gaben Titel der letztgenannten Zinsgattung mit vierjähriger Laufzeit ab. Bei den Lokalbanken und Sparkassen überwog der $4\frac{1}{2}\%$ -Typus für drei- und mehrjährige Kassenobligationen; nur eine beschränkte Zahl von Instituten machte für Laufzeiten von 5 und mehr Jahren den Schritt auf $4\frac{3}{4}\%$.

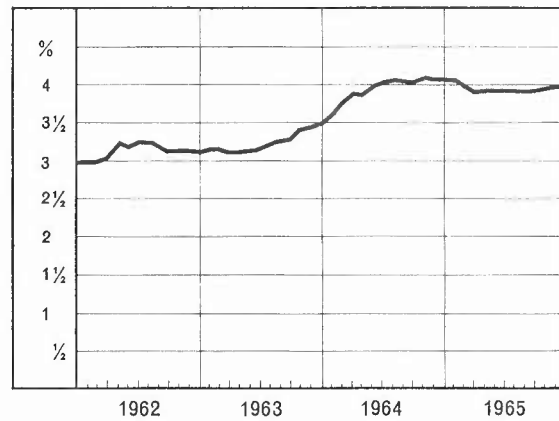
Zahlreiche Banken hatten den *Zinsfuss für Spareinlagen* auf Anfang 1965 erhöht. Im Laufe des Jahres stieg der Durchschnittssatz bei massgebenden Kantonalbanken leicht von 3,17 auf 3,21 %, was zeigt, dass die Staatsinstitute Spareinlagen in der Regel zu $3\frac{1}{4}\%$ verzinsten. Einzelne Kantonalbanken beschliessen indessen, ab 1. Januar 1966 $3\frac{1}{2}\%$ zu vergüten. Bei den Lokalbanken und Sparkassen galt für Spareinlagen vorwiegend ein Zinsfuss von $3\frac{1}{4}\%$, zum Teil von $3\frac{1}{2}\%$. Dieser letztere Satz dürfte 1966 vermehrt zur Anwendung gelangen.

Etwas stärker als bei den Passivsätzen traten Steigerungstendenzen bei den Aktivsätzen in Erscheinung. Die Sätze für Baukredite und für kommerzielle Ausleihungen wurden im allgemeinen um $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}\%$ heraufgesetzt. Für Vorschüsse und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften wurden ebenfalls Zinsfusserhöhungen vorgenommen, von einzelnen Kantonalbanken indessen nur für neue Kredite.

Die durchschnittliche Verzinsung von *bestehenden erstrangigen Hypothekardarlehen* im allgemeinen Wohnungsbau zog bei den Kantonalbanken von 4,04 auf 4,13 % an, weil rund die Hälfte der Staatsinstitute den Zinsfuss im Laufe des Jahres von 4 auf $4\frac{1}{4}\%$ heraufsetzte. Der letztere Satz war bei den privaten Hypothekarbanken die Norm. Für Althypotheken auf grossgewerblichen und industriellen Objekten wurden von den Staatsinstituten in der Regel $4\frac{1}{4}$ bis $4\frac{3}{4}\%$ verlangt. Die Kantonalbanken gewährten in den letzten Monaten 1965 *ersttrangige neue Darlehen* für den allgemeinen Wohnungsbau zu $4\frac{1}{4}$ bis $4\frac{1}{2}\%$, die privaten Hypothekarbanken zu Sätzen von $4\frac{1}{2}$ bis $4\frac{3}{4}\%$, wobei einzelne Institute bis zu 5 % berechneten. Es machte sich die Usanz geltend, für neue Hypothekardarlehen sogenannte einmalige Abschluss- oder Auszahlungskommissionen

Rendite schweizerischer Staatswerte

Monatsdurchschnitte



von $\frac{1}{8}$ bis 1% zu verlangen, falls sie nicht aus der Umwandlung von selbst gewährten Baukrediten resultierten. Darlehen zugunsten des sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbaus wurden von der Mehrzahl der Kantonalbanken zum Satz von $4\frac{1}{4}\%$ eingeräumt. Neue Hypotheken auf grossgewerblichen und industriellen Bauten bedingten dagegen $4\frac{1}{2}$ bis 5% , bei den privaten Bodenkreditbanken im allgemeinen $4\frac{1}{2}$ bis $5\frac{1}{4}\%$; ausnahmsweise wurden noch höhere Sätze berechnet. Mehrere Banken beschlossen, die Zinssätze für Hypothekendarlehen anfangs 1966 neuerdings um $\frac{1}{4}\%$ heraufzusetzen.

Am langfristigen Markt führte die Entspannung nach der Jahreswende 1964/65 zu einem Rückgang der Rendite der Bundesobligationen von $4,10\%$ auf $3,91$ bis $3,92\%$. Alsdann verblieb der Renditesatz bei geringfügigen Schwankungen bis zum Herbst auf diesem Niveau. Er stieg im letzten Vierteljahr, zum Teil bedingt durch die Anpassung der rechnerischen Grundlagen an die kürzeren Laufzeiten, leicht auf $3,98\%$. Ausgeprägter war die Bewegung der durchschnittlichen Rendite kantonalen Obligationen. Diese ermässigte sich von Jahresbeginn bis Ende März von $4,52$ auf $4,43\%$, stieg hierauf im Zuge der im zweiten Quartal eingetretenen Marktversteifung auf $4,63\%$ und glitt alsdann wieder auf den am Jahresanfang erreichten Stand zurück. Ende Dezember stellte sich die Rendite auf $4,58\%$. Die Nationalbank setzte die Politik sorgfältiger Kurspflege zur Vermeidung abrupter Kursausschläge fort.

Als sehr leistungsfähig erwies sich der Emissionsmarkt, obwohl sich die Begebungen von Obligationenanleihen pausenlos folgten. Die Marktverfassung machte jedoch im Laufe des Jahres Wandlungen durch. In den ersten Monaten konnten die neuen Anleihen schlank im Markt untergebracht werden. Mit der Anspannung des Geld- und Kapitalmarktes im zweiten Quartal verschlechterte sich die Zeichnungsbereitschaft. Die Anlegerkreise zeigten Zurückhaltung, da sie mit einem Anstieg der Zinssätze und demzufolge einer Verbesserung der Ausgabebedingungen von Anleihen zu ihren Gunsten rechneten. Mehreren Begebungen war kein Erfolg beschieden. Im Laufe des Sommers trat am Emissionsmarkt wieder eine Entspannung ein, und bis zum Jahresende blieb der Markt sehr tragfähig. Von vereinzelt Ausnahmen abgesehen, schlossen die neuen Obligationenanleihen mit gutem Erfolg ab und wurden in der Mehrzahl stark überzeich-

net. Die Abstimmung des Anleihensprogrammes auf die Leistungskraft des Marktes durch die mit der Überwachung der Emissionstätigkeit betraute Kommission trug, wie schon erwähnt, zu dieser Entwicklung bei. Gleichzeitig machte die Zurückhaltung der Anlegerkreise wieder einer grösseren Bereitschaft zur Zeichnung von Anleihen Platz. Dem Emissionsmarkt kamen auch die verringerte Anlage in Sachwerten, die lustlose Haltung der schweizerischen Aktienbörsen und die Repatriierung von Anlagen im Ausland zugute. Zudem dürfte die Kapitalmarktentwicklung durch die Verbesserung der Ertragsbilanz begünstigt worden sein.

Am Markt wurden 126 inländische Anleihen im Emissionswert von 2858 Millionen Franken öffentlich begeben, verglichen mit 2637 Millionen im Jahre 1964. Durch 64 Aktienemissionen wurden dem Markt 282 Millionen Franken entnommen gegen 568 Millionen Franken im Jahr zuvor. Damit belief sich die Inanspruchnahme des Marktes durch öffentlich aufgelegte schweizerische Anleihen und Aktien auf 3140 Millionen Franken, was im Vergleich zum Jahre 1964 einer Abnahme um 65 Millionen Franken entsprach. Werden die Konversionsanleihen im Betrage von 335 Millionen sowie die Rückzahlungen von Anleihen und schweizerischem Aktienkapital in der Höhe von 383 Millionen in Abzug gebracht, so ergab sich eine Nettobeanspruchung von 2422 Millionen Franken gegenüber 2748 Millionen im Vorjahr. Der Rückgang stellte sich damit auf 326 Millionen Franken.

Ende Juni wurde die 3½% Eidgenössische Anleihe vom Juni 1945 von 400 Millionen Franken fällig. Zu deren Rückzahlung bzw. Konversion beschloss der Bundesrat die Begebung einer 4¼%-Anleihe im Betrage von 250 Millionen Franken, bei einem Ausgabekurs von 99% (einschl. Stempel) und einer Laufzeit von 12 Jahren, sowie die Emission von Bundeskassenscheinen im Betrage von 150 Millionen Franken zu 4% und einem Ausgabekurs (einschl. Stempel) von 100%. Zur Schonung des Kapitalmarktes, der vor der Emissionspause im Sommer Ermüdungserscheinungen aufwies, wurde der Betrag der 4¼%-Anleihe bei sonst unveränderten Ausgabebedingungen kurz vor dem Emissionsbeginn auf 150 Millionen Franken reduziert.

Im übrigen beanspruchten den Anleihensmarkt vor allem Kantone und Gemeinden, Kantonalbanken, die beiden Pfandbriefinstitute sowie Kraftwerke. In der Verteilung der Emissionen auf diese einzelnen Gruppen von Anleihenehmern zeigten sich beim Vergleich mit 1964 allerdings etwelche Verschiebungen. So sahen sich Kantone und namentlich Gemeinden angesichts des wachsenden Bedarfs an langfristigen Mitteln zur Finanzierung dringlicher Bauvorhaben häufiger als im Vorjahr veranlasst, an den Markt zu gelangen. Sie schöpften 650 Millionen Franken ab, verglichen mit 589 Millionen im Jahre 1964. Mit 630 Millionen Franken überstieg die Inanspruchnahme des Marktes durch Kraftwerke den Vorjahresbetrag um 26 Millionen. Andererseits ging dessen Beanspruchung durch Anleiheemissionen von Banken zurück, weil diesen mittel- und langfristige Publikumsgelder in grösseren Beträgen als im Vorjahr zuflossen, so dass sie ihre Geldaufnahmen am Markt verringern konnten. Mit zusammen 761 Millionen Franken gegen 913 Millionen im Jahre 1964 standen die Banken und Pfandbriefinstitute unter den Emittenten aber weiterhin an erster Stelle.

Zu Beginn des Jahres statteten Kantone und Kantonalbanken ihre Anleihen mit einem Zinssuss von $4\frac{1}{2}\%$ bei Ausgabekursen (einschl. Stempel) unter pari aus. Kraftwerke legten $4\frac{3}{4}\%$ - bis 5% -Anleihen auf. Als sich die Marktlage in den ersten Monaten 1965 erleichterte, konnten die Ausgabebedingungen durch eine mässige Erhöhung des Emissionskurses für den Schuldner verbessert werden. Von Mitte Mai an mussten indessen Kantone und Kantonalbanken für neue Anleihen durchweg $4\frac{3}{4}\%$ und Kraftwerke 5% , bei Ausgabekursen zu pari oder leicht darunter, bewilligen. Eine Wendung im Sinne einer deutlichen Verbesserung der Lage am Emissionsmarkt trat zu Beginn des dritten Vierteljahres ein, für welches die Emissionskommission im Einverständnis mit der Nationalbank Geldaufnahmen am Markt (ohne Konversionen) in der Höhe von nur 461 Millionen Franken bewilligte, im Vergleich zu 780 Millionen im zweiten Quartal. Die neuen Anleihen konnten überwiegend mühelos im Markte untergebracht werden und wurden zum Teil sogar stark überzeichnet. Die gute Aufnahmefähigkeit des Emissionsmarktes hielt bis zum Jahresende an, was Kantonen, Kantonalbanken und den Pfandbriefinstituten erlaubte, die Ausgabekurse ihrer neuen $4\frac{3}{4}\%$ -Anleihen sukzessive auf 100,60 bis 101,40% zu erhöhen. Auch die Kraftwerkanleihen konnten bei einem Zinssatz von 5% zu Kursen über pari im allgemeinen gut untergebracht werden.

Die Ausgabe von *Auslandsanleihen* erfolgte in einem etwas geringeren Betrag als im Vorjahr, weil die Nationalbank Umfang und Rhythmus solcher Emissionen auf die Bedürfnisse der inländischen Kapitalversorgung abstimmt. 10 Anleihen im Emissionswert von 339 Millionen Franken wurden zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt, verglichen mit 12 Anleihen und 383 Millionen im Vorjahr. Dazu kamen 2 Anleihen im Betrag von 12 Millionen Franken, die nicht öffentlich begeben wurden. Nach Abzug der Rückzahlungen und von Teilbeträgen zweier Anleihen, die zur Konsolidierung früherer Bankkredite Verwendung fanden, von zusammen 142 Millionen Franken, belief sich der Nettokapitalexport auf 209 Millionen gegenüber 248 Millionen im Jahre 1964.

Der Betrag der *nicht öffentlich* begebenen inländischen Anleihen fiel mit 193 Millionen Franken um 227 Millionen niedriger aus als im Vorjahr. Umgekehrt verzeichneten die nicht öffentlich begebenen Aktienemissionen eine kräftige Zunahme von 981 Millionen auf 1273 Millionen Franken.

Durch öffentliche und nicht öffentliche Emissionen wurde der Kapitalmarkt insgesamt mit netto 4,1 Milliarden Franken in Anspruch genommen. Da sich das Vergleichsbetreffnis für das Jahr 1964 auf 4,4 Milliarden belaufen hatte, ergab sich ein Rückgang um rund 300 Millionen Franken. Die etwas verminderte Marktbelastung trug mit zur ruhigen Entwicklung der Zinssätze am langfristigen Markt bei.

Die *dem Ausland eingeräumten Bankenkredite*, soweit deren Gewährung gemäss Artikel 8 des Bankengesetzes der Zustimmung der Nationalbank bedurfte, beliefen sich auf 153 Millionen Franken, verglichen mit 196 Millionen im Jahre 1964.

Der *Ausgleichsfonds der AHV* leistete nur einen begrenzten Beitrag zur Befriedigung des Bedarfs der Kantone und Gemeinden, der Hypothekarinstitute sowie der gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen an langfristigen Mitteln. Immerhin konnte der Fonds vor allem dank rasch steigender Einnahmen aus Beiträgen der Versicherten und der Arbeitgeber seine Anlagen wieder

stärker als im vorangegangenen Jahre erhöhen. Der Zuwachs stellte sich auf 286 Millionen Franken gegenüber 129 Millionen im Jahre 1964.

Die *Investmenttrusts* verharrten im Zustand der Stagnation. Nicht nur flossen ihnen keine neuen Mittel mehr zu, vielmehr hatten die meisten Fonds Zertifikate zurückzunehmen. Die Kurse der Anteilscheine bewegten sich rückläufig. Den Immobilientrusts bereitete die Finanzierung von in Ausführung begriffenen Bauten erhebliche Schwierigkeiten. Einzelne Fonds sahen sich gezwungen, Liegenschaften und Bauland zu veräussern.

Die Zahl der Investmenttrusts, welche der Nationalbank vierteljährlich Meldung über ihre Geschäftstätigkeit erstatten, blieb mit 114 unverändert. Von Jahresanfang bis Ende September verminderte sich die Zahl der von schweizerischen Immobilienfonds ausgegebenen Zertifikate um 97 000 Stück im Werte von 15 Millionen Franken, wogegen in den gleichen Zeitperioden 1963 für 561 Millionen und 1964 noch für 88 Millionen Franken Anteile ausgegeben worden waren. Die Immobilientrusts mit Anlagen im In- und Ausland konnten sich durch die Emission von Zertifikaten 3 Millionen Franken beschaffen. Den Wertschriftentrusts wurden 869 000 Anteilscheine zum Rückkauf angeboten, wofür sie 155 Millionen Franken oder ungefähr gleich viel wie im entsprechenden Vorjahreszeitraum bereitstellen mussten. Insgesamt verzeichnete die Zahl der von den 114 Investmenttrusts ausgegebenen Zertifikate einen Rückgang von 24,2 auf 23,3 Millionen und das gesamte Fondsvermögen einen solchen von 6 546 Millionen auf 6 383 Millionen Franken.

Zur Entspannung am Kapitalmarkt trug die Verringerung des Anleihensbedarfs der Banken bei, die in der Entwicklung der *Bankbilanzen* ihren Niederschlag fand. Der Mittelzufluss zu den Kreditinstituten, insbesondere in Form von mittel- und längerfristigen Publikumsgeldern, dehnte sich kräftig aus, was die Liquiditätsslage der Banken verbesserte, deren Kreditbereitschaft verstärkte und damit die Konsolidierung kurzfristiger in langfristige Kredite begünstigte.

Die fremden Gelder der 62 monatlich berichtenden Banken zeigten bis Ende November eine Zunahme um 4 531 Millionen Franken oder 7,1%, verglichen mit 4 651 Millionen oder 8,1% in den ersten elf Monaten 1964. In der Zusammensetzung des Mittelzugangs traten bemerkenswerte Verschiebungen ein. So verstärkte sich der Zuwachs der Einlagen auf Spar-, Depositen- und Einlageheften sowie der Kassenobligationen gegenüber dem Vorjahr um 780 Millionen auf 2 294 Millionen Franken. Umgekehrt verzeichneten die Banken- und Kundengelder eine um 712 Millionen auf 1 480 Millionen Franken verlangsamte Ausweitung. Weniger umfangreich als 1964 waren auch die am Markt aufgenommenen langfristigen Gelder (Obligationenanleihen, Pfandbriefdarlehen und Darlehen des Ausgleichsfonds der AHV an die Kantonalbanken). Sie blieben mit 757 Millionen Franken um 189 Millionen hinter dem Vorjahresbetrag zurück.

Die Expansion der Publikumsersparnisse hatte zweifellos eine wesentliche Ursache in der verbesserten Verzinsung, die den Zufluss an Spareinlagen und Kassenobligationengeldern und damit die Spartätigkeit ganz allgemein gefördert haben dürfte. Allerdings waren an der Zunahme der mittel- und längerfristigen Gelder auch Umlagerungen von Kundengeldern beteiligt, die bereits bei den Banken auf Sicht und Termin gelegen hatten. Ausserdem dürfte dazu die Tatsache

beigetragen haben, dass der Absatz von Zertifikaten von Wertschriften- und Immobilienfonds zum Stillstand gekommen war und die Anlegerkreise wieder zum herkömmlichen Sparen bei den Banken zurückkehrten. Vom Mehrzuwachs des Banksparens im genannten Betrag von 780 Millionen Franken entfielen allein 558 Millionen oder rund sieben Zehntel auf Kassenobligationen. Deren Bestand vergrösserte sich um 1 147 Millionen Franken, verglichen mit 589 Millionen im Parallelzeitraum 1964. In den ersten Monaten des Berichtsjahres war der Zufluss besonders kräftig. Vom Frühsommer an schwächte er sich fühlbar ab; doch vermochten die Banken ihren Bestand an Kassenobligationen Monat für Monat weiter zu erhöhen.

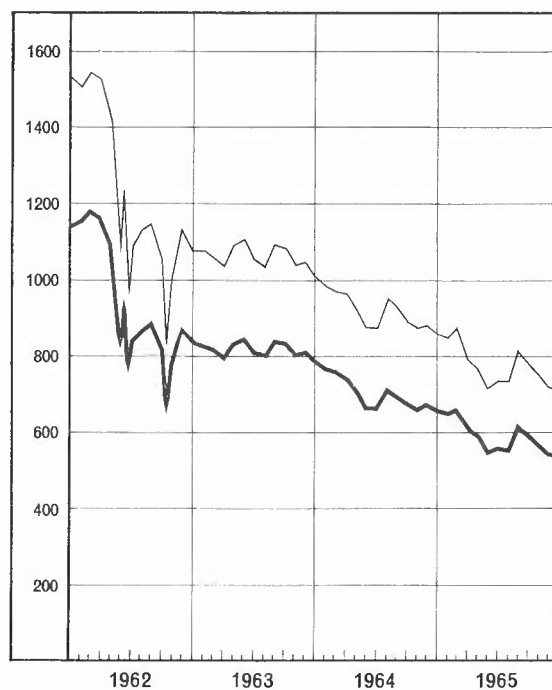
Der Minderzuwachs an Banken- und Kundengeldern ging vornehmlich zu Lasten der Checkgelder und Sichtkreditoren; dies dürfte sich neben den erwähnten Umlagerungen zugunsten des bankmässigen Sparens auch aus der Inanspruchnahme von Mitteln zur Finanzierung der Einfuhr und aus dem Rückgang von Auslandsguthaben bei den Banken erklären. Die Verminderung der langfristigen Geldaufnahmen rührte vorab von einer verringerten Ausgabe von Obligationen anleihen her. Der Bestand an ausstehenden Anleihen nahm um 489 Millionen zu, verglichen mit 665 Millionen Franken im Jahre 1964. Pfandbriefdarlehen wurden im Betrage von 233 Millionen aufgenommen gegenüber 271 Millionen Franken im Jahre zuvor. Obwohl diese Mittelbeschaffungen den hohen Vorjahresbetrag nicht mehr erreichten, machte der Mehrzugang an mittel- und langfristigen Geldern bei den Banken in den ersten elf Monaten 591 Millionen Franken aus.

Im Laufe des Jahres belebte sich die Kreditfähigkeit. Die Ausleihungen der Banken im Debitorengeschäft, die Kontokorrentvorschüsse und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften sowie die Hypothekarkredite zeigten bis Ende November einen Anstieg um 3516 Millionen Franken oder 7,5% gegen 6,4% im Parallelzeitraum 1964. Dabei wiesen die Debitoren eine Steigerung von 1 633 Millionen Franken oder 7,8% auf, im Vergleich zu 6,3% im Vorjahr. In den letzten Monaten der Berichtszeit beschleunigte sich der Zuwachs; doch hielt sich die Expansion der Debitoren im Rahmen der Zunahme des Sozialproduktes, was den in der Kreditentwicklung der Banken eingetretenen Normalisierungsprozess zum Ausdruck brachte. Die wieder wachsende Kreditbereitschaft der Banken äusserte sich im Umfang der neu bewilligten Baukredite. Nachdem sich die Banken im Jahre 1964 wegen Konsolidierungsschwierigkeiten in der Einräumung neuer Kredite Zurückhaltung auferlegen mussten, konnten sie dank dem starken Zufluss von Publikumsgeldern den Gesuchen um Gewährung von Baukrediten wieder vermehrt entsprechen. Von Januar bis Dezember eröffneten die 62 Institute neue Baukredite im Gesamtbetrag von 3 386 Millionen Franken, verglichen mit 2848 Millionen im Jahre 1964, was einer Steigerung um 19% entsprach. Namentlich im zweiten Quartal und wiederum in den letzten Monaten der Berichtszeit lagen die bewilligten Baukredite sehr erheblich über dem Vorjahresniveau. Diese Entwicklung wird namentlich dem Wohnungsbau zugute kommen, und zwar um so mehr, als sich die industrielle Bautätigkeit verlangsamten dürfte.

Dass die Konsolidierungsschwierigkeiten im Bereiche der Wohnbaufinanzierung im Laufe des Jahres weitgehend behoben werden konnten, zeigt sich auch in der Zunahme der Hypothekar-

Schweizerischer Aktienindex

— Gesamtindex
— Industriek Aktien allein



anlagen, die sich bis Ende November mit 1 360 Millionen Franken um 17% stärker als in den entsprechenden Monaten 1964 ausdehnten.

Die Befriedigung des Kreditbedarfs der öffentlichen Hand stellte an die Banken hohe Ansprüche, da die durch das wirtschaftliche Wachstum und die Bevölkerungsvermehrung bewirkte starke Zunahme der Investitionen von Kantonen und Gemeinden zum Ausbau der Infrastruktur den Rückgriff der öffentlichen Hand auf Bankenkredite fühlbar ansteigen liess. Die Kontokorrentvorschüsse und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften nahmen in den ersten elf Monaten mit 522 Millionen Franken um 19,2% zu. Der Mehrzuwachs gegenüber dem selben Zeitraum 1964 belief sich auf 115 Millionen Franken oder rund ein Fünftel. Die Einräumung solcher Kredite war den Banken dadurch erleichtert worden, dass sie Auszahlungen für bestimmte Bauvorhaben erster Dringlichkeit ausserhalb der Zuwachsraten gemäss der Vereinbarung über die Kreditbegrenzung abwickeln konnten.

Aus den Meldungen von rund 170 der Kreditvereinbarung angeschlossenen Banken, die je eine Bilanzsumme von mindestens 50 Millionen Franken aufweisen und halbjährlich über die Entwicklung der inländischen Kredite Bericht zu erstatten haben, war ersichtlich, dass die verfügbaren Kreditzuwachsrate im ersten Halbjahr 1965 nicht voll beansprucht worden waren. Bei den Debitoren lag die Ausnützung der Quoten mit 60% unter der entsprechenden Vorjahresziffer von 71%. Dagegen stieg die Beanspruchung der Hypothekarquote von 75% im ersten Semester 1964 auf 78% im gleichen Zeitraum des Berichtsjahres an. Die Kreditgewährung an öffentlich-rechtliche Körperschaften, die in der ersten Hälfte 1964 einen Rückgang verzeichnet hatte, nahm 28% der für solche Darlehen eingeräumten Zuwachsrate in Anspruch. Das Schwergewicht der Aus-

leihungen an Kantone und Gemeinden liegt allerdings erfahrungsgemäss in der zweiten Jahreshälfte.

Die Kursbewegung an den *Aktienbörsen* war, von Phasen vorübergehender Erholung im Februar und August unterbrochen, im Berichtsjahr insgesamt rückläufig. Der Index der Aktienkurse unterschritt am Jahresende mit 544 den im März 1962 erreichten Höchststand von 1219 Indexpunkten um 55%. Er fiel ungefähr auf das Niveau von 1959 zurück. Obwohl die Unternehmungen, deren Aktien an den Börsen gehandelt werden, im allgemeinen wiederum erfreuliche Rechnungsabschlüsse vorlegen konnten, zeigte das breite Publikum gegenüber Aktien nach wie vor Zurückhaltung. Sodann wirkte sich im zweiten Quartal die zeitweise Massierung von Anleihsenemissionen nachteilig auf die Aktienkurse aus, wobei die steigende Rendite von festverzinslichen Werten das Interesse breiter Anlegerkreise fand. Die Entspannung am Anleihsenmarkt im August hatte eine vorübergehende kräftige Zunahme der Umsätze an den Aktienbörsen im Gefolge, bei Kursavancen um 10% und darüber. Alsdann bröckelten die Notierungen jedoch wieder sukzessive ab.

C. BANKBEHÖRDEN

Die Zusammensetzung der *Bankbehörden* hat im Berichtsjahr folgende Änderungen erfahren: Auf den Zeitpunkt der letzten Generalversammlung vom 27. März 1965 nahmen Herr Prof. Dr. Dr. h. c. Oskar Howald, Brugg, und der inzwischen verstorbene Herr a. Staatsrat Alfred Oulevay, Morges, ihren Rücktritt als Mitglieder des Bankrates und des Bankausschusses. Ihr langjähriges verdienstvolles Wirken im Schosse unserer Bankorgane sei auch an dieser Stelle nochmals mit Dankbarkeit anerkannt. Herr Prof. Howald wurde vom Bundesrat 1947 als Vertreter der Landwirtschaft in den Bankrat gewählt, um im gleichen Jahr zum Ersatzmann und 1949 zum Mitglied des Bankausschusses ernannt zu werden. Die Wahl von Herrn Oulevay in den Bankrat erfolgte durch die Generalversammlung im März 1955, worauf der Genannte bereits einen Monat später in den Bankausschuss delegiert wurde.

Zu neuen Mitgliedern des Bankrates wurden gewählt
durch den Bundesrat:

Herr René Juri, Ing.-Agr., Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, Brugg,
durch die Generalversammlung:

Herr Alfred Gisling, Direktor der Waadtländischen Kantonalbank, Lausanne.

Der Bankrat traf in der Folge die für die Ergänzung des Bankausschusses notwendigen Ersatzwahlen und bezeichnete aus seinem Schosse als neue Mitglieder dieses Gremiums die Herren Dr. Dr. h. c. Raymond Devrient, Präsident des Verbandes schweizerischer Versicherungsgesellschaften, Pully, und Ständerat Rudolf Meier, Finanzdirektor des Kantons Zürich, Eglisau.

Im Verlaufe des Berichtsjahres hatten wir den Hinschied von zwei amtierenden Mitgliedern unserer Bankbehörden zu beklagen, nämlich der Herren Fürsprecher Albert Ernst, Direktor der

Aktiengesellschaft der von Moos'schen Eisenwerke in Luzern, Luzern, der als vom Bundesrat gewähltes Mitglied seit 1961 dem Bankrat angehört hatte, und a. Staatsrat Oscar de Chastonay, Direktor der Walliser Kantonalbank, Sitten, der von der Generalversammlung 1955 in den Bankrat gewählt worden war. Bankrat und Direktorium der Nationalbank werden den Dahingegangenen, die ihre reichen Kenntnisse und Erfahrungen auf wirtschaftlichem Gebiet in den Dienst unseres Instituts stellten, ein dankbares und ehrendes Andenken bewahren.

Zum Nachfolger von Herrn Ernst wählte der Bundesrat Herrn Dr. Werner Bühlmann, Regierungsrat, Vorsteher der Finanzdirektion des Kantons Luzern, in den Bankrat, während für die durch den Hinschied des Herrn de Chastonay in diesem Organ entstandene Vakanz die nächste Generalversammlung eine Ersatzwahl zu treffen haben wird.

Im Juni übertrug der Bankrat das seit Ende letzten Jahres verwaiste Mandat eines Mitgliedes des Lokalkomitees St. Gallen Herrn Dr. Roger Perret, Präsident des Verwaltungsrates und Direktor der Roco Conserven Rorschach, Horn.

JAHRESRECHNUNG



1. GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR 1965

2. JAHRESSCHLUSSBILANZ VOM 31. DEZEMBER 1965

GEWINN- UND

SOLL

Abgeschlossen auf

	Fr.
Verwaltungskosten	
Bankbehörden	Fr. 155 854.70
Personal	Fr. 10 871 273.40
Geschäfts- und Bureaukosten	Fr. 1 183 054.83
Verschiedenes	Fr. 578 046.85
	12 788 229.78
Zinsen für Bundesschatzanweisungen	12 964 319.80
Zinsen an Deponenten	402 299.07
Aufwendungen für Bankgebäude	2 137 166.91
Abschreibungen auf Mobiliar	1 187 373.15
Rückstellung für Offenmarktoperationen	6 000 000.—
Rückstellung für Banknotenherstellungskosten	10 000 000.—
Rückstellung für Umbauten in den Bankgebäuden	1 000 000.—
Zuwendung an die Pensionskasse	2 000 000.—
Reingewinn	6 843 248.80
	55 322 637.51

VERLUSTRECHNUNG

31. Dezember 1965

HABEN

	Fr.
Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen	29 785 088. 90
Diskontoertrag und Inkassogebühren	2 270 370. 94
Ertrag des Lombardgeschäftes	731 448. 57
Ertrag der eigenen Wertschriften einschliesslich ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken	20 208 012. 14
Zinsen von Inlandkorrespondenten	188 628. 39
Kommissionen	671 331. 77
Übrige Nutzposten	1 467 756. 80
	55 322 637. 51

JAHRESSCHLUSSBILANZ

AKTIVEN

	Fr.	
Kasse		
Gold im Inland und Ausland	Fr. 13 164 204 828. 70	
andere Kassenbestände	Fr. 10 481 634. 12	13 174 686 462. 82
Devisen		852 625 676. 32
Kursgesicherte Guthaben bei ausländischen Notenbanken		428 545 000. —
Inlandportefeuille		
Schweizerwechsel	Fr. 98 060 110. 40	
Schatzanweisungen des Bundes	Fr. 9 500 000. —	
Diskontierte Obligationen	Fr. 31 526 340. 55	139 086 450. 95
Lombardvorschüsse		38 946 863. 05
Ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken		432 000 000. —
Eigene Wertschriften		
deckungsfähige	Fr. 2 305 600. —	
andere	Fr. 90 641 201. —	92 946 801. —
Korrespondenten		
im Inland	Fr. 66 072 588. 31	
im Ausland	Fr. 14 541 659. 41	80 614 247. 72
Inkassowechsel		3 246 078. 13
Postcheckguthaben		7 237 200. 01
Diverse Debitoren		4 922 893. 34
Coupons		9 919. 10
Bankgebäude		1 500 000. —
Mobilier		1. —
Sonstige Aktiven		6 235 612. 20
Nicht einbezahltes Grundkapital		25 000 000. —
		15 287 603 205. 64

	Fr.
Notenumlauf	10 042 543 625. —
Girorechnungen	
Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie Fr. 3 004 960 054. 99	
Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Fr. 1 035 000 000. —
Girorechnungen ausländischer Banken	<u>Fr. 44 316 707. 03</u>
Bundesverwaltungen	126 266 196. 96
Deponenten	18 976 251. 90
Zahlungs- und Clearingabkommen mit dem Ausland	20 876 287. 81
Verbindlichkeiten auf Zeit	602 000 000. —
Pflichtdepots gemäss Bundesbeschluss vom 13. März 1964	19 938 860. 95
Diverse Kreditoren	199 081 693. 45
Ausstehende Checks	996 853. 38
Sonstige Passiven	46 714 582. 47
Grundkapital	50 000 000. —
Reservefonds	32 000 000. —
Rückstellung für Offenmarktoperationen	6 000 000. —
Rückstellung für Banknotenherstellungskosten	17 183 112. 65
Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle	6 500 000. —
Rückstellung für Umbauten in den Bankgebäuden	5 768 992. 80
Rückstellung für Steuern	636 737. 45
Rückstellung für Zinsen auf Bundesschatzanweisungen	1 000 000. —
Reingewinn	6 843 248. 80
	15 287 603 205. 64

ERLÄUTERUNGEN ZUR JAHRESRECHNUNG

AKTIVEN DER BILANZ

KASSENVERKEHR

Kassenbestand am 31. Dezember 1964, einschliesslich Gold im Ausland	Fr. 20 247 835 459. 98
Eingang im Jahre 1965	Fr. 25 278 817 833. 99
Ausgang im Jahre 1965	Fr. 22 650 967 976. 15
Kassenumsatz	Fr. 47 929 785 810. 14
Überschuss der Einzahlungen	Fr. 2 627 849 857. 84
Kassenbestand am 31. Dezember 1965, einschliesslich Gold im Ausland	Fr. 22 875 685 317. 82
Der Kassenbestand vom 31. Dezember 1965 setzte sich wie folgt zusammen:	
Gold	Fr. 13 164 204 828. 70
Scheidemünzen	Fr. 10 473 346. 98
Verschiedenes	Fr. 8 287. 14
Total laut Bilanz	Fr. 13 174 686 462. 82
Dazu: eigene Noten in den Kassen der Bank	Fr. 9 700 998 855. —
Total	Fr. 22 875 685 317. 82

Das Gold ist mit Fr. 4 869. 80 pro Kilogramm Feingold verbucht, entsprechend dem für Goldbarren loco Bern geltenden Ankaufspreis.

DEVISENVERKEHR

Bestand am 31. Dezember 1964	Fr. 1 679 063 756. 20
Eingang im Jahre 1965	Fr. 26 257 055 044. 41
	Fr. 27 936 118 800. 61
Ausgang im Jahre 1965	Fr. 27 083 493 124. 29
Bestand am 31. Dezember 1965	Fr. 852 625 676. 32

KURSGESICHERTE GUTHABEN BEI AUSLÄNDISCHEN NOTENBANKEN

Bestand am 31. Dezember 1964	Fr. 431 300 000. —
Bestand am 31. Dezember 1965	Fr. 428 545 000. —

DISKONTOVERKEHR

Schweizerwechsel

Bestand am 31. Dezember 1964	713 Wechsel mit	Fr.	109 830 688. 91
Im Jahre 1965 wurden diskontiert	3 006 Wechsel mit	Fr.	405 873 040. 98
	3 719 Wechsel mit	Fr.	515 703 729. 89
Davon wurden 1965 eingelöst	3 073 Wechsel mit	Fr.	417 643 619. 49
Bestand am 31. Dezember 1965	646 Wechsel mit	Fr.	98 060 110. 40

Schatzanweisungen des Bundes

Bestand am 31. Dezember 1964		Fr.	24 750 000. —
Im Jahre 1965 wurden diskontiert:			
eingereicht vom Bund	Fr.	—	
eingereicht vom Markt	Fr.	264 500 000.—	Fr. 264 500 000. —
			Fr. 289 250 000. —
Davon wurden 1965 eingelöst		Fr.	279 750 000. —
Bestand am 31. Dezember 1965		Fr.	9 500 000. —

Obligationen

Bestand am 31. Dezember 1964	Fr.	28 012 430. 90
Im Jahre 1965 wurden diskontiert	Fr.	80 161 548. 14
	Fr.	108 173 979. 04
Davon wurden 1965 eingelöst	Fr.	76 647 638. 49
Bestand am 31. Dezember 1965	Fr.	31 526 340. 55

LOMBARDVERKEHR

Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1964	Fr.	77 654 286. 57
Neue Vorschüsse im Jahre 1965	Fr.	582 543 021. 88
	Fr.	660 197 308. 45
Rückzahlungen im Jahre 1965	Fr.	621 250 445. 40
Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1965	Fr.	38 946 863. 05

Die Zahl der offenen Lombardrechnungen belief sich am 31. Dezember 1965 auf 139.

Von den Hinterlagen am 31. Dezember 1965 entfielen 76% auf eidgenössische Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen, kantonale und kommunale Obligationen sowie auf Obligationen von Kantonalbanken im Sinne des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen.

VERKEHR IN AUSLÄNDISCHEN SCHATZANWEISUNGEN IN
SCHWEIZERFRANKEN

Bestand am 31. Dezember 1964	Fr.	432 000 000. —
Bestand am 31. Dezember 1965	Fr.	<u>432 000 000. —</u>

VERKEHR IN EIGENEN WERTSCHRIFTEN

Bestand am 31. Dezember 1964	Fr.	65 316 001. —
Eingang im Jahre 1965	Fr.	<u>28 697 200. —</u>
	Fr.	94 013 201. —
Ausgang im Jahre 1965	Fr.	<u>1 066 400. —</u>
Bestand am 31. Dezember 1965	Fr.	<u>92 946 801. —</u>

VERKEHR MIT DEN KORRESPONDENTEN IM INLAND

Guthaben der Bank am 31. Dezember 1964	Fr.	75 304 597. 52
Im Jahre 1965 wurden der Bank von den Korrespondenten		
gutgeschrieben	Fr.	9 210 290 630. 69
belastet	Fr.	<u>9 219 522 639. 90</u>
Gesamtumsatz	Fr.	18 429 813 270. 59
Überschuss der Belastungen	Fr.	<u>9 232 009. 21</u>
Guthaben der Bank am 31. Dezember 1965	Fr.	<u>66 072 588. 31</u>

Am 31. Dezember 1965 verfügte die Bank für den Inlandverkehr über ein Netz von Korrespondenten, das 363 Bank- und 178 Nebenplätze umfasst. Die Zahl der Korrespondentenmandate belief sich auf 465.

VERKEHR MIT DEN KORRESPONDENTEN IM AUSLAND

Bestand am 31. Dezember 1964	Fr.	17 018 371. 75
Eingang im Jahre 1965	Fr.	<u>2 719 048 302. 04</u>
	Fr.	2 736 066 673. 79
Ausgang im Jahre 1965	Fr.	<u>2 721 525 014. 38</u>
Bestand am 31. Dezember 1965	Fr.	<u>14 541 659. 41</u>

INKASSOVERKEHR

Den Bankstellen der Nationalbank sind im Berichtsjahr an Checks und Wechseln zum Inkasso eingereicht worden

auf Mitglieder der Abrechnungsstellen	22 776 Stück mit	Fr.	791 792 821. 94
auf andere Bezogene	<u>12 831 Stück mit</u>	<u>Fr.</u>	<u>193 670 569. 96</u>
Total	<u>35 607 Stück mit</u>	<u>Fr.</u>	<u>985 463 391. 90</u>

hievon wurden als Deckung für Rechnungen der

Korrespondenten in der Schweiz eingereicht	1 106 Stück mit	Fr.	37 251 482. 81
--	-----------------	-----	----------------

VERKEHR AUF POSTCHECKRECHNUNGEN

Postcheckguthaben am 31. Dezember 1964	Fr.	5 308 219. 31
--	-----	---------------

Im Jahre 1965 wurden unsern Postcheckrechnungen

gutgeschrieben	Fr.	35 623 114 880. 47
--------------------------	-----	--------------------

belastet	<u>Fr.</u>	<u>35 621 185 899. 77</u>
--------------------	------------	---------------------------

Gesamtumsatz	Fr.	71 244 300 780. 24
------------------------	-----	--------------------

Überschuss der Gutschriften	<u>Fr.</u>	<u>1 928 980. 70</u>
---------------------------------------	------------	----------------------

Postcheckguthaben am 31. Dezember 1965	<u>Fr.</u>	<u>7 237 200. 01</u>
--	------------	----------------------

Der Überweisungsverkehr zwischen den Kunden der Nationalbank und den Inhabern von Postcheckrechnungen gestaltete sich im Berichtsjahr wie folgt:

17 631 Giroüberweisungen von der Nationalbank an die Post	Fr.	1 311 882 581. 93
---	-----	-------------------

30 699 Giroüberweisungen von der Post an die Nationalbank	<u>Fr.</u>	<u>19 052 067 474. 50</u>
---	------------	---------------------------

Total	<u>Fr.</u>	<u>20 363 950 056. 43</u>
-----------------	------------	---------------------------

Die Postcheckämter sind ermächtigt, gegen Postchecks Checks auf die Nationalbank zur Verrechnung auf Girokonto abzugeben.

Von 25 Postcheckämtern wurden im Berichtsjahr 2 197 Checks ausgestellt mit	<u>Fr.</u>	<u>189 846 115. —</u>
--	------------	-----------------------

BANKGEBÄUDE UND MOBILIAR

Bankgebäude

Der Buchwert der Gebäude der Bank betrug am 31. Dezember 1965 wie im Vorjahr Fr. 1 500 000. —

Die Feuerversicherungssumme stellte sich insgesamt auf Fr. 37 436 300. —.

Die Auslagen für Neueinrichtungen, Renovationen, Unterhalt, Beleuchtung, Heizung,

Bewachung, Reinigung beliefen sich auf Fr. 2 444 024. 71

Nach Verrechnung der vereinnahmten Mietzinse von Fr. 306 857. 80

verbleibt ein Überschuss der Aufwendungen von Fr. 2 137 166. 91

Mobiliar

Das Mobiliarkonto war am 31. Dezember 1964 belastet mit Fr. 1. —

Die Neuanschaffungen im Betrage von Fr. 1 187 373. 15
wurden vollständig abgeschrieben.

Der Buchwert am 31. Dezember 1965 beträgt somit wiederum Fr. 1. —

PASSIVEN DER BILANZ

AUSGABE UND DECKUNG DER BANKNOTEN (Vgl. Beilagen Nr. 1 und 2)

Der Notenumlauf der Nationalbank belief sich

am 31. Dezember 1964	auf	Fr. 9 721 756 245
am 31. Dezember 1965	auf	Fr. 10 042 543 625
Zunahme		Fr. 320 787 380

Der Notenumlauf betrug im Jahresdurchschnitt Fr. 9 179 134 700; er erreichte im Maximum (am 23. Dezember) Fr. 10 303 149 700 und im Minimum (am 16. Februar) Fr. 8 621 778 365.

Im Berichtsjahr sind insgesamt 30 821 650 Stück zurückgerufene oder beschädigte Banknoten im Nennwert von Fr. 1 839 150 000 zur Vernichtung ausgeschieden und durch neue Noten ersetzt worden.

Von den zurückgerufenen Noten der Nationalbank waren am 31. Dezember 1965 noch ausstehend:

Noten zu 1 000 Franken mit dem Bild der Giesserei auf der Rückseite	Fr.	32 629 000
Noten zu 500 Franken mit dem Bild der Handstickerinnen auf der Rückseite ...	Fr.	9 663 000
Noten zu 100 Franken mit dem Bild des Mähers auf der Rückseite	Fr.	30 380 600
Noten zu 50 Franken mit dem Bild des Holzfällers auf der Rückseite	Fr.	9 131 050
Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzikopf auf der Vorderseite	Fr.	8 346 160
Zusammen	Fr.	90 149 810

Die Nationalbank ist verpflichtet, die erwähnten Noten zu 1 000, 500, 100 und 50 Franken bis zum 30. September 1978, die Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzikopf bis zum 31. März 1976 zum Nennwert umzutauschen.

Deckung des Notenumlaufs am 31. Dezember 1965:

Gold		Fr. 13 164 204 829
Übrige deckungsfähige Aktiven		
Devisen	Fr.	852 625 676
Inlandportefeuille	Fr.	139 086 451
Lombardvorschüsse	Fr.	38 946 863
Wertschriften	Fr.	2 305 600
Gesamte Notendeckung		Fr. 14 197 169 419

Die Deckung des Notenumlaufs durch Gold allein betrug im Maximum 135,64% (16. Februar), im Minimum 118,70% (30. November). Die Deckung des Notenumlaufs und der täglich fälligen Verbindlichkeiten durch Gold allein erreichte im Maximum 104,27% (14. Juni), im Minimum 92,02% (4. Januar).

GIROVERKEHR (Vgl. Beilage Nr. 3)

Bestand der Giro Guthaben am 31. Dezember 1964.....	Fr.	3 968 471 056. 19
Im Jahre 1965 wurden den Girorechnungen		
gutgeschrieben	Fr.	391 362 441 984. 69
belastet	Fr.	391 246 636 278. 86
Gesamtumsatz	Fr.	782 609 078 263. 55
Überschuss der Gutschriften	Fr.	115 805 705. 83
Bestand der Giro Guthaben am 31. Dezember 1965.....	Fr.	4 084 276 762. 02

Vom Gesamtumsatz wurden 97,97% unter Vermeidung von Barzahlungen durch Umschreibung in den Büchern der Bank erledigt.

Vom Gesamtumsatz von	3 914 683 Posten mit	Fr. 782 609 078 263. 55
entfielen auf den Bankclearingverkehr über die Giro-		
rechnungen bei der Nationalbank	3 298 384 Posten mit	Fr. 569 435 478 772. 86
davon wurden über die bei der Nationalbank geführten		
Bankclearingkonti verrechnet	3 262 058 Posten mit	Fr. 174 807 738 764. 04

Der Bestand der Giro Guthaben betrug im Maximum (am 31. Dezember) Fr. 4 039 960 054.99, im Minimum (am 4. Juni) Fr. 2 590 611 861. 45; er belief sich im Jahresdurchschnitt auf Fr. 3 208 904 786.40.

Die Zahl der Girorechnungen stellte sich am 31. Dezember 1965 auf 1544.

VERKEHR MIT DEN BUNDESVERWALTUNGEN

Ein- und Auszahlungsverkehr

Bestand der Guthaben der Bundesverwaltungen am 31. Dezember 1964 ... Fr. 291 543 405. 11

Im Jahre 1965 wurden den Rechnungen der Bundesverwaltungen

gutgeschrieben Fr. 35 432 386 111. 71

belastet Fr. 35 597 663 319. 86

Gesamtumsatz Fr. 71 030 049 431. 57

Überschuss der Belastungen Fr. 165 277 208. 15

Bestand der Guthaben der Bundesverwaltungen am 31. Dezember 1965.... Fr. 126 266 196. 96

Vom Verkehr entfallen auf	Gutschriften	Belastungen
die Eidgenössische Staatskasse	Fr. 9 753 115 174. 61	Fr. 9 918 811 946. 86
die PTT-Betriebe	Fr. 23 487 439 475. 45	Fr. 23 487 508 994. 76
die Schweizerischen Bundesbahnen	Fr. 1 888 192 488. 52	Fr. 1 888 325 119. 54
die übrigen Verwaltungen	<u>Fr. 303 638 973. 13</u>	<u>Fr. 303 017 258. 70</u>
Total.....	<u>Fr. 35 432 386 111. 71</u>	<u>Fr. 35 597 663 319. 86</u>

Verwaltung von Wertschriften

Die Schweizerische Nationalbank ist laut Art. 15, Absatz 1, des Bankgesetzes verpflichtet, die dem Bunde gehörenden und die unter seiner Verwaltung stehenden Wertschriften und Wertgegenstände unentgeltlich zur Aufbewahrung und Verwaltung zu übernehmen.

Bestand der verwalteten Wertschriften am 31. Dezember 1965

für den Bund Fr. 1 294 301 514. —

für die Schweizerischen Bundesbahnen Fr. 355 000. —

Total..... Fr. 1 294 656 514. —

Eidgenössisches Schuldbuch

Gemäss Art. 10 des Bundesgesetzes vom 21. September 1939 über das eidgenössische Schuldbuch ist die Schweizerische Nationalbank mit der Führung des Schuldbuches betraut. Sie übt diese Obliegenheit im Namen und Auftrage des Bundes aus.

Am 31. Dezember 1964 waren im eidgenössischen Schuldbuch eingetragen:

927 Einzelforderungen mit Fr. 1 477 595 000. —

Zuwachs im Jahre 1965:

Zeichnungen von Schuldbuchforderungen bei einer Anleihsmission Fr. 39 054 000. —

Fr. 1 516 649 000. —

Abgang im Jahre 1965:

Rückzahlungen Fr. 310 412 000. —

Am 31. Dezember 1965 waren somit im Schuldbuch eingetragen:

724 Einzelforderungen mit Fr. 1 206 237 000. —

Im Berichtsjahre wurden 49 Übertragungen von Schuldbuchforderungen auf andere Gläubiger vorgenommen im Gesamtbetrage von

Fr. 54 009 000. —

An Zinsen auf Schuldbuchforderungen wurden im Berichtsjahre vergütet in

1 445 Gutschriften Fr. 26 844 973. 50

Das eidgenössische Schuldbuch wurde im Berichtsjahre für die Umwandlung bestehender Schuldverschreibungen in Schuldbuchforderungen nicht geöffnet.

Einlösung von Titeln und Coupons

Als Domizilstelle hat die Nationalbank im Berichtsjahr an rückzahlbaren Titeln und fälligen Coupons für den Bund und die Bundesbahnen eingelöst:

rückzahlbare Titel 3 717 Stück mit Fr. 9 580 000. —

Coupons 254 106 Stück mit Fr. 12 033 964. 40

Total 257 823 Stück mit Fr. 21 613 964. 40

VERKEHR MIT DEPONENTEN

Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1964 Fr. 21 175 229. 60

Im Jahre 1965 wurden den Depotrechnungen

gutgeschrieben Fr. 428 888 825. 69

belastet Fr. 431 087 803. 39

Gesamtumsatz Fr. 859 976 629. 08

Überschuss der Belastungen Fr. 2 198 977. 70

Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1965 Fr. 18 976 251. 90

ZAHLUNGSVERKEHR MIT DEM AUSLAND
AUF GRUND VON ZAHLUNGS- UND CLEARINGABKOMMEN

Die Rechnungen, die der Durchführung des gebundenen Zahlungsverkehrs dienen, wiesen am 31. Dezember 1964 Guthaben Dritter auf im Betrage von Fr. 24 463 550. 92

Im Jahre 1965 wurden diesen Rechnungen

gutgeschrieben	Fr. 1 388 232 456. 52	
belastet	Fr. 1 391 819 719. 63	
Gesamtumsatz	Fr. 2 780 052 176. 15	
Überschuss der Belastungen		Fr. 3 587 263. 11
Bestand der Guthaben am 31. Dezember 1965		Fr. 20 876 287. 81

VERBINDLICHKEITEN AUF ZEIT

Bestand am 31. Dezember 1964	Fr. 433 150 000. —
Zu Beginn des Jahres 1965 wurden zu Lasten von Girorechnungen der Banken auf dieses Konto übertragen	Fr. 191 850 000. —
	Fr. 625 000 000. —
Zur Rückgabe von solchen Zeitgeldern an Banken über Jahresende wurden am 30. und 31. Dezember 1965 dem Konto belastet	Fr. 23 000 000. —
Bestand am 31. Dezember 1965	Fr. 602 000 000. —

Die Verbindlichkeiten auf Zeit rühren von der am 1. Oktober 1960 und 4. August 1964 erfolgten Plazierung von Schatzanweisungen bei den Banken zur Bindung überschüssiger Marktmittel her.

PFLICHTDEPOTS GEMÄSS BUNDESBESCHLUSS VOM 13. MÄRZ 1964

Bestand am 31. Dezember 1964	Fr. 3 378 680. 50
Im Jahre 1965 wurden diesem Konto	
gutgeschrieben	Fr. 54 908 005. 95
	Fr. 58 286 686. 45
belastet	Fr. 38 347 825. 50
Bestand am 31. Dezember 1965	Fr. 19 938 860. 95

AUSGESTELLTE CHECKS

Am 31. Dezember 1964 waren an Ziehungen auf die Bank ausstehend	161 Checks mit	Fr.	563 346. 41
Im Jahre 1965 beliefen sich die von den eigenen Bankstellen und den Kunden ausgestellten Checks, die nicht über Girokonto verrechnet wurden, auf	7 836 Checks mit	Fr.	485 282 448. 39
	7 997 Checks mit	Fr.	485 845 794. 80
Im Jahre 1965 sind eingelöst worden	7 865 Checks mit	Fr.	484 848 941. 42
Am 31. Dezember 1965 waren ausstehend	132 Checks mit	Fr.	996 853. 38

EIGENE GELDER

Grundkapital

Das Grundkapital beträgt unverändert Fr. 50 000 000. —, eingeteilt in 100 000 Aktien von je Fr. 500. —, auf welche 50 % = Fr. 250. — einbezahlt sind.

Im Laufe des Berichtsjahres hat der Bankausschuss die Übertragung von 2 126 Aktien auf neue Eigentümer genehmigt.

Nach den Eintragungen im Aktienregister war das Aktienkapital am 31. Dezember 1965 wie folgt verteilt:

2 129 Privataktionäre mit je	1 Aktie
1 355 Privataktionäre mit je	2 Aktien
1 236 Privataktionäre mit je	3— 5 Aktien
613 Privataktionäre mit je	6— 10 Aktien
348 Privataktionäre mit je	11— 25 Aktien
169 Privataktionäre mit je	26— 50 Aktien
50 Privataktionäre mit je	51—100 Aktien
21 Privataktionäre mit je	101—200 Aktien
14 Privataktionäre mit je	über 200 Aktien
<u>5 935 Privataktionäre mit zusammen</u>	<u>41 847 Aktien</u>
24 Kantone und Halbkantone mit zusammen	38 733 Aktien
28 Kantonbanken mit zusammen	16 896 Aktien
50 andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten mit zusammen . . .	2 524 Aktien
<u>6 037 Aktionäre mit zusammen</u>	<u>100 000 Aktien</u>

Vom gesamten Aktienkapital sind demnach 58,15 % im Besitz von Kantonen, Kantonbanken sowie anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten und 41,85 % im Besitz von Privataktionären.

Reservefonds

Laut Beschluss der Generalversammlung vom 27. März 1965 erreicht der Reservefonds	Fr. 32 000 000. —
Nach Verbuchung der Zuweisung von	<u>Fr. 1 000 000. —</u>
aus dem Reingewinn des Jahres 1965 wird sich der Reservefonds erhöhen auf . . .	<u>Fr. 33 000 000. —</u>

RÜCKSTELLUNG FÜR OFFENMARKTOPERATIONEN

Zur Deckung von Kosten für Offenmarktoperationen ist zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung eine Rückstellung vorgenommen worden von	<u>Fr. 6 000 000. —</u>
--	-------------------------

RÜCKSTELLUNG FÜR BANKNOTENANFERTIGUNGSKOSTEN

Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1964	Fr. 14 656 811. 80
Ihr wurden zur Bezahlung der Kosten für die Banknotenherstellung entnommen . .	<u>Fr. 7 473 699. 15</u>
Saldo	Fr. 7 183 112. 65
Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	<u>Fr. 10 000 000. —</u>
erhöht auf	<u>Fr. 17 183 112. 65</u>

RÜCKSTELLUNG FÜR UMBAUTEN IN DEN BANKGEBÄUDEN

Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1964	Fr. 5 922 374. 50
Ihr wurden zur Deckung von Umbaukosten im Bankgebäude in Bern entnommen . .	<u>Fr. 1 153 381. 70</u>
Saldo	Fr. 4 768 992. 80
Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	<u>Fr. 1 000 000. —</u>
erhöht auf	<u>Fr. 5 768 992. 80</u>

GEWINNVERTEILUNG

Gemäss Art. 27 des Nationalbankgesetzes vom 23. Dezember 1953 ist von dem durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Reingewinn zunächst dem Reservefonds ein Betrag zuzuweisen, der 2% des Grundkapitals, d. h. 1 Million Franken nicht übersteigen darf.

Sodann kann eine Dividende bis zu 6% des einbezahlten Grundkapitals ausgerichtet werden, was einen Betrag von höchstens Fr. 1 500 000. — erfordert.

Der verbleibende Rest ist der eidgenössischen Staatskasse zur Ausrichtung einer Entschädigung an die Kantone bis zu 80 Rappen je Kopf der Bevölkerung zu überweisen. Der auf dieser Grundlage berechnete Aufwand würde sich per 31. Dezember 1965 auf Fr. 4 343 248.80 belaufen.

ANTRÄGE

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beehren wir uns, folgende Anträge zu stellen:

1. Es wird der vorliegende Geschäftsbericht samt Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz auf 31. Dezember 1965 genehmigt.
2. Es wird der Verwaltung Entlastung erteilt.
3. Der durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Reingewinn von Fr. 6 843 248.80 ist wie folgt zu verwenden:

Einlage in den Reservefonds	Fr. 1 000 000. —
Ausrichtung einer Dividende von 6%	Fr. 1 500 000. —
Ablieferung an die eidgenössische Staatskasse	Fr. 4 343 248.80
	<hr/>
	Fr. 6 843 248.80

Auch dieses Jahr möchten wir unsere Berichterstattung nicht schliessen, ohne Herrn Bundesrat R. Bonvin, Vorsteher des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartements, für sein den Anliegen der Nationalbank bekundetes grosses Interesse und seine tatkräftige Unterstützung den verbindlichen Dank abzustatten. Im weitem ist es uns eine angenehme Pflicht, unsern Korrespondenten und Berichterstattern aus Bank- und Wirtschaftskreisen für ihre geschätzte Mitarbeit sowie unsern Beamten und Angestellten für ihre treue Pflichterfüllung zu danken.

Zürich, den 20. Januar 1966.

Namens des Direktoriums
der Schweizerischen Nationalbank

Der Präsident: *Schwegler*

Der Generalsekretär: *Läng*

DER BANKAUSSCHUSS

DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK

hat in seiner Sitzung vom 4. Februar 1966 den vorstehenden Geschäftsbericht über das Jahr 1965 zur Kenntnis genommen und ihm die Genehmigung erteilt. Gemäss Artikel 43, Absatz 1, Ziffer 4, und Artikel 49, Absatz 1, des Nationalbankgesetzes wird der Bericht mit den nachstehenden Anträgen dem Bankrate überwiesen.

Der Bankausschuss

BEANTRAGT

der Bankrat möge beschliessen :

1. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1965 mit Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz vom 31. Dezember 1965 wird zur Vorlage an den Bundesrat und an die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.
2. Die auf Seite 52 des Berichtes formulierten Anträge werden vom Bankrat der Generalversammlung unterbreitet.

Bern, den 4. Februar 1966.

Im Namen des Bankausschusses
der Schweizerischen Nationalbank,

Der Präsident des Bankrates: *Dr. B. Galli*
Der Protokollführer: *Flückiger*

BERICHT DER REVISIONSKOMMISSION
AN DIE GENERALVERSAMMLUNG DER AKTIONÄRE
DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK

Hochgeehrter Herr Präsident,
Hochgeehrte Herren Aktionäre,

Die von Ihnen bestellte Revisionskommission führte im Laufe des vergangenen Jahres bei allen Zweiganstalten sowie bei den Agenturen Biel, La Chaux-de-Fonds und Winterthur Revisionen durch. Sie hat auch die Hauptbuchhaltung sowie die Bestände an den Sitzen Zürich und Bern einer Prüfung unterzogen.

Die Kommission hat alles in bester Ordnung befunden und erklärt, dass die Gewinn- und Verlustrechnung und die Schlussbilanz vom 31. Dezember 1965, wie sie Ihnen vorgelegt werden, mit den Saldi der im Generalhauptbuch der Bank geführten Konti übereinstimmen. Sie stellt mit Befriedigung fest, dass sowohl die Hauptbuchhaltung als auch die Buchhaltungen der Sitze, Zweiganstalten und eigenen Agenturen übersichtlich geführt sind und dass in allen Dienstzweigen gute Ordnung herrscht.

Wir beantragen Ihnen, hochgeehrter Herr Präsident, hochgeehrte Herren Aktionäre, die vorgelegte Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz vom 31. Dezember 1965 mit dem ausgewiesenen Reingewinn von Fr. 6 843 248. 80 zu genehmigen und die Ihnen vom Bankrate vorgeschlagene Verteilung des Reingewinnes gutzuheissen.

Bern, den 11. Februar 1966.

Mit Hochachtung,

Die Revisionskommission :

E. Gsell

N. Senn

A. von der Weid

DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

in Ausführung von Artikel 25, Absatz 3, und Artikel 63, Ziffer 2, lit. i, des Bundesgesetzes vom 23. Dezember 1953 über die Schweizerische Nationalbank ;

nach erfolgter Kenntnisnahme von dem im Artikel 51, Absatz 2, des genannten Gesetzes vorgesehenen Bericht der Revisionskommission vom 11. Februar 1966 ;

auf Antrag des Eidg. Finanz- und Zolldepartements,

BESCHLIESST :

Dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung der Schweizerischen Nationalbank für das Jahr 1965 wird die gesetzlich vorgesehene Genehmigung erteilt.

Bern, den 25. Februar 1966.

Im Namen
des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundespräsident: *Schaffner*

Der Kanzler: *Ch. Oser*

AN DIE GENERALVERSAMMLUNG DER AKTIONÄRE DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK

Hochgeehrte Herren Aktionäre,

Der Bankrat der Schweizerischen Nationalbank hat in seiner Sitzung vom 18. Februar 1966 auf Antrag des Bankausschusses den vom Direktorium vorgelegten Geschäftsbericht über die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1965 zur Vorlage an den Bundesrat und die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.

Nachdem auch die Revisionskommission ihren in Artikel 51, Absatz 2, des Bankgesetzes vorgesehenen Bericht am 11. Februar 1966 erstattet hat und die in Artikel 25, Absatz 3, vorgesehene Genehmigung durch den Bundesrat am 25. Februar 1966 erfolgt ist, beehren wir uns, Ihnen den achtundfünfzigsten Geschäftsbericht zu unterbreiten und Ihnen die Abnahme der Rechnung wie auch die Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes im Sinne der auf Seite 52 aufgeführten Anträge zu empfehlen.

Bern, den 28. Februar 1966.

Mit Hochachtung,

Im Namen des Bankrates
der Schweizerischen Nationalbank,

Der Präsident des Bankrates: *Dr. B. Galli*

Ein Mitglied des Direktoriums: *Schwegler*

VERZEICHNIS DER BEILAGEN

- Nr. 1 Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise.
- Nr. 2 Gliederung des Notenumlaufs nach Abschnitten.
- Nr. 3 Giroverkehr.
- Nr. 4 Geschäftsverkehr der einzelnen Bankstellen.
- Nr. 5 Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank:
Tabelle I: Bestände am Jahresende.
Tabelle II: Jahresdurchschnitte.
Tabelle III: Umsätze.
Tabelle IV: Geschäftsergebnisse.
- Nr. 6 Graphische Darstellung:
Schweizerische Nationalbank 1960—1965.
- Nr. 7 Diskontosatz und Lombardzinsfuß seit Eröffnung der Bank.
- Nr. 8 Abrechnungsverkehr:
Verkehr der schweizerischen Abrechnungsstellen (Kol. 2—10).
Wertschriften-Clearing für Kassageschäfte auf den Plätzen Basel und Zürich
(Kol. 11 und 12).
- Nr. 9 Verzeichnis der Mitglieder der Bankbehörden und der Bankorgane.

1965	Aktiven												Sonstige Aktiven
	Goldbestand	Devisen	Kurs-gesicherte Guthaben bei ausländischen Noten-banken	Inlandportefeuille			Lombard-vor-schüsse	Aus-ländische Schatzan-weisungen in sFr.	Wertschriften		Korrespondenten		
				Wechsel	Schatzan-weisungen des Bundes	Total			Total	davon deckungs-fähige	im Inland	im Ausland	
In 1000 Franken													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Jan. 7.	11 695 089	1 669 259	431 300	122 476	—	122 476	49 469	432 000	65 316	1 339	15 695	20 955	30 298
15.	11 694 998	1 618 401	431 300	98 197	—	98 197	27 784	432 000	65 316	1 339	9 047	16 227	34 154
22.	11 694 836	1 313 491	191 253	94 555	—	94 555	10 982	432 000	66 301	1 340	11 768	47 260	34 619
29.	11 694 836	1 314 596	174 500	93 698	—	93 698	12 052	432 000	66 301	1 340	14 905	25 750	37 322
Febr. 5.	11 694 836	1 313 777	174 500	92 174	—	92 174	9 640	432 000	66 301	1 340	12 828	17 246	38 953
15.	11 694 836	1 302 947	156 890	87 548	—	87 548	8 573	432 000	66 301	1 340	13 546	30 944	39 423
23.	11 694 836	1 305 703	156 890	78 562	—	78 562	8 914	432 000	66 301	1 340	18 203	18 467	42 993
26.	11 694 836	1 275 195	156 890	77 180	—	77 180	11 665	432 000	66 301	1 702	14 078	14 541	39 931
März 5.	11 694 836	1 274 372	129 266	76 431	—	76 431	9 892	432 000	66 301	1 702	19 474	35 462	41 277
15.	11 694 836	1 116 973	129 266	76 246	—	76 246	8 479	432 000	66 703	1 702	20 702	30 509	35 055
23.	11 694 836	1 092 891	129 266	79 582	—	79 582	10 341	432 000	66 703	1 702	21 003	23 266	35 339
31.	11 694 836	1 024 569	200 672	86 163	68 500	154 663	19 338	432 000	66 703	1 702	34 967	39 189	36 143
April 7.	11 742 348	973 327	188 622	86 865	—	86 865	18 425	432 000	66 703	1 702	17 398	28 000	40 811
15.	11 742 348	962 430	188 622	86 777	—	86 777	12 739	432 000	66 703	1 702	19 164	22 732	50 114
23.	11 742 348	954 013	173 048	87 831	—	87 831	10 865	432 000	68 137	1 702	24 235	36 106	41 663
30.	11 742 348	751 096	173 048	85 941	500	86 441	17 980	432 000	68 137	1 339	27 525	14 149	45 347
Mai 7.	11 742 348	731 039	173 048	87 237	—	87 237	20 525	432 000	68 137	1 339	12 970	15 690	42 849
14.	11 742 348	729 509	173 048	87 488	—	87 488	14 444	432 000	68 137	1 339	16 475	13 442	44 202
21.	11 655 650	729 589	173 048	78 243	—	78 243	14 809	432 000	70 099	1 339	13 784	14 639	43 636
31.	11 633 983	729 865	173 688	77 837	9 000	86 837	20 429	432 000	70 099	1 339	26 933	14 336	48 691
Juni 4.	11 590 664	730 856	173 688	78 044	—	78 044	21 185	432 000	73 078	1 339	24 112	27 634	46 360
15.	11 577 396	729 768	173 688	79 670	—	79 670	16 335	432 000	75 632	1 339	29 806	16 334	47 831
23.	11 711 575	730 527	173 688	80 249	—	80 249	20 099	432 000	79 030	1 364	21 526	31 720	49 113
30.	12 070 873	919 073	173 688	136 460	116 000	252 460	27 689	432 000	79 030	661	47 878	13 061	53 261
Juli 7.	11 791 060	784 007	173 688	86 751	—	86 751	27 869	432 000	80 926	661	19 364	29 730	52 266
15.	11 735 029	748 167	194 173	84 161	—	84 161	23 201	432 000	82 825	661	26 275	32 150	52 023
23.	11 605 164	761 023	194 173	81 036	—	81 036	20 265	432 000	83 345	661	16 974	30 071	51 744
30.	11 489 271	898 856	458 670	83 517	—	83 517	21 046	432 000	83 345	661	24 899	14 902	51 770
Aug. 6.	11 480 835	1 014 713	458 670	83 437	250	83 687	29 639	432 000	84 481	661	8 485	15 724	51 096
13.	11 480 835	1 031 182	458 670	81 236	—	81 236	21 038	432 000	84 481	661	13 366	14 379	51 875
23.	11 480 835	1 014 508	458 670	80 677	—	80 677	18 904	432 000	84 481	661	9 362	14 670	55 810
31.	11 480 835	1 001 698	458 670	79 996	—	79 996	18 105	432 000	85 924	661	31 380	12 660	55 763
Sept. 7.	11 492 672	977 758	458 670	78 850	—	78 850	24 748	432 000	85 924	661	17 967	16 089	52 418
15.	11 492 672	947 782	458 670	78 306	—	78 306	14 206	432 000	85 924	661	15 412	28 401	57 746
23.	11 492 672	914 117	458 670	78 608	—	78 608	15 044	432 000	88 108	661	19 839	30 677	58 842
30.	11 492 672	915 709	458 670	79 408	30 000	109 408	28 446	432 000	88 108	666	28 888	13 914	55 403
Okt. 7.	11 502 542	890 808	458 670	79 998	—	79 998	23 084	432 000	88 108	666	15 160	30 611	59 143
15.	11 513 086	846 902	458 670	79 104	—	79 104	18 792	432 000	88 108	666	15 499	15 619	61 917
22.	11 513 086	907 888	458 670	81 684	250	81 934	13 402	432 000	89 538	666	13 159	15 052	63 432
29.	11 513 086	888 682	458 670	82 087	250	82 337	16 877	432 000	89 538	666	17 917	15 650	61 931
Nov. 5.	11 513 086	839 713	458 670	81 259	250	81 509	27 555	432 000	89 538	2 146	28 660	18 056	66 346
15.	11 513 086	795 873	458 670	82 016	250	82 266	18 276	432 000	90 359	2 146	23 340	16 017	66 568
23.	11 513 086	781 538	458 670	83 693	250	83 943	23 257	432 000	90 359	2 146	20 694	13 006	65 514
30.	11 513 086	771 995	458 670	89 127	30 750	119 877	39 960	432 000	90 359	2 146	36 262	16 469	64 266
Dez. 7.	11 588 876	827 242	428 545	94 730	250	94 980	52 422	432 000	90 359	2 146	23 695	23 242	62 278
15.	12 090 948	813 345	428 545	111 087	250	111 337	31 646	432 000	90 359	2 306	35 426	15 739	65 230
23.	12 397 509	1 122 975	428 545	117 350	250	117 600	32 130	432 000	92 947	2 306	44 388	19 142	60 207
31.	13 164 205	852 626	428 545	129 586	9 500	139 086	38 947	432 000	92 947	2 306	66 072	14 542	33 633

VERÖFFENTLICHTEN AUSWEISE

Eigene Gelder	Noten- umlauf	Passiven								Deckung		
		Täglich fällige Verbindlichkeiten				Girorechnun- gen von Ban- ken mit vor- übergehender zeitlicher Bindung	Verbind- lichkeiten auf Zeit	Pflichtdepots gemäss Bundesbe- schluss vom 13. März 1964	Sonstige Passiven	Bilanz- summe	des Noten- umlaufs	des Notenum- laufs und der täglich fälligen Verbindlich- keiten
		Girorechnun- gen von Ban- ken, Handel und Industrie	Übrige täglich fällige Ver- bindlichkeiten	Total								
		In 1000 Franken										durch Gold
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	In Prozenten		
56 000	9 284 291	2 712 915	572 771	3 285 686	1 035 000	625 000	3 379	242 501	14 531 857	125.97	93.04	
56 000	8 966 391	3 314 517	180 793	3 495 310	1 035 000	625 000	3 358	246 365	14 427 424	130.43	93.85	
56 000	8 928 906	2 759 258	239 990	2 999 248	1 035 000	625 000	6 235	246 676	13 897 065	130.98	98.04	
56 000	9 058 915	2 600 109	234 034	2 834 143	1 035 000	625 000	8 593	248 309	13 865 960	129.10	98.33	
56 000	8 794 852	2 711 202	372 213	3 083 415	1 035 000	625 000	8 561	249 427	13 852 255	132.97	98.46	
56 000	8 637 829	2 979 127	239 797	3 218 924	1 035 000	625 000	8 679	251 576	13 833 008	135.39	98.63	
56 000	8 781 330	2 894 992	152 265	3 047 257	1 035 000	625 000	24 625	253 657	13 822 869	133.18	98.87	
56 000	9 162 809	2 512 818	112 848	2 625 666	1 035 000	625 000	24 625	253 517	13 782 617	127.63	99.21	
56 000	8 968 338	2 437 153	380 342	2 817 495	1 035 000	625 000	22 979	254 499	13 779 311	130.40	99.23	
56 000	8 839 553	2 583 895	189 461	2 773 356	1 035 000	625 000	22 843	259 017	13 610 769	132.30	100.70	
56 000	8 914 589	2 550 329	120 391	2 670 720	1 035 000	625 000	23 136	260 782	13 585 227	131.19	100.95	
57 000	9 229 488	2 334 242	267 590	2 601 832	1 035 000	495 000	23 122	261 638	13 703 080	126.71	98.85	
57 000	9 038 914	2 121 773	441 267	2 563 040	1 035 000	625 000	9 935	265 610	13 594 499	129.91	101.21	
57 000	8 995 253	2 281 638	320 845	2 602 483	1 035 000	625 000	4 862	264 031	13 583 629	130.54	101.25	
57 000	9 080 277	2 295 543	207 943	2 503 486	1 035 000	625 000	4 775	264 708	13 570 246	129.32	101.37	
57 000	9 253 682	1 835 674	280 916	2 116 590	1 035 000	625 000	4 775	266 024	13 358 071	126.89	103.27	
57 000	9 068 654	1 744 670	524 901	2 269 571	1 035 000	625 000	4 562	266 056	13 325 843	129.48	103.56	
57 000	8 919 551	1 883 399	528 128	2 411 527	1 035 000	625 000	4 811	268 204	13 321 093	131.65	103.63	
57 000	8 993 282	1 786 369	453 009	2 239 378	1 035 000	625 000	4 894	270 943	13 225 497	129.60	103.77	
57 000	9 275 473	1 677 842	438 365	2 116 207	1 035 000	475 000	5 020	273 161	13 236 861	125.43	102.13	
57 000	9 121 636	1 555 612	524 405	2 080 017	1 035 000	625 000	4 964	274 004	13 197 621	127.07	103.47	
57 000	8 927 857	1 724 300	529 487	2 253 787	1 035 000	625 000	2 484	277 332	13 178 460	129.68	103.54	
57 000	9 072 954	1 835 089	422 507	2 257 596	1 035 000	625 000	2 504	279 473	13 329 527	129.08	103.36	
57 000	9 406 255	2 422 713	385 298	2 808 011	1 035 000	475 000	2 703	285 044	14 069 013	128.33	98.83	
57 000	9 204 797	1 596 842	668 818	2 265 660	1 035 000	625 000	2 661	287 543	13 477 661	128.10	102.79	
57 000	9 117 660	1 827 754	462 360	2 290 114	1 035 000	625 000	2 476	282 754	13 410 004	128.71	102.87	
57 000	9 329 122	1 638 997	301 670	1 940 667	1 035 000	625 000	2 602	286 404	13 275 795	124.40	102.98	
57 000	9 330 518	1 945 829	338 058	2 283 887	1 035 000	555 000	2 574	294 297	13 558 276	123.14	98.92	
57 000	9 115 854	2 077 268	460 294	2 537 562	1 035 000	625 000	2 198	286 716	13 659 330	125.94	98.52	
57 000	9 013 592	2 329 458	316 529	2 645 987	1 035 000	625 000	3 226	289 257	13 669 062	127.37	98.47	
57 000	9 046 565	2 288 928	302 472	2 591 400	1 035 000	625 000	4 349	290 603	13 649 917	126.91	98.65	
57 000	9 284 224	2 027 327	333 068	2 360 395	1 035 000	625 000	4 349	291 063	13 657 031	123.66	98.59	
57 000	9 116 179	2 095 625	405 422	2 501 047	1 035 000	625 000	4 349	298 521	13 637 096	126.07	98.93	
57 000	8 987 446	2 258 052	344 418	2 602 470	1 035 000	625 000	2 201	302 002	13 611 119	127.87	99.16	
57 000	9 176 110	2 163 554	225 600	2 389 154	1 035 000	625 000	2 201	304 112	13 588 577	125.25	99.37	
57 000	9 390 702	2 044 359	239 469	2 283 828	1 035 000	555 000	2 201	299 487	13 623 218	122.38	98.44	
57 000	9 188 338	1 962 583	407 730	2 370 313	1 035 000	625 000	2 332	302 141	13 580 124	125.19	99.51	
57 000	9 077 187	2 156 877	270 611	2 427 488	1 035 000	625 000	3 777	304 245	13 529 697	126.84	100.07	
57 000	9 232 535	2 187 563	137 659	2 325 222	1 035 000	625 000	7 406	305 998	13 588 161	124.70	99.61	
57 000	9 476 117	1 819 632	249 233	2 068 865	1 035 000	625 000	7 406	307 300	13 576 688	121.50	99.72	
57 000	9 271 265	1 825 638	423 513	2 249 151	1 035 000	625 000	6 714	311 003	13 555 133	124.18	99.94	
57 000	9 134 789	2 057 686	272 566	2 330 252	1 035 000	625 000	4 878	309 536	13 496 455	126.04	100.42	
57 000	9 305 574	1 929 838	207 089	2 136 927	1 035 000	625 000	10 372	312 194	13 482 067	123.72	100.62	
57 000	9 699 047	1 699 397	203 377	1 902 774	1 035 000	525 000	10 476	313 647	13 542 944	118.70	99.24	
57 000	9 696 637	1 601 543	281 184	1 882 727	1 035 000	625 000	10 476	316 799	13 623 639	119.51	100.08	
57 000	9 906 491	1 992 905	153 258	2 146 163	1 035 000	625 000	19 032	325 889	14 114 575	122.05	100.32	
57 000	10 303 150	2 259 632	128 655	2 388 287	1 035 000	625 000	19 939	319 067	14 747 443	120.33	97.68	
57 000	10 042 544	3 004 960	210 435	3 215 395	1 035 000	602 000	19 939	290 725	15 262 603	131.08	99.29	

GLIEDERUNG DES NOTENUMLAUFS NACH ABSCHNITTEN

1965	Abschnitte zu Franken								Total	Abschnitte zu Franken							
	1000	500	100	50	20	10	5	1000		500	100	50	20	10	5		
	In Millionen Franken									Prozentuale Verteilung							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16		
Januar	7.	2 755,2	1 123,0	4 083,3	606,2	484,3	221,9	10,4	9 284,3	29.67	12.10	43.98	6.53	5.22	2.39	0.11	
	15.	2 664,0	1 075,2	3 936,7	589,5	473,6	217,0	10,4	8 966,4	29.71	11.99	43.91	6.57	5.28	2.42	0.12	
	22.	2 638,0	1 094,6	3 922,3	581,2	467,5	214,9	10,4	8 928,9	29.54	12.26	43.93	6.51	5.23	2.41	0.12	
	29.	2 648,7	1 114,9	4 019,5	583,5	467,4	214,5	10,4	9 058,9	29.24	12.31	44.37	6.44	5.16	2.37	0.11	
Februar	5.	2 571,1	1 051,4	3 900,3	580,2	467,3	214,2	10,4	8 794,9	29.23	11.96	44.35	6.60	5.31	2.43	0.12	
	15.	2 536,9	1 020,9	3 821,7	573,7	462,2	212,0	10,4	8 637,8	29.37	11.82	44.24	6.64	5.35	2.46	0.12	
	23.	2 557,8	1 063,5	3 900,7	575,7	461,4	211,8	10,4	8 781,3	29.13	12.11	44.42	6.56	5.25	2.41	0.12	
	26.	2 602,4	1 142,3	4 139,2	587,9	466,8	213,8	10,4	9 162,8	28.40	12.47	45.17	6.42	5.10	2.33	0.11	
März	5.	2 553,1	1 075,1	4 051,8	592,0	470,6	215,4	10,3	8 968,3	28.47	11.99	45.18	6.60	5.25	2.40	0.11	
	15.	2 536,2	1 048,0	3 973,3	588,5	468,9	214,3	10,4	8 839,6	28.69	11.86	44.95	6.66	5.30	2.42	0.12	
	23.	2 556,1	1 082,3	3 998,7	586,4	467,3	213,5	10,3	8 914,6	28.67	12.14	44.86	6.58	5.24	2.39	0.12	
	31.	2 624,0	1 132,7	4 174,6	597,2	474,2	216,5	10,3	9 229,5	28.43	12.27	45.23	6.47	5.14	2.35	0.11	
April	7.	2 579,5	1 079,2	4 081,8	595,6	475,2	217,3	10,3	9 038,9	28.54	11.94	45.16	6.59	5.26	2.40	0.11	
	15.	2 567,7	1 074,2	4 058,3	593,2	474,5	217,1	10,3	8 995,3	28.55	11.94	45.12	6.60	5.27	2.41	0.11	
	23.	2 560,7	1 123,8	4 104,3	591,2	473,1	216,9	10,3	9 080,3	28.20	12.38	45.20	6.51	5.21	2.39	0.11	
	30.	2 597,2	1 143,3	4 211,7	596,3	476,7	218,2	10,3	9 253,7	28.07	12.36	45.51	6.44	5.15	2.36	0.11	
Mai	7.	2 557,5	1 090,3	4 118,6	596,7	476,8	218,5	10,3	9 068,7	28.20	12.02	45.42	6.58	5.26	2.41	0.11	
	14.	2 541,2	1 065,3	4 025,3	587,4	472,6	217,5	10,3	8 919,6	28.49	11.94	45.13	6.59	5.30	2.44	0.11	
	21.	2 549,2	1 103,1	4 057,0	585,4	470,9	217,4	10,3	8 993,3	28.35	12.27	45.11	6.51	5.23	2.42	0.11	
	31.	2 565,7	1 152,0	4 246,6	600,2	479,6	221,1	10,3	9 275,5	27.66	12.42	45.78	6.47	5.17	2.39	0.11	
Juni	4.	2 531,6	1 104,1	4 168,2	602,0	482,4	223,0	10,3	9 121,6	27.75	12.10	45.70	6.60	5.29	2.45	0.11	
	15.	2 505,6	1 068,0	4 050,1	594,1	478,2	221,7	10,2	8 927,9	28.07	11.96	45.36	6.66	5.36	2.48	0.11	
	23.	2 523,3	1 125,8	4 115,8	596,3	478,7	222,9	10,2	9 073,0	27.81	12.41	45.36	6.57	5.28	2.46	0.11	
	30.	2 604,7	1 178,1	4 295,6	607,1	485,1	225,5	10,2	9 406,3	27.69	12.52	45.67	6.45	5.16	2.40	0.11	
Juli	7.	2 536,8	1 112,9	4 217,8	611,0	488,7	227,4	10,2	9 204,8	27.56	12.09	45.82	6.64	5.31	2.47	0.11	
	15.	2 526,4	1 095,9	4 163,9	607,9	486,0	227,4	10,2	9 117,7	27.71	12.02	45.67	6.67	5.33	2.49	0.11	
	23.	2 534,6	1 170,0	4 287,2	612,2	486,8	228,1	10,2	9 329,1	27.17	12.54	45.95	6.56	5.22	2.45	0.11	
	30.	2 532,9	1 160,4	4 291,9	616,6	489,5	229,0	10,2	9 330,5	27.14	12.44	46.00	6.61	5.25	2.45	0.11	
August	6.	2 488,3	1 106,9	4 175,7	616,4	489,3	229,1	10,2	9 115,9	27.30	12.14	45.81	6.76	5.37	2.51	0.11	
	13.	2 484,7	1 084,9	4 108,0	611,6	486,7	227,6	10,1	9 013,6	27.57	12.04	45.57	6.78	5.40	2.53	0.11	
	23.	2 493,5	1 116,8	4 105,1	609,7	484,9	226,5	10,1	9 046,6	27.56	12.35	45.38	6.74	5.36	2.50	0.11	
	31.	2 527,2	1 163,8	4 249,7	617,1	488,3	228,0	10,1	9 284,2	27.22	12.54	45.77	6.65	5.26	2.45	0.11	
September	7.	2 502,4	1 112,2	4 161,0	615,2	487,6	227,7	10,1	9 116,2	27.45	12.20	45.64	6.75	5.35	2.50	0.11	
	15.	2 505,0	1 092,3	4 068,7	604,7	481,6	225,0	10,1	8 987,4	27.87	12.16	45.27	6.73	5.36	2.50	0.11	
	23.	2 541,5	1 157,4	4 159,8	603,4	480,2	223,7	10,1	9 176,1	27.70	12.61	45.33	6.58	5.23	2.44	0.11	
	30.	2 575,0	1 186,4	4 296,9	611,8	485,3	225,2	10,1	9 390,7	27.42	12.63	45.76	6.51	5.17	2.40	0.11	
Oktober	7.	2 540,7	1 126,6	4 193,8	608,2	484,4	224,5	10,1	9 188,3	27.65	12.26	45.65	6.62	5.27	2.44	0.11	
	15.	2 541,6	1 106,9	4 119,3	599,1	478,2	222,0	10,1	9 077,2	28.00	12.19	45.38	6.60	5.27	2.45	0.11	
	22.	2 564,9	1 164,1	4 195,3	598,1	478,4	221,6	10,1	9 232,5	27.78	12.61	45.44	6.48	5.18	2.40	0.11	
	29.	2 598,2	1 208,1	4 346,5	606,2	483,7	223,3	10,1	9 476,1	27.42	12.75	45.87	6.40	5.10	2.35	0.11	
November	5.	2 566,0	1 149,4	4 233,4	605,2	484,0	223,3	10,0	9 271,3	27.67	12.40	45.66	6.53	5.22	2.41	0.11	
	15.	2 564,3	1 130,2	4 133,3	595,5	479,8	221,7	10,0	9 134,8	28.07	12.37	45.25	6.52	5.25	2.43	0.11	
	23.	2 602,0	1 202,3	4 195,4	594,7	479,2	222,0	10,0	9 305,6	27.96	12.92	45.09	6.39	5.15	2.38	0.11	
	30.	2 671,5	1 279,9	4 414,2	609,4	488,5	225,5	10,0	9 699,0	27.54	13.20	45.51	6.28	5.04	2.33	0.10	
Dezember	7.	2 686,9	1 255,8	4 397,2	620,0	497,2	229,5	10,0	9 696,6	27.71	12.95	45.35	6.39	5.13	2.37	0.10	
	15.	2 791,5	1 304,6	4 438,2	627,1	503,4	231,7	10,0	9 906,5	28.18	13.17	44.80	6.33	5.08	2.34	0.10	
	23.	2 916,2	1 389,4	4 594,9	643,8	512,5	236,3	10,0	10 303,1	28.30	13.49	44.60	6.25	4.97	2.29	0.10	
	31.	2 925,1	1 322,4	4 416,3	630,5	504,1	234,1	10,0	10 042,5	29.13	13.17	43.97	6.28	5.02	2.33	0.10	
Jahresdurchschnitt																	
	1963	2 324,3	872,5	3 567,3	578,5	451,9	196,9	11,4	8 002,8	29.04	10.90	44.58	7.23	5.65	2.46	0.14	
	1964	2 471,1	997,1	3 891,3	592,4	466,2	209,8	10,7	8 638,6	28.60	11.54	45.05	6.86	5.40	2.43	0.12	
	1965	2 583,0	1 134,6	4 149,1	600,5	479,9	221,8	10,2	9 179,1	28.14	12.36	45.20	6.54	5.23	2.42	0.11	

GIROVERKEHR

Umsätze	Jahr	Barzahlungen	Verrechnungen	Platzübertragungen ¹⁾	Übertragungen von und nach andern Bankplätzen	Total	Barzahlungen	Verrechnungen	Platzübertragungen ¹⁾	Übertragungen von und nach andern Bankplätzen	Total										
												Zahl der Posten					In 1000 Franken				
												1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Gutschriften	1961	21 406	95 949	1 297 275	81 657	1 496 287	1 063 090	23 493 715	145 992 946	22 339 964	192 889 715										
	1962	20 958	95 579	1 431 353	80 102	1 627 992	1 115 475	30 825 917	199 178 430	23 052 736	254 172 558										
	1963	20 278	94 661	1 551 009	76 295	1 742 243	1 205 635	37 602 134	238 203 998	23 599 551	300 611 318										
	1964	18 721	89 611	1 630 671	84 818	1 823 821	1 326 285	40 022 441	239 793 901	33 393 649	314 536 276										
	1965	18 539	87 645	1 755 418	83 676	1 945 278	1 412 532	39 254 638	309 479 628	41 215 644	391 362 442										
Belastungen	1961	29 780	97 566	1 297 275	91 714	1 516 335	10 481 499	13 149 729	145 992 946	22 291 240	191 915 414										
	1962	30 348	93 359	1 431 353	92 989	1 648 049	11 831 491	20 048 484	199 178 430	22 949 640	254 008 045										
	1963	30 760	87 324	1 551 009	93 111	1 762 204	12 701 635	25 745 737	238 203 998	23 620 337	300 271 707										
	1964	31 581	85 236	1 630 671	100 001	1 847 489	14 009 715	26 497 011	239 793 901	34 033 975	314 334 602										
	1965	31 477	83 876	1 755 418	98 634	1 969 405	14 435 531	25 216 140	309 479 628	42 115 337	391 246 636										
Total	1961	51 186	193 515	2 594 550	173 371	3 012 622	11 544 589	36 643 444	291 985 892	44 631 204	384 805 129										
	1962	51 306	188 938	2 862 706	173 091	3 276 041	12 946 966	50 874 401	398 356 860	46 002 376	508 180 603										
	1963	51 038	181 985	3 102 018	169 406	3 504 447	13 907 270	63 347 871	476 407 996	47 219 888	600 883 025										
	1964	50 302	174 847	3 261 342	184 819	3 671 310	15 336 000	66 519 452	479 587 802	67 427 624	628 870 878										
	1965	50 016	171 521	3 510 836	182 310	3 914 683	15 848 063	64 470 778	618 959 256	83 330 981	782 609 078										
Gutschriften	Prozentuale Verteilung																				
	1961	1.43	6.41	86.70	5.46	100	0.55	12.18	75.69	11.58	100										
	1962	1.29	5.87	87.92	4.92	100	0.44	12.13	78.36	9.07	100										
	1963	1.17	5.43	89.02	4.38	100	0.40	12.51	79.24	7.85	100										
	1964	1.03	4.91	89.41	4.65	100	0.42	12.72	76.24	10.62	100										
	1965	0.95	4.51	90.24	4.30	100	0.36	10.03	79.08	10.53	100										
	Belastungen	1961	1.96	6.43	85.56	6.05	100	5.46	6.85	76.07	11.62	100									
		1962	1.84	5.67	86.85	5.64	100	4.66	7.89	78.41	9.04	100									
		1963	1.75	4.95	88.02	5.28	100	4.23	8.57	79.33	7.87	100									
		1964	1.71	4.61	88.27	5.41	100	4.45	8.43	76.29	10.83	100									
		1965	1.60	4.26	89.13	5.01	100	3.69	6.44	79.10	10.77	100									
	Total	1961	1.70	6.42	86.12	5.76	100	3.00	9.52	75.88	11.60	100									
		1962	1.57	5.77	87.38	5.28	100	2.55	10.01	78.39	9.05	100									
		1963	1.46	5.19	88.52	4.83	100	2.32	10.54	79.28	7.86	100									
		1964	1.37	4.76	88.83	5.04	100	2.44	10.58	76.26	10.72	100									
1965		1.28	4.38	89.68	4.66	100	2.02	8.24	79.09	10.65	100										

¹⁾ Mit Einschluss des Bankenclearing.

GESCHÄFTSVERKEHR DER

Jahr	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuen- burg	St. Gallen	Zürich	Total
In 1000 Franken											
Kassenumsatz											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1961	1 011 423	3 074 878	13 724 791 ¹⁾	2 796 211	2 733 018	1 143 432	1 195 075	779 859	1 770 115	7 628 142	35 856 944 ¹⁾
1962	1 192 070	3 354 295	12 989 118 ¹⁾	3 219 911	3 366 578	1 337 212	1 313 232	894 019	2 021 531	8 804 045	38 492 011 ¹⁾
1963	1 267 796	3 487 487	15 963 864 ¹⁾	3 397 180	3 518 004	1 556 723	1 411 739	964 556	2 197 599	9 931 398	43 696 346 ¹⁾
1964	1 393 643	3 774 964	17 518 091 ¹⁾	3 897 199	4 187 699	1 662 319	1 525 309	1 032 367	2 292 324	11 100 396	48 384 311 ¹⁾
1965	1 447 146	3 955 326	16 386 525 ¹⁾	3 929 163	3 957 380	1 746 834	1 603 509	1 114 522	2 423 873	11 365 508	47 929 786 ¹⁾
Devisenverkehr											
1961	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30 831 843	30 831 843
1962	—	—	—	—	—	—	—	—	—	51 924 537	51 924 537
1963	—	—	—	—	—	—	—	—	—	52 243 448	52 243 448
1964	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47 793 962	47 793 962
1965	—	—	—	—	—	—	—	—	—	53 340 548	53 340 548
Diskontierungen von Schweizerwechseln, Schatzanweisungen des Bundes und Obligationen											
1961	8 918	4 488	349 660	8 107	17 037	6 094	52 922	20 781	29 886	48 425	546 318
1962	6 826	3 705	278 989	14 264	17 236	2 775	59 273	18 088	39 425	121 901	562 482
1963	12 904	18 214	86 431	15 094	13 553	3 795	63 542	22 281	46 219	132 978	415 011
1964	22 517	33 470	117 029	16 508	15 884	3 865	83 800	24 413	46 280	343 673	707 439
1965	19 065	30 561	91 566	11 281	18 285	4 396	85 818	24 345	56 169	409 049	750 535
Neue Lombardvorschüsse											
1961	8 089	6 738	110 586	34 078	68 094	2 376	64 562	3 445	44 091	24 741	366 800
1962	15 290	9 886	152 869	26 897	47 775	8 554	58 837	4 585	61 756	26 143	412 592
1963	30 815	8 208	198 840	30 865	74 439	6 527	53 715	22 969	93 446	14 798	534 622
1964	26 001	9 047	234 582	51 467	60 498	5 663	118 359	18 144	99 137	21 080	643 978
1965	15 574	12 294	184 869	34 363	51 636	1 564	98 400	32 567	131 163	20 113	582 543
Verkehr mit den Korrespondenten im Inland											
1961	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12 575 487	12 575 487
1962	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14 348 652	14 348 652
1963	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15 746 124	15 746 124
1964	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17 333 525	17 333 525
1965	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18 429 813	18 429 813
Verkehr mit den Korrespondenten im Ausland											
1961	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25 985 973	25 985 973
1962	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22 492 386	22 492 386
1963	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3 920 027	3 920 027
1964	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8 593 576	8 593 576
1965	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 440 573	5 440 573

¹⁾ Einschliesslich Gold im Ausland.

EINZELNEN BANKSTELLEN ²⁾

Jahr	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuen- burg	St. Gallen	Zürich	Total
In 1000 Franken											
Inkassoverkehr (Einreichungen)											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1961	2 767	29 511	403 111	19 007	12 657	182	8 255	7 398	2 962	136 383	622 233
1962	1 975	13 396	470 957	28 344	14 083	68	7 319	7 211	3 476	110 013	656 842
1963	2 345	9 944	595 909	21 735	15 724	113	8 412	6 609	2 066	156 352	819 209
1964	1 468	11 287	715 327	33 271	17 174	120	8 728	6 548	3 518	99 747	897 188
1965	1 137	31 392	798 009	24 669	18 444	54	8 715	10 094	3 101	89 848	985 463
Giroverkehr											
1961	2 471 628	26 222 888	12 405 287	16 735 050	7 775 884	1 760 423	2 796 491	1 882 711	4 333 799	308 420 968	384 805 129
1962	2 519 207	25 880 174	14 549 871	20 270 430	7 697 792	2 227 051	2 860 123	1 886 228	4 819 617	425 470 110	508 180 603
1963	2 842 246	25 799 172	15 514 674	20 565 763	7 667 148	2 165 607	3 017 670	2 015 568	5 145 104	516 150 073	600 883 025
1964	3 182 911	25 603 742	15 702 320	22 232 209	8 527 612	1 945 245	3 567 694	2 092 876	5 721 136	540 295 133	628 870 878
1965	3 351 165	31 087 674	17 346 015	23 282 154	8 813 149	2 057 548	3 610 835	2 428 715	6 064 227	684 567 596	782 609 078
Verkehr mit den Bundesverwaltungen											
1961	—	—	47 980 529	—	—	—	—	—	—	—	47 980 529
1962	—	—	58 630 922	—	—	—	—	—	—	—	58 630 922
1963	—	—	62 531 666	—	—	—	—	—	—	—	62 531 666
1964	—	—	67 257 281	—	—	—	—	—	—	—	67 257 281
1965	—	—	71 030 049	—	—	—	—	—	—	—	71 030 049
Verkehr mit Deponenten											
1961	3 730	13 815	82 671	28 263	8 910	3 741	10 205	11 041	5 947	1 438 857	1 607 180
1962	4 799	13 116	60 590	23 556	20 099	3 641	5 122	10 075	5 869	1 295 320	1 442 187
1963	4 279	14 982	71 076	22 139	9 258	3 658	6 233	9 881	3 983	2 486 939	2 632 428
1964	5 985	37 949	82 289	23 851	8 962	5 432	8 321	7 971	5 786	576 023	762 569
1965	6 266	21 688	103 310	27 086	7 075	4 544	6 746	9 003	5 068	669 191	859 977
Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)											
1961	7 906 451	50 002 501	159 887 233	29 720 467	20 208 465	5 972 727	9 124 622	5 739 898	14 343 271	467 076 984	769 982 619
1962	8 583 945	49 466 479	188 620 767	34 983 019	22 293 500	7 153 282	9 639 245	5 953 226	16 421 554	614 610 036	957 725 053
1963	9 628 514	51 462 857	205 298 839	35 679 366	23 083 781	7 539 637	10 613 625	6 261 874	17 740 551	698 679 344	1 065 988 388
1964	11 199 806	52 691 471	223 843 205	39 084 892	26 602 778	7 464 233	12 216 298	6 630 124	19 785 813	732 211 261	1 131 729 881
1965	11 792 825	63 206 879	236 299 312	40 779 219	26 210 181	7 743 606	13 016 416	7 592 592	21 368 598	903 100 234	1 331 109 862
Umsatz der Abrechnungsstellen											
1961	—	2 514 322	296 435	2 980 611	751 525	—	—	50 336 ³⁾	96 365	1 361 862	8 051 456
1962	—	3 277 282	337 340	4 051 252	804 640	—	—	64 930 ³⁾	93 778	1 481 038	10 110 260
1963	—	2 824 012	355 255	3 915 794	750 230	—	—	75 611 ³⁾	93 053	1 638 001	9 651 956
1964	—	3 131 453	374 441	3 889 284	804 049	—	—	73 052 ³⁾	101 405	1 827 361	10 201 045
1965	—	3 236 475	398 446	3 940 764	778 817	—	—	69 937 ³⁾	102 204	1 839 914	10 366 557

²⁾ Der Verkehr der Agenturen ist in den Verkehrszahlen der vorgesetzten Bankstelle enthalten.

³⁾ Einschliesslich Umsatz der Abrechnungsstelle in La Chaux-de-Fonds.

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Jahr	Metallbestand			Devisen ²⁾	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vorschüsse
	Gold ¹⁾	Silber	Total		Schweizer- wechsel	Schatz- anweisungen ³⁾	Diskon- tierte Obli- gationen	Total		
	In Millionen Franken									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1907	75,5	5,8	81,3	27,7	77,9	—	—	77,9	—	2,7
1908	117,5	7,2	124,7	44,7	63,7	—	—	63,7	—	10,4
1909	124,0	14,4	138,4	48,2	111,0	—	—	111,0	—	14,7
1910	155,6	10,2	165,8	59,1	99,8	—	—	99,8	—	18,0
1911	160,7	9,2	169,9	24,6	130,4	—	7,0	137,4	—	16,8
1912	173,1	12,8	185,9	26,7	146,2	—	5,1	151,3	—	25,5
1913	170,0	20,8	190,8	42,3	100,0	—	9,4	109,4	—	28,4
1914	237,9	24,9	262,8	34,4	114,7	58,0	8,3	181,0	—	19,6
1915	250,1	51,3	301,4	49,6	63,9	75,0	3,5	142,4	—	21,0
1916	345,0	52,5	397,5	63,3	56,3	123,0	4,5	183,8	—	22,1
1917	357,7	51,8	409,5	47,8	88,4	233,0	6,0	327,4	—	45,2
1918	414,7	58,4	473,1	70,6	249,8	312,0	6,5	568,3	—	40,9
1919	517,0	73,6	590,6	94,8	184,1	301,0	2,0	487,1	—	32,7
1920	542,9	121,6	664,5	25,4	167,1	280,0	5,8	452,9	—	36,6
1921	549,5	108,3	657,8	58,8	44,8	287,0	2,9	334,7	—	76,2
1922	535,1	103,9	639,0	74,1	33,9	325,0	2,0	360,9	—	62,2
1923	537,2	90,7	627,9	94,4	102,5	155,0	4,5	262,0	—	85,3
1924	505,9	87,2	593,1	193,3	81,2	78,0	5,7	164,9	—	70,8
1925	467,1	89,3	556,4	222,5	70,2	68,5	3,2	141,9	—	72,4
1926	471,8	72,8	544,6	222,0	91,7	83,1	5,5	180,3	—	60,6
1927	517,0	62,9	579,9	197,9	128,8	71,7	6,2	206,7	—	78,5
1928	533,0	45,8	578,8	258,6	157,1	53,9	6,8	217,8	—	82,9
1929	595,0	23,5	618,5	362,3	95,2	39,1	15,1	149,4	—	75,2
1930	712,9	—	712,9	353,4	86,7	—	8,0	94,7	—	53,4
1931	2 346,9	—	2 346,9	107,0	27,7	0,4	6,5	34,6	—	64,7
1932	2 471,2	—	2 471,2	88,6	12,8	0,2	6,7	19,7	4,6	48,7
1933	1 998,1	—	1 998,1	17,7	19,0	15,2	16,7	50,9	58,3	94,7
1934	1 909,8	—	1 909,8	7,5	13,4	4,0	8,9	26,3	5,9	118,0
1935	1 388,8	—	1 388,8	8,3	25,3	114,6	12,6	152,5	85,5	142,2

¹⁾ Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921: 1 kg Feingold = Fr. 3440; vom 11. November 1921 an: 1 kg = Fr. 3435.555.
²⁾ 1907 und 1908 nur Auslandswchsel; von 1909 bis 1927 nur Auslandswchsel und Sichtguthaben im Ausland.
³⁾ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Eigene Wert-schriften	Guthaben bei Kor-respon-denten im Inland ⁴⁾	Noten-umlauf	Deckung des Notenumlaufs durch den Metallbestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Bilanz-summe	Jahr
				Girorech-nungen von Banken, Handel u. Industrie	Rechnungen der Bundes-verwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungs-u. Clearing-abkommen	Total		
In Millionen Franken			%	In Millionen Franken						
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
3,8	10,5	159,2	51.09	19,5	5,7	0,6	—	25,8	243,8	1907
6,2	8,2	204,1	61.11	21,1	13,1	0,8	—	35,0	292,9	1908
10,8	28,4	261,5	52.91	29,4	39,6	1,4	—	70,4	386,0	1909
10,0	35,0	297,2	55.77	22,4	45,7	0,7	—	68,8	421,0	1910
16,5	18,9	314,8	53.96	24,6	23,8	0,9	—	49,3	419,3	1911
7,1	19,2	339,2	54.80	28,9	25,4	1,2	—	55,5	451,0	1912
6,4	16,1	313,8	60.79	27,4	30,6	1,0	—	59,0	429,9	1913
9,3	14,7	455,9	57.65	54,6	8,6	7,6	—	70,8	589,2	1914
8,1	29,0	465,6	64.72	61,0	14,3	7,4	—	82,7	608,7	1915
6,8	18,2	536,5	74.07	89,8	12,7	27,3	—	129,8	735,1	1916
7,3	18,0	702,3	58.30	89,0	42,6	7,1	—	138,7	908,7	1917
8,6	28,1	975,7	48.49	79,1	20,1	88,4	—	187,6	1 239,0	1918
6,6	36,1	1 036,1	57.00	121,0	18,7	41,5	—	181,2	1 298,2	1919
5,9	35,0	1 023,7	64.90	146,4	11,4	5,4	—	163,2	1 273,1	1920
6,5	27,2	1 009,3	65.17	116,5	7,7	4,4	—	128,6	1 224,7	1921
9,8	18,9	976,4	65.44	147,4	11,0	5,7	—	164,1	1 224,3	1922
8,6	30,0	982,0	63.94	80,0	13,0	10,4	—	103,4	1 166,4	1923
6,8	38,6	913,9	64.89	102,8	8,3	6,0	—	117,1	1 107,5	1924
6,6	34,4	875,8	63.53	113,2	4,7	6,3	—	124,2	1 075,1	1925
6,4	33,6	873,9	62.31	127,0	4,3	5,5	—	136,8	1 087,6	1926
9,2	34,6	917,4	63.20	123,8	18,4	9,2	—	151,4	1 147,5	1927
19,0	40,6	952,6	60.75	141,5	54,0	6,6	—	202,1	1 236,4	1928
5,4	40,2	999,2	61.90	171,7	28,5	7,1	—	207,3	1 288,9	1929
104,0	32,7	1 062,1	67.12	213,2	28,0	7,9	—	249,1	1 391,9	1930
37,9	25,6	1 609,4	145.82	883,2	40,1	44,9	—	968,2	2 659,5	1931
50,8	15,7	1 612,6	153.24	922,3	51,0	67,9	—	1 041,2	2 743,5	1932
27,7	19,9	1 509,5	132.36	629,6	9,4	51,4	—	690,4	2 309,7	1933
52,5	19,2	1 440,3	132.60	539,4	39,6	45,9	—	624,9	2 179,2	1934
44,9	26,7	1 366,3	101.65	357,9	7,6	24,8	16,4	406,7	1 887,4	1935

⁴⁾ 1907 und 1908 einschliesslich Auslandskorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Jahr	Goldbestand ¹⁾	Devisen	Kursgesicherte Guthaben bei ausländischen Notenbanken	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Ausländische Schatzanweisungen in sFr.	Eigene Wertschriften	Guthaben bei Korrespondenten	
				Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²⁾	Diskontierte Obligationen	Total					im Inland	im Ausland
In Millionen Franken													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1936	2 709,0	57,6	—	7,7	9,5	2,3	19,5	28,5	46,8	—	15,9	14,2	—
1937	2 679,2	513,1	—	5,3	1,7	1,9	8,9	10,3	34,8	—	30,7	11,4	—
1938	2 889,6	279,7	—	52,5	101,5	1,1	155,1	3,8	21,9	—	90,9	9,6	—
1939	2 261,6	361,7	—	46,3	46,4	5,7	98,4	6,8	89,6	—	80,9	16,6	—
1940	2 173,2	996,8	—	63,2	149,3	2,1	214,6	2,8	45,4	—	87,8	20,0	—
1941	2 878,5	679,0	—	32,5	4,4	2,3	39,2	12,8	25,0	—	69,6	15,8	—
1942	3 565,2	61,8	—	123,8	85,3	0,8	209,9	12,0	25,2	—	63,9	16,3	—
1943	4 172,7	83,0	—	92,0	0,4	0,7	93,1	0,3	18,4	—	64,5	14,2	—
1944	4 554,1	102,4	—	69,5	—	1,6	71,1	—	27,6	—	64,2	13,9	—
1945	4 777,0	162,5	—	78,1	39,9	5,9	123,9	6,7	67,6	—	62,1	27,5	—
1946	4 949,9	158,0	—	46,1	14,5	13,9	74,5	9,6	164,2	—	52,7	51,7	—
1947	5 256,2	102,5	—	116,3	20,1	18,8	155,2	13,6	246,6	—	48,4	68,6	—
1948	5 821,0	236,6	—	115,2	1,5	8,8	125,5	1,6	79,0	—	47,4	50,4	—
1949	6 240,2	260,0	—	81,4	2,0	0,7	84,1	0,1	31,0	—	39,7	26,7	—
1950	5 975,8	256,4	—	165,3	31,5	4,4	201,2	—	85,0	—	40,9	60,3	—
1951	6 003,8	227,6	—	233,8	4,6	12,7	251,1	1,4	58,9	—	39,9	53,0	—
1952	5 876,1	490,9	—	243,9	—	1,8	245,7	—	64,0	—	40,1	37,5	—
1953	6 086,1	522,2	—	190,8	14,7	1,1	206,6	—	65,2	—	35,5	34,9	—
1954	6 323,4	649,8	—	91,6	2,0	9,6	103,2	—	116,6	—	46,5	41,3	—
1955	6 686,3	624,1	—	129,2	2,0	23,0	154,2	—	131,8	—	45,9	47,8	—
1956	7 102,9	627,0	—	170,9	21,5	80,0	272,4	—	186,9	—	45,7	56,1	—
1957	7 383,5	781,4	—	193,9	—	31,9	225,8	—	52,0	—	45,3	41,4	—
1958	8 329,3	560,9	—	56,0	—	2,3	58,3	—	21,8	—	44,6	33,0	—
1959	8 369,3	534,6	—	50,6	—	7,3	57,9	—	39,7	—	44,2	45,2	6,4
1960	9 454,7	583,0	—	49,2	—	4,3	53,5	—	37,8	—	43,3	45,1	6,8
1961	11 078,0	842,4	—	62,2	—	7,3	69,5	—	66,3	—	42,9	58,3	6,8
1962	11 543,3	867,4	—	67,4	45,0	11,2	123,6	—	71,7	207,0	42,8	77,8	10,2
1963	12 203,8	1 083,3	—	87,5	35,0	19,7	142,2	—	97,5	207,0	51,7	61,5	9,4
1964	11 793,6	1 679,1	431,3	109,8	24,8	28,0	162,6	—	77,7	432,0	65,3	75,3	17,0
1965	13 164,2	852,6	428,5	98,1	9,5	31,5	139,1	—	38,9	432,0	92,9	66,1	14,5

¹⁾ Bewertung bis 6. Oktober 1936: 1 kg Feingold = Fr. 3435.555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639.13; seit 31. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4869.80.
²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Noten- umlauf	Deckung des Noten- umlaufs durch den Gold- bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Girorech- nungen von Banken mit vorüber- gehender zeitlicher Bindung	Verbind- lichkeiten auf Zeit	Pflicht- depots gemäss Bun- desbe- schluss vom 13. März 1964	Bilanz- summe	Jahr
		Girorech- nungen von Banken, Handel u. Industrie	Rechnun- gen der Bundes- verwal- tungen	Rechnun- gen der Depo- nenten	Konti Zahlungs- u. Clearing- abkommen	Guthaben ausländi- scher Banken ³⁾	Total					
In Millionen Franken	%	In Millionen Franken										
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27
1 482,2	182.76	1 093,9	183,4	29,9	62,9	—	1 370,1	—	—	—	3 505,9	1936
1 530,5	175.05	1 602,6	12,5	35,4	71,9	—	1 722,4	—	—	—	3 902,3	1937
1 751,0	165.02	1 592,6	8,2	31,2	39,9	—	1 671,9	—	—	—	4 081,0	1938
2 049,9	110.33	686,7	10,9	32,0	67,8	—	797,4	—	—	—	3 501,8	1939
2 273,4	95.59	1 018,6	6,8	41,6	119,9	—	1 186,9	—	—	—	3 727,7	1940
2 336,7	123.18	896,9	194,7	44,6	108,9	—	1 245,1	—	—	—	3 880,6	1941
2 637,3	135.18	1 147,8	13,6	42,0	95,7	—	1 299,1	—	—	—	4 226,4	1942
3 048,5	136.87	1 065,3	9,2	47,1	126,7	—	1 248,3	—	—	—	4 597,2	1943
3 548,0	128.35	835,5	27,7	50,9	109,7	—	1 023,8	—	—	—	4 868,6	1944
3 835,2	124.55	843,2	6,6	106,8	162,0	—	1 118,6	—	—	—	5 266,5	1945
4 090,7	121.00	662,3	194,6	84,2	223,5	—	1 164,6	—	—	—	5 499,8	1946
4 383,4	119.91	722,3	127,2	59,4	263,4	—	1 172,3	—	—	—	5 932,1	1947
4 594,3	126.70	960,0	11,2	49,9	221,7	—	1 242,8	—	337,1	—	6 400,6	1948
4 566,3	136.66	1 334,8	105,8	40,9	249,6	—	1 731,1	—	200,0	—	6 721,9	1949
4 663,8	128.13	1 042,1	485,6	75,2	170,2	—	1 773,1	—	—	—	6 658,6	1950
4 927,3	121.85	1 101,9	225,4	41,6	159,9	—	1 528,8	—	—	—	6 675,9	1951
5 121,9	114.73	1 209,2	78,9	39,0	126,8	—	1 453,9	—	—	—	6 796,8	1952
5 228,5	116.40	1 147,3	157,3	64,8	171,5	—	1 540,9	—	—	—	6 996,8	1953
5 411,6	116.85	1 255,2	216,1	49,4	171,5	—	1 692,2	—	—	—	7 327,2	1954
5 515,5	121.23	1 623,8	268,9	15,6	82,1	—	1 990,4	—	—	—	7 738,2	1955
5 809,7	122.26	1 570,6	609,2	17,4	89,2	—	2 286,4	—	—	—	8 340,1	1956
5 931,2	124.49	1 831,1	471,0	16,2	74,7	—	2 393,0	—	—	—	8 574,6	1957
6 109,3	136.34	2 541,2	105,7	18,2	61,3	—	2 726,4	—	—	—	9 098,9	1958
6 343,9	131.93	2 330,7	165,6	16,9	22,1	—	2 535,3	—	—	—	9 141,5	1959
6 854,1	137.94	2 288,4	416,6	18,1	33,3	—	2 756,4	—	390,3	—	10 266,2	1960
7 656,0	144.70	1 996,1	662,5	19,7	37,2	231,5	2 947,0	1 035,0	293,5	—	12 206,6	1961
8 506,1	135.71	2 294,2	355,9	21,6	30,0	98,0	2 799,7	1 035,0	373,0	—	12 994,7	1962
9 035,4	135.07	2 700,0	389,4	27,3	39,3	31,8	3 187,8	1 035,0	357,3	—	13 910,2	1963
9 721,8	121.31	2 907,9	291,5	21,2	24,4	25,6	3 270,6	1 035,0	433,2	3,4	14 787,6	1964
10 042,5	131.08	3 005,0	126,2	19,0	20,9	44,3	3 215,4	1 035,0	602,0	19,9	15 287,6	1965

³⁾ Vor Ende Juni 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.

JAHRES DURCHSCHNITTE

Jahr	Metallbestand			Devisen ²⁾	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vor- schüsse
	Gold ¹⁾	Silber	Total		Schweizer- wechsel ³⁾	Schatz- anwei- sungen ⁴⁾	Diskontierte Obligationen	Total		
	In Millionen Franken									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1907	52,1	6,3	58,4	19,0	36,7	—	—	36,7	—	0,6
1908	98,3	8,1	106,4	39,0	24,0	—	—	24,0	—	2,5
1909	121,5	15,2	136,7	49,6	41,7	—	—	41,7	—	4,4
1910	143,3	16,1	159,4	44,7	70,9	—	—	70,9	—	5,9
1911	158,5	14,8	173,3	56,1	60,5	—	5,6	66,1	—	7,0
1912	168,1	13,0	181,1	34,7	78,1	—	4,5	82,6	—	12,2
1913	170,5	23,1	193,6	48,7	57,9	—	2,3	60,2	—	15,7
1914	195,1	17,2	212,3	45,9	103,5	—	7,2	110,7	—	20,1
1915	241,5	47,8	289,3	35,1	108,6	—	3,5	112,1	—	16,9
1916	271,5	54,0	325,5	72,1	126,1	—	1,2	127,3	—	17,7
1917	344,6	52,7	397,3	52,7	170,6	—	0,9	171,5	—	28,3
1918	377,1	55,3	432,4	53,7	321,7	—	2,1	323,8	—	36,4
1919	451,5	64,8	516,3	62,1	418,2	—	1,5	419,7	—	38,7
1920	534,2	93,0	627,2	84,6	303,1	—	4,0	307,1	—	32,3
1921	544,2	122,7	666,9	26,5	308,5	—	1,9	310,4	—	41,9
1922	532,4	111,1	643,5	72,8	251,3	—	1,6	252,9	—	49,1
1923	531,5	100,0	631,5	79,3	254,2	—	4,4	258,6	—	49,1
1924	518,6	94,5	613,1	122,9	153,0	—	4,3	157,3	—	66,6
1925	485,7	89,4	575,1	211,8	87,3	—	2,0	89,3	—	48,6
1926	429,1	85,9	515,0	218,0	105,0	—	2,0	107,0	—	45,6
1927	450,5	69,3	519,8	205,1	131,9	—	5,1	137,0	—	48,6
1928	450,3	56,2	506,5	219,8	144,5	—	7,9	152,4	—	62,8
1929	506,6	37,0	543,6	248,6	125,7	—	8,5	134,2	—	61,3
1930	607,2	5,6	612,8	361,6	40,0	—	8,4	48,4	—	42,2
1931	1 165,0	—	1 165,0	353,7	35,3	—	5,7	41,0	—	45,2
1932	2 546,0	—	2 546,0	81,4	13,9	4,6	4,5	23,0	3,0	45,8
1933	2 119,5	—	2 119,5	21,7	10,2	4,2	5,9	20,3	19,5	53,1
1934	1 788,1	—	1 788,1	14,1	12,3	20,2	6,1	38,6	21,5	75,0
1935	1 457,1	—	1 457,1	18,7	34,0	42,8	8,5	85,3	41,3	87,6

¹⁾ Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921 : 1 kg Feingold = Fr. 3440 ; vom 11. November 1921 an : 1 kg = Fr. 3435.555.
²⁾ 1907 und 1908 nur Auslandwechsel ; von 1909 bis 1927 nur Auslandwechsel und Sichtguthaben im Ausland.
³⁾ Bis 1931 einschliesslich Schatzanweisungen.
⁴⁾ Vor 1932 nicht berechnet.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

JAHRESDURCHSCHNITTE

Eigene Wert-schriften	Guthaben bei Korre-spondenten im Inland ⁵⁾	Noten-umlauf	Deckung des Notenum-laufs durch den Metall-bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Jahr
				Girorechnun-gen von Ban-ken, Handel, u. Industrie	Rechnungen der Bundes-verwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungs-u. Clearing-abkommen	Total	
In Millionen Franken			%	In Millionen Franken					
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
3,2	9,6	88,9	65.74	15,3	9,4	1,0	—	25,7	1907
9,0	8,5	145,9	72.95	13,6	10,6	1,2	—	25,4	1908
8,0	6,3	191,4	71.41	17,5	18,2	1,3	—	37,0	1909
12,2	28,8	241,4	66.03	15,1	43,0	1,8	—	59,9	1910
12,5	22,4	253,6	68.35	16,3	40,8	1,6	—	58,7	1911
11,1	10,9	269,3	67.25	16,4	25,4	1,4	—	43,2	1912
9,3	11,2	272,4	71.09	15,8	28,5	0,7	—	45,0	1913
11,7	10,4	335,1	63.33	34,5	19,0	4,0	—	57,5	1914
8,9	23,6	409,9	70.57	44,0	20,4	6,3	—	70,7	1915
7,8	13,6	430,3	75.63	94,9	15,8	8,1	—	118,8	1916
7,6	13,4	535,8	74.15	80,9	19,9	10,3	—	111,1	1917
9,7	17,6	733,1	58.98	71,1	14,8	33,0	—	118,9	1918
7,7	21,4	905,8	57.00	73,9	16,7	29,0	—	119,6	1919
6,6	27,6	933,8	67.16	96,0	14,5	10,4	—	120,9	1920
5,8	20,2	925,1	72.09	95,3	12,5	4,8	—	112,6	1921
8,6	21,9	817,6	78.71	181,5	15,6	6,2	—	203,3	1922
8,9	18,4	875,0	72.17	130,0	14,0	8,6	—	152,6	1923
7,1	25,5	850,5	72.08	66,9	28,3	10,0	—	105,2	1924
7,1	21,7	797,6	72.10	98,3	11,8	6,3	—	116,4	1925
6,5	19,1	769,0	66.96	81,7	13,5	7,1	—	102,3	1926
6,5	24,6	798,8	65.06	85,4	19,2	6,3	—	110,9	1927
6,3	22,3	818,3	61.89	82,4	21,3	6,9	—	110,6	1928
3,9	24,9	855,7	63.52	89,4	15,5	7,4	—	112,3	1929
59,9	20,4	894,0	68.54	167,8	31,6	6,8	—	206,2	1930
85,8	15,1	1 141,0	102.09	483,0	25,8	19,1	—	527,9	1931
40,6	9,7	1 508,4	168.79	1 075,1	59,1	61,8	—	1 196,0	1932
61,7	12,0	1 440,1	147.17	702,7	24,8	62,6	—	790,1	1933
46,9	10,3	1 349,2	132.52	515,0	12,5	46,1	—	573,6	1934
55,7	11,2	1 283,0	113.57	349,9	14,0	29,4	5,0	398,3	1935

⁵⁾ 1907 und 1908 einschliesslich Auslandskorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

JAHRESDURCHSCHNITTE

Jahr	Goldbestand ¹⁾	Devisen	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Eigene Wertchriften	Guthaben bei Korrespondenten	
			Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²⁾	Diskontierte Obligationen	Total				im Inland	im Ausland
In Millionen Franken											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1936	1 690,5	23,7	9,4	79,9	4,5	93,8	50,7	63,8	42,4	8,7	—
1937	2 640,0	191,6	6,2	2,0	3,8	12,0	14,3	32,3	17,9	6,6	—
1938	2 849,0	384,3	17,1	16,3	1,5	34,9	5,7	22,7	74,4	6,0	—
1939	2 530,2	280,3	24,3	64,8	3,0	92,1	7,8	36,4	93,2	7,5	—
1940	2 144,9	517,0	67,5	143,1	3,4	214,0	6,5	66,8	86,2	8,5	—
1941	2 347,3	1 153,5	63,8	63,9	1,6	129,3	9,3	25,4	73,5	7,5	—
1942	3 390,6	175,1	76,2	25,4	1,2	102,8	6,8	19,4	66,3	7,1	—
1943	3 774,4	65,6	87,1	61,2	0,7	149,0	0,4	16,7	64,8	7,4	—
1944	4 384,3	90,1	76,2	20,0	1,0	97,2	1,4	17,0	64,3	7,6	—
1945	4 691,1	117,3	68,1	112,8	1,1	182,0	0,3	19,6	63,8	9,3	—
1946	4 818,0	171,7	48,1	6,4	2,8	57,3	1,0	36,3	58,8	13,3	—
1947	5 129,9	113,6	36,2	8,0	7,7	51,9	3,9	59,7	50,8	16,8	—
1948	5 662,7	135,7	118,7	1,6	11,3	131,6	4,5	59,5	47,7	16,8	—
1949	6 046,1	305,2	102,4	0,3	2,2	104,9	0,2	27,6	41,7	9,7	—
1950	6 179,4	297,9	86,8	0,7	1,2	88,7	0,0	23,3	41,2	11,3	—
1951	6 000,9	225,5	150,0	2,6	2,3	154,9	0,1	30,9	40,1	13,8	—
1952	5 847,5	337,1	201,2	0,8	3,4	205,4	0,3	30,0	40,1	13,0	—
1953	5 998,7	511,4	191,6	0,7	0,9	193,2	—	24,7	35,8	13,0	—
1954	6 176,7	517,5	111,9	0,5	1,5	113,9	—	26,1	43,7	14,5	—
1955	6 304,5	597,9	88,9	1,2	8,6	98,7	—	44,7	46,1	17,1	—
1956	6 794,6	585,8	100,5	1,6	15,8	117,9	—	47,7	45,4	19,8	—
1957	7 096,4	538,3	128,5	0,5	15,8	144,8	—	31,6	45,4	16,3	—
1958	7 957,8	539,2	108,6	0,1	2,6	111,3	—	11,4	44,9	11,2	—
1959	8 285,9	444,1	46,6	—	0,7	47,3	—	8,5	44,3	10,5	4,9
1960	8 151,0	522,4	48,2	0,0	1,7	49,9	—	15,6	43,6	13,4	7,1
1961	10 049,6	1 121,6	48,0	—	1,5	49,5	—	13,8	43,0	13,0	8,1
1962	10 613,6	827,3	53,6	1,1	5,3	60,0	—	16,1	42,8	16,1	10,4
1963	10 753,3	844,1	59,6	2,7	4,5	66,8	—	17,5	91,9	16,3	11,5
1964	11 080,6	1 232,4	77,0	5,2	9,8	92,0	—	29,4	58,3	20,0	22,5
1965	11 672,4	971,7	77,5	5,6	10,0	93,1	—	20,9	78,0	22,1	21,5

¹⁾ Bewertung bis 6. Oktober 1936: 1 kg Feingold = Fr. 3435,555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639,13; seit 31. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4869,80.
²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

JAHRESDURCHSCHNITTE

Notenumlauf	Deckung des Notenumlaufs durch den Goldbestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Jahr
		Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie	Rechnungen der Bundesverwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungs- u. Clearingabkommen	Guthaben ausländischer Banken ³⁾	Total			
In Millionen Franken	%	In Millionen Franken								
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1 293,9	130.64	541,3	29,0	27,7	27,2	—	625,2	—	—	1936
1 378,4	191.51	1 305,3	86,1	28,4	69,5	—	1 489,3	—	—	1937
1 555,4	183.17	1 703,7	18,1	44,1	45,0	—	1 810,9	—	—	1938
1 802,3	140.38	1 093,2	12,0	33,1	44,4	—	1 182,7	—	—	1939
2 081,9	103.02	744,3	4,4	38,6	80,5	—	867,8	—	—	1940
2 107,8	111.36	1 309,1	60,8	50,5	102,0	—	1 522,4	—	—	1941
2 251,4	150.60	1 197,1	86,7	52,5	99,4	—	1 435,7	—	—	1942
2 646,5	142.62	1 195,9	54,3	45,4	127,1	—	1 422,7	—	—	1943
3 025,1	144.93	1 097,2	146,1	60,2	129,8	—	1 433,3	—	—	1944
3 517,6	133.36	1 017,8	42,7	83,0	137,1	—	1 280,6	—	—	1945
3 633,2	132.61	813,8	131,9	90,8	189,9	—	1 226,4	—	—	1946
3 940,6	130.18	734,0	147,2	74,4	242,9	—	1 198,5	—	—	1947
4 167,9	135.86	935,0	64,5	51,6	256,6	—	1 307,7	—	401,9	1948
4 259,9	141.93	1 373,0	149,1	54,2	240,9	—	1 817,2	—	269,3	1949
4 239,6	145.75	1 512,1	305,5	58,6	242,4	—	2 118,6	—	176,0 ⁴⁾	1950
4 419,5	135.78	1 269,2	384,0	51,3	153,0	—	1 857,5	—	—	1951
4 596,2	127.22	1 176,7	319,5	41,7	154,2	—	1 692,1	—	—	1952
4 783,6	125.40	1 373,9	203,8	99,8	127,7	—	1 805,2	—	—	1953
4 904,0	125.95	1 354,5	229,1	54,4	164,2	—	1 802,2	—	—	1954
5 056,8	124.67	1 397,2	303,2	30,3	142,9	—	1 873,6	—	—	1955
5 189,7	130.92	1 672,0	458,7	17,7	74,3	—	2 222,7	—	—	1956
5 467,2	129.80	1 788,4	283,8	17,6	106,4	—	2 196,2	—	—	1957
5 501,2	144.66	2 600,3	270,6	17,9	66,5	—	2 955,3	—	—	1958
5 705,3	145.23	2 610,3	264,9	17,8	36,4	—	2 929,4	—	—	1959
6 042,4	134.90	2 112,3	289,0	17,6	23,8	—	2 442,7	—	399,2 ⁵⁾	1960
6 672,9	150.60	2 346,5	684,9	21,2	29,8	222,6 ⁶⁾	3 198,4	1 035,0 ⁷⁾	397,8	1961
7 358,9	144.23	2 034,2	326,4	21,7	23,6	187,6	2 593,5	1 035,0	399,4	1962
8 002,8	134.37	2 046,3	195,1	26,0	21,6	59,7	2 348,7	1 035,0	399,1	1963
8 638,6	128.27	2 059,2	283,1	24,5	27,0	32,2	2 426,0	1 035,0	483,3	1964
9 179,1	127.16	2 173,9	232,2	26,9	18,8	44,5	2 496,3	1 035,0	597,5	1965

³⁾ Vor Ende Juni 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.

⁶⁾ Durchschnitt Ende Juni bis Dezember.

⁴⁾ Durchschnitt Januar bis Juli.

⁷⁾ Durchschnitt Ende März bis Dezember.

⁵⁾ Durchschnitt Oktober bis Dezember.

UMSÄTZE

Jahr	Kassen- umsatz	Devisen- verkehr 1)	Diskontierungen					Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vorschüsse	Verkehr in eigenen Wert- schriften
			Inlandportefeuille							
			Schweizerwechsel		Schatz- anwei- sungen 2)	Obli- gationen	Total			
			Betrag	Durch- schnittl. Laufzeit						
In Millionen Franken			Tage	In Millionen Franken						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1907	1 819,5	124,4	317,7	28	—	—	317,7	—	13,4	6,4
1908	2 567,9	310,2	465,2	18	—	—	465,2	—	85,5	37,5
1909	2 890,5	337,4	569,4	29	—	—	569,4	—	113,6	44,0
1910	3 265,4	381,7	965,8	26	—	—	965,8	—	126,7	40,4
1911	3 548,0	364,8	903,0	26	—	12,4	915,4	—	127,9	46,5
1912	3 920,1	424,8	1 082,0	26	—	28,3	1 110,3	—	174,4	16,0
1913	3 798,2	472,3	956,9	21	—	27,3	984,2	—	215,1	12,4
1914	4 434,9	350,5	907,5	38	124,0	48,2	1 079,7	—	152,7	15,6
1915	3 649,1	430,6	484,1	33	444,0	22,5	950,6	—	94,1	5,6
1916	4 250,7	662,6	237,2	29	954,0	10,5	1 201,7	—	90,5	8,3
1917	4 479,0	513,8	336,9	28	1 392,0	12,5	1 741,4	—	175,4	6,8
1918	6 219,3	484,5	1 158,8	37	1 962,0	21,6	3 142,4	—	300,4	4,4
1919	5 690,1	740,2	1 384,0	32	2 365,0	11,4	3 760,4	—	275,8	2,9
1920	6 181,3	558,7	1 373,1	38	1 949,0	33,9	3 356,0	—	315,3	6,7
1921	5 964,1	428,8	516,1	35	1 884,0	15,2	2 415,3	—	262,7	6,5
1922	5 997,1	579,4	160,3	47	1 083,0	10,9	1 254,2	—	226,1	7,4
1923	5 818,9	584,2	476,2	35	1 419,0	27,7	1 922,9	—	341,9	4,5
1924	5 684,6	716,8	741,4	38	181,0	30,4	952,8	—	576,8	4,0
1925	6 314,6	1 098,6	292,1	35	174,4	11,8	478,3	—	317,4	27,3
1926	6 520,5	1 125,9	451,7	26	153,0	15,2	619,9	—	350,6	7,3
1927	7 056,5	1 199,3	828,7	28	93,0	30,5	952,2	—	470,4	12,8
1928	6 801,1	11 228,6	1 093,0	28	14,0	49,9	1 156,9	—	681,7	72,5
1929	6 689,1	10 499,3	957,9	29	24,0	56,4	1 038,3	—	712,7	37,5
1930	6 948,2	9 369,0	294,2	35	62,0	43,8	400,0	—	449,6	309,0
1931	9 386,6	15 370,5	229,7	41	193,0	33,4	456,1	—	406,7	449,9
1932	6 566,4	3 747,8	79,4	57	62,9	29,1	171,4	7,5	282,8	58,8
1933	6 171,0	5 310,7	73,7	52	139,7	43,7	257,1	143,8	394,2	88,0
1934	5 248,5	3 025,3	79,9	53	573,5	33,1	686,5	88,5	437,9	52,5
1935	5 706,7	4 566,6	245,7	52	431,6	57,5	734,8	272,8	664,9	119,9

1) 1907 bis 1927 ist nur der Betrag der diskontierten und angekauften Auslandswchsel angegeben ; der Verkehr der Auslandskorrespondenten ist bis 1927 im Umsatz der Korrespondentenrechnungen im Inland (Kol. 12) inbegriffen.

2) Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

UMSÄTZE

Verkehr mit den Korrespondenten im Inland ³⁾	Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit den Bundesverwaltungen	Verkehr mit Deponenten	Verkehr der Konti Zahlungs- u. Clearingabkommen	Auf die Bank ausgestellte Checks und Generalmandate ⁴⁾	Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)	Umsatz der Abrechnungsstellen	Jahr
In Millionen Franken										
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1 143,2	64,5	5 019,5	—	367,0	5,5	—	—	15 876,2	2 133,7	1907
1 839,4	131,0	10 610,1	37,9	1 066,5	12,0	—	22,9	31 056,2	2 997,4	1908
1 819,1	286,5	13 683,3	178,1	1 411,8	23,5	—	48,6	37 578,2	3 483,7	1909
2 205,8	360,9	16 616,6	297,6	1 663,9	42,8	—	48,6	44 845,6	4 036,0	1910
2 553,6	399,4	17 480,0	364,8	1 997,1	45,4	—	34,5	47 493,6	4 305,0	1911
2 852,8	454,8	19 641,0	454,8	2 115,1	57,7	—	34,7	55 760,6	4 614,6	1912
2 982,7	483,3	18 799,0	487,1	2 238,5	51,9	—	31,9	54 962,4	5 471,6	1913
2 353,7	323,5	17 438,1	502,6	2 353,8	194,9	—	23,9	56 172,0	4 146,8	1914
2 785,7	276,5	18 920,7	575,2	3 933,7	197,7	—	31,1	59 920,6	3 923,7	1915
3 980,9	254,0	26 918,2	707,1	5 655,7	329,0	—	42,6	86 220,6	4 914,9	1916
3 784,5	266,3	28 891,5	962,2	7 217,3	405,5	—	68,8	103 332,4	5 793,2	1917
4 088,9	381,2	38 016,6	1 328,7	10 155,4	1 122,8	—	59,5	142 371,6	7 578,0	1918
5 481,0	420,6	43 616,2	1 361,5	12 381,5	856,6	—	41,6	159 069,8	9 664,3	1919
6 312,9	477,2	51 599,2	1 554,5	12 693,5	382,9	—	34,9	169 423,4	14 831,3	1920
4 870,3	371,8	48 803,6	1 433,5	12 563,1	192,5	—	22,0	161 033,0	12 701,4	1921
4 712,9	293,9	46 262,0	1 368,9	10 601,1	311,6	—	26,0	121 686,4	10 281,2	1922
6 233,5	358,4	51 646,4	1 467,7	13 058,3	377,7	—	30,3	136 914,8	11 372,0	1923
7 274,2	459,2	57 981,2	1 652,5	10 874,4	494,3	—	22,2	130 707,2	13 128,4	1924
7 778,8	433,0	58 206,0	1 726,9	10 956,9	407,3	—	63,5	131 395,0	13 185,0	1925
6 405,5	430,4	63 755,5	1 707,0	10 280,9	436,2	—	55,5	133 765,6	13 617,9	1926
7 702,0	488,9	76 062,7	1 800,8	11 017,4	465,5	—	60,9	150 757,6	15 652,8	1927
2 933,8	593,3	79 462,8	1 951,0	11 276,1	1 204,3	—	66,4	159 714,6	14 747,6	1928
2 956,3	589,0	77 063,9	2 121,7	11 626,5	1 985,5	—	61,3	158 593,7	13 761,5	1929
2 888,1	549,0	78 448,4	2 204,5	13 656,5	1 755,1	—	142,2	158 659,2	12 586,0	1930
2 706,1	628,6	74 074,5	2 139,2	12 082,0	1 047,1	—	179,7	170 066,7	10 243,8	1931
2 456,3	584,1	41 755,3	2 028,2	10 291,6	526,8	—	169,3	108 175,0	5 193,3	1932
2 321,2	511,2	44 954,6	2 048,4	9 904,4	566,7	—	160,0	113 801,0	4 824,6	1933
2 292,0	467,0	39 524,8	2 151,1	11 038,7	790,2	—	136,0	104 803,8	4 013,8	1934
2 222,7	320,5	39 566,4	2 113,7	9 803,0	542,0	2 157,9	110,5	109 537,7	3 267,8	1935

³⁾ 1907 bis 1927 einschliesslich Verkehr der Auslandskorrespondenten, ab 1928 nur Verkehr der Korrespondenten im Inland.

⁴⁾ Bis 1924 nur Generalmandate.

UMSÄTZE

Jahr	Kassenumsatz ¹⁾	Devisenverkehr	Diskontierungen						Lombardvorschüsse	Verkehr in eigenen Wertchriften
			Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehenskasse			
			Schweizerwechsel		Schatzanweisungen ²⁾	Obligationen		Total		
			Betrag	Durchschnittl. Laufzeit						
In Millionen Franken			Tage	In Millionen Franken						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1936	6 899,0	2 313,5	53,3	54	650,0	22,0	725,3	234,0	343,7	215,4
1937	6 030,0	7 893,4	39,0	55	10,6	21,0	70,6	63,0	165,9	31,5
1938	8 435,8	4 736,6	122,6	74	295,2	9,3	427,1	28,6	107,5	102,4
1939	9 870,8	5 348,1	106,3	75	449,8	19,7	575,8	41,4	277,2	118,5
1940	9 291,5	6 105,8	324,2	79	1 281,4	20,4	1 626,0	46,4	404,0	22,0
1941	7 836,4	7 844,4	290,1	86	728,9	10,5	1 029,5	58,5	158,1	24,0
1942	9 194,0	5 280,4	462,3	86	474,6	6,9	943,8	49,9	152,6	15,3
1943	9 683,4	1 936,9	459,2	85	663,2	3,9	1 126,3	16,4	134,0	4,4
1944	10 522,5	3 119,5	566,8	77	404,1	8,3	979,2	19,8	141,5	4,9
1945	12 005,6	6 734,2	408,3	74	977,8	10,7	1 396,8	65,7	276,1	7,0
1946	14 043,1	4 716,9	363,5	74	236,8	26,6	626,9	61,5	498,0	17,4
1947	21 023,4	3 584,3	275,6	66	74,4	63,8	413,8	84,1	864,9	11,5
1948	17 787,7	4 936,2	808,4	71	27,6	60,2	896,2	59,5	664,6	5,0
1949	15 720,1	6 421,6	465,6	85	6,2	8,8	480,6	41,4	244,8	16,1
1950	17 841,5	6 316,2	470,3	78	32,7	9,6	512,6	20,0	308,0	5,9
1951	15 933,8	6 960,0	842,5	79	27,5	23,1	893,1	2,9	437,7	4,4
1952	16 645,0	9 518,0	1 264,9	85	8,1	12,5	1 285,5	1,6	448,6	4,7
1953	17 130,8	13 518,0	1 100,3	88	23,7	4,7	1 128,7	—	358,8	63,9
1954	18 230,1	17 961,2	817,7	86	2,0	14,7	834,4	—	474,9	22,3
1955	18 609,2	21 665,5	836,9	83	23,7	63,7	924,3	—	774,8	4,6
1956	23 143,6	22 895,8	922,1	81	36,5	124,7	1 083,3	—	847,6	27,7
1957	35 038,4	19 667,6	1 053,6	43 ³⁾	0,3	63,2	1 117,1	—	559,9	0,6
1958	33 429,7	24 195,4	827,5	45 ⁴⁾	0,3	6,7	834,5	—	217,0	23,4
1959	29 399,6	19 956,0	523,3	50 ⁴⁾	—	9,8	533,1	—	202,9	19,3
1960	29 297,6	33 172,5	533,8	51 ⁴⁾	0,5	9,5	543,8	—	331,0	7,7
1961	35 856,9	30 831,8	532,4	49 ⁴⁾	—	13,9	546,3	—	366,8	10,3
1962	38 492,0	51 924,5	476,8	61 ⁴⁾	49,5	36,2	562,5	—	412,6	45,2
1963	43 696,3	52 243,4	307,3	47 ⁴⁾	68,6	39,1	415,0	—	534,6	585,0
1964	48 384,3	47 794,0	475,3	25 ⁴⁾	158,3	73,8	707,4	—	644,0	20,9
1965	47 929,8	53 340,5	405,9	32 ⁴⁾	264,5	80,2	750,6	—	582,5	29,8

¹⁾ Seit 1938 einschliesslich Gold im Ausland.
²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.
³⁾ Durchschnittliche Laufzeit der im 2. Halbjahr 1957 diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.
⁴⁾ Durchschnittliche Laufzeit der diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

UMSÄTZE

Verkehr mit den Korrespondenten		Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit den Bundesverwaltungen	Verkehr mit Deponenten	Verkehr der Konti Zahlungs- u. Clearingabkommen	Auf die Bank ausgestellte Checks und Generalmandate	Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)	Umsatz der Abrechnungsstellen	Jahr
im Inland	im Ausland										
In Millionen Franken											
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
2 150,5	—	296,6	41 231,0	1 990,9	11 230,1	609,4	2 627,7	104,0	118 067,9	3 066,7	1936
2 311,6	—	287,5	44 139,2	2 357,1	9 161,2	574,6	3 680,8	134,8	128 825,4	3 712,9	1937
2 298,6	—	272,5	41 076,5	2 492,3	9 636,8	496,5	3 589,6	138,4	113 198,6	3 563,9	1938
2 446,0	—	307,5	41 412,6	2 677,2	11 175,3	589,3	3 905,3	181,9	125 049,3	3 331,8	1939
2 496,4	—	283,9	34 238,1	3 764,3	16 059,7	674,5	5 179,8	161,4	141 568,3	2 130,3	1940
2 748,6	—	322,3	32 947,5	3 986,0	17 767,6	653,2	9 933,9	205,5	138 483,8	1 791,6	1941
3 006,0	—	406,7	35 633,6	4 039,9	18 487,5	562,3	9 913,8	164,8	143 977,4	2 010,8	1942
3 233,4	—	386,4	34 775,8	4 075,5	23 190,7	425,1	9 855,9	167,6	150 645,4	1 877,5	1943
3 369,4	—	341,5	33 575,0	4 196,7	23 427,9	776,4	6 788,2	152,5	150 264,2	1 661,1	1944
3 884,4	—	372,3	37 791,6	4 334,4	26 930,4	1 182,0	3 590,8	188,1	169 458,1	1 827,8	1945
5 086,4	—	489,7	48 765,6	5 160,5	26 501,4	613,7	18 759,7	227,5	209 443,8	2 467,6	1946
6 034,0	—	586,0	56 150,8	6 128,5	28 357,7	512,5	32 066,0	292,0	250 367,6	3 232,0	1947
6 347,5	—	647,0	60 726,3	6 475,6	27 141,3	401,4	38 499,3	325,8	264 778,4	3 762,7	1948
5 878,7	—	555,6	55 864,0	5 990,3	28 040,8	379,9	38 824,8	310,0	257 165,5	3 320,3	1949
6 104,3	—	579,9	61 896,7	6 449,1	25 148,7	547,7	24 140,2	259,2	246 919,6	3 162,1	1950
6 585,2	—	670,0	75 414,9	7 023,5	28 867,5	357,6	36 881,3	245,0	296 821,6	3 685,1	1951
6 817,3	—	680,4	81 565,3	7 408,2	29 370,4	289,9	22 289,3	255,9	291 769,5	3 496,5	1952
6 980,9	—	518,0	86 311,5	7 431,8	29 820,7	962,0	19 639,7	238,6	300 436,6	3 394,6	1953
7 466,1	—	535,7	101 534,2	7 812,4	30 470,3	825,9	18 819,1	252,9	324 828,1	3 589,4	1954
7 992,6	—	488,8	120 290,7	8 446,0	32 726,7	778,6	15 930,9	289,2	359 430,7	3 873,8	1955
8 810,3	—	494,1	138 809,8	9 241,4	33 896,8	457,8	15 351,0	351,9	386 756,6	4 135,0	1956
9 381,3	—	523,3	157 939,4	9 907,1	37 889,1	402,4	26 041,6	434,8	483 891,1	4 794,2	1957
9 423,3	—	475,4	175 439,9	10 287,8	37 910,9	688,9	18 024,4	399,1	477 050,6	4 200,2	1958
9 962,6	1 447,0	462,0	244 499,6	10 945,2	37 738,9	1 018,8	6 718,9	366,3	524 253,8	5 191,1	1959
11 176,5	2 527,8	477,7	325 786,5	12 191,1	42 908,7	1 100,4	2 934,5	485,8	646 506,7	6 553,6	1960
12 575,5	25 986,0	622,2	384 805,1	13 453,2	47 980,5	1 607,2	2 936,4	463,3	769 982,6	8 051,5	1961
14 348,7	22 492,4	656,8	508 180,6	15 271,4	58 630,9	1 442,2	2 793,7	476,5	957 725,1	10 110,3	1962
15 746,1	3 920,0	819,2	600 883,0	16 889,5	62 531,7	2 632,4	2 038,6	455,7	1 065 988,4	9 652,0	1963
17 333,5	8 593,6	897,2	628 870,9	19 239,5	67 257,3	762,6	2 183,3	502,9	1 131 729,9	10 201,0	1964
18 429,8	5 440,6	985,5	782 609,1	20 364,0	71 030,0	860,0	2 780,1	485,3	1 331 109,9	10 366,6	1965

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäfts	Ertrag der eigenen Wertpapiere ²⁾	Zinsen von Inland-korrespondenten ³⁾	Kommissionen ⁴⁾	Diverse Nutzposten	Zinsen an Deponenten ⁵⁾	Bruttoertrag
		Total	davon Diskontoertrag auf										
			Schweizerwechseln	Schatzanweisungen ¹⁾	Obligationen	Wechseln der eidg. Darlehenskasse							
In 1000 Franken													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1907/08	1 563	1 979	1 977	—	—	—	117	496	738	69	20	473	4 509
1909	1 098	1 304	1 303	—	—	—	158	360	337	116	29	444	2 958
1910	1 270	2 502	2 490	—	—	—	247	481	1 084	69	5	1 415	4 243
1911	1 628	2 315	2 267	—	35	—	302	527	866	87	19	1 313	4 431
1912	1 117	3 430	3 233	—	183	—	568	479	396	125	22	705	5 432
1913	1 849	2 994	2 868	—	110	—	830	407	454	149	18	841	5 860
1914	1 208	5 292	4 472	427	371	—	1 046	527	487	192	19	426	8 345
1915	÷ 421	5 458	2 264	3 014	168	—	840	418	1 096	259	9	323	7 336
1916	2 470	5 874	939	4 872	51	—	920	382	1 520	321	12	288	11 211
1917	900	8 155	1 076	7 027	42	—	1 471	366	1 474	458	8	475	12 357
1918	1 120	10 660	4 813	5 734	103	—	2 106	520	1 553	695	140	25	16 769
1919	999	15 887	6 628	9 162	87	—	2 402	552	1 734	656	192	163	22 259
1920	3 996	11 696	7 149	4 343	191	—	1 956	446	4 164	619	189	187	22 879
1921	1 715	11 612	2 915	8 593	91	—	2 162	1 387	833	677	117	333	18 170
1922	4 640	4 492	848	3 575	55	—	2 070	747	1 288	752	130	497	13 622
1923	2 839	5 918	1 344	4 408	156	—	2 201	770	1 126	627	87	473	13 095
1924	909	3 606	3 246	175	175	—	3 323	609	1 617	525	137	867	9 859
1925	4 273	1 841	1 199	551	85	—	2 403	704	1 527	653	188	252	11 337
1926	4 927	2 419	1 177	1 169	68	—	2 064	543	1 098	539	249	267	11 572
1927	4 775	3 352	2 145	1 029	174	—	2 184	485	1 784	621	315	390	13 126
1928	5 222	4 240	2 970	995	271	—	2 821	475	496	578	393	468	13 757
1929	6 402	4 149	2 862	994	287	—	2 738	339	550	539	289	373	14 633
1930	7 646	1 658	972	422	258	—	1 675	1 359	468	727	287	778	13 042
1931	6 941	997	611	250	116	—	1 384	831	316	789	310	328	11 240
1932	4 660	517	300	91	89	16	1 375	2 240	197	662	340	310	9 681
1933	3 626	713	214	100	108	268	1 400	2 391	144	930	251	204	9 251
1934	3 529	1 338	256	606	117	338	1 926	1 203	119	698	234	217	8 830
1935	1 630	2 930	799	1 028	186	898	2 806	1 374	169	677	100	186	9 500

¹⁾ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.
²⁾ Ohne Berücksichtigung der Abschreibungen.
³⁾ Einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.
⁴⁾ Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.
⁵⁾ Einschliesslich Zinsen an Bundesverwaltungen.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Verwaltungs-kosten	Steuern und Abgaben inkl. Rückstellungen hierfür	Banknoten-anfertigungs-kosten inkl. Rückstellungen hierfür	Rückstellungen und Verluste auf Gold ⁶⁾	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser-ordentliche Zuweisung an die Wohlfahrtseinrichtungen der Bank	Rein-gewinn	Zuwei-sung an den Re-serve-fonds	Divi-dende	Ab-lieferung an die eidg. Staats-kasse	Jahr
				auf Bankgebäuden und Mobiliar, ab-züglich Mehrerlös aus verkauften Liegenschaften	auf Wert-schriften und laufenden Ge-schäften, ab-züglich Wieder-eingänge						
In 1000 Franken											
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
2 068	—	226	162	29	7	—	2 017 ⁷⁾	202	1 800	15	1907/08
1 399	—	151	8	22	43	20	1 315	131	1 000	184	1909
1 307	—	151	69	95	77	20	2 524	252	1 000	1 272	1910
1 355	—	225	68	91	87	30	2 575	258	1 000	1 317	1911
1 381	—	224	315	188	246	40	3 038	304	1 000	1 734	1912
1 426	—	271	165	163	248	100	3 487	349	1 000	2 138	1913
1 572	—	503	25	292	621	60	5 272	500	1 000	3 772	1914
1 498	—	566	2	140	598	80	4 452	445	1 000	3 007	1915
1 571	—	628	—	1 001	231	350	7 430	500	1 000	5 930	1916
1 844	—	501	—	1 195	419	440	7 958	500	1 000	6 458	1917
2 550	—	1 352	—	4 294	2 576	510	5 487	500	1 000	3 987	1918
3 577	—	454	1 878	5 046	2 861	1 000	7 443	500	1 000	5 943	1919
3 749	—	2 253	367	3 426	1 164	500	11 420	500	1 000	9 920	1920
3 715	2 500	1 000	146	1 233	÷ 48	500	9 124	500	1 500	7 124	1921
3 885	—	500	—	1 069	40	500	7 628	500	1 500	5 628	1922
3 825 ⁸⁾	1 500	176	—	67	490	—	7 037	500	1 500	5 037	1923
3 630	—	521	—	÷ 642	÷ 7	—	6 357	500	1 500	4 357	1924
3 708	—	415	—	33	÷ 5	500	6 686	500	1 500	4 686	1925
3 525	300	665	244	112	÷ 22	—	6 748	500	1 500	4 748	1926
3 597	800	779	77	830	290	—	6 753	500	1 500	4 753	1927
4 204 ⁹⁾	262	278	178	1 682	255	—	6 898	559	1 500	4 839	1928
4 153	—	437	624	1 618	÷ 10	500	7 311	500	1 500	5 311	1929
3 873	—	705	35	1 323	÷ 3	—	7 109	500	1 500	5 109	1930
3 913	—	688	—	66	869	—	5 704	500	1 500	3 704	1931
3 909	—	170	—	33	261	—	5 308	500	1 500	3 308	1932
3 532	—	204	234	28	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1933
3 390	170	123	—	27	÷ 133 ⁹⁾	—	5 253	500	1 500	3 253	1934
3 455	200	173	—	13	406	—	5 253	500	1 500	3 253	1935

⁶⁾ Einschliesslich Fr. 300 000 für einen Transportversicherungsfonds (Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle).

⁷⁾ Einschliesslich Fr. 635 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

⁸⁾ Einschliesslich Barschaftsimportkosten von 1907/08 bis 1915.

⁹⁾ Nicht beanspruchte Reservestellung für Verluste im laufenden Geschäft.

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen ¹⁾	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäftes	Ertrag der eigenen Wertpapiere ³⁾	Zinsen von Inlandkorrespondenten ⁴⁾	Kommissionen ⁵⁾	Diverse Nutzposten	Zinsen an Deponenten ⁶⁾	Bruttoertrag
		Total	davon Diskontoertrag auf										
			Schweizerwechseln	Schatzanweisungen ²⁾	Obligationen	Wechseln der eidg. Darlehenskasse							
In 1000 Franken													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1936	1 562	3 304	237	1 830	111	1 106	2 165	1 270	145	736	170	219	9 133
1937	5 904	3 65	108	22	56	165	818	1 272	55	737	193	171	9 173
1938	10 429	523	259	159	23	67	571	2 445	46	673	95	181	14 601
1939	4 857	1 153	323	692	41	82	895	2 511	59	475	198	147	10 001
1940	3 454	2 676	872	1 580	54	81	1 668	3 087	75	546	146	132	11 520
1941	6 503	1 513	783	520	23	114	642	2 555	56	634	122	134	11 891
1942	9 294	1 210	853	138	19	108	484	2 183	48	669	146	133	13 901
1943	7 098	1 365	963	335	10	18	419	2 269	49	568	82	137	11 713
1944	8 424	1 241	959	198	14	17	426	2 198	50	674	136	131	13 018
1945	8 550	2 232	725	1 455	14	7	480	2 072	52	624	223	130	14 103
1946	16 725	859	628	89	37	14	868	1 377	93	1 154	138	142	21 072
1947	10 756	811	517	127	108	55	1 427	1 515	147	1 899	—	175	16 380
1948	7 168	2 134	1 827	44	163	95	1 498	1 736	176	2 345	95	150	15 002
1949	7 689	1 902	1 814	14	34	37	700	1 386	80	1 409	116	164	13 118
1950	10 470	1 623	1 567	11	16	25	552	1 350	81	1 223	151	171	15 279
1951	7 888	2 811	2 641	127	31	1	770	1 459	130	1 266	179	176	14 327
1952	8 232	3 934	3 537	328	53	5	736	1 303	117	934	139	191	15 204
1953	9 699	3 751	3 295	435	14	—	605	1 258	114	1 214	171	206	16 606
1954	10 689	2 705	2 192	489	19	—	622	1 356	126	971	102	223	16 348
1955	16 735	2 298	1 832	347	115	—	1 090	1 366	168	967	607	231	23 000
1956	19 215	2 648	1 975	464	206	—	1 149	1 550	182	864	571	234	25 945
1957	16 894	3 329	2 860	176	289	—	981	1 702	187	712	591	246	24 150
1958	15 293	3 005	2 920	9	71	—	417	1 408	147	679	518	251	21 216
1959	16 167	1 385	1 368	—	13	—	254	1 793	99	502	564	251	20 513
1960	19 970	1 354	1 318	—	33	—	463	2 192	111	465	840	262	25 133
1961	25 750	1 337	1 297	—	27	—	390	1 776	112	537	912	284	30 530
1962	25 863	1 483	1 374	5	101	—	465	2 497	135	648	1 141	292	31 940
1963	25 889	1 541	1 396	58	83	—	505	8 416	147	601	1 088	302	37 885
1964	24 898	2 033	1 753	85	191	—	936	12 367	200	635	1 533	347	42 255
1965	29 785	2 270	1 959	74	233	—	731	20 208	189	671	1 468	402	54 920

¹⁾ Einschliesslich Ertrag im Verkehr mit Auslandkorrespondenten.
²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.
³⁾ Einschliesslich der ausländischen Schatzanweisungen in Schweizerfranken, ohne Berücksichtigung der Abschreibungen.
⁴⁾ Bis 1949 einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.
⁵⁾ Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.
⁶⁾ Bis 1936 einschliesslich Zinsen an Bundesverwaltungen.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Verwaltungs-kosten	Steuern und Abgaben inkl. Rückstellungen hierfür	Rückstellung für Offenmarktoperationen	Banknoten-anfertigungs-kosten inkl. Rückstellungen hierfür	Rückstellungen und Verluste auf Gold, Sterilisierungs-kosten	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser-ordentliche Zuweisung an die Wohlfahrtseinrichtungen der Bank	Rein-gewinn	Zuwei-sung an den Reserve-fonds	Divi-dende	Ab-lieferung an die eidg. Staats-kasse	Jahr
					auf Bankgebäuden und Mobiliar, ab-züglich Mehrerlös aus verkauften Liegenschaften	auf Wert-schriften und laufenden Ge-schäften, ab-zü-glich Wieder-eingänge						
In 1000 Franken												
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27
3 459	112	—	258	—	46	5	—	5 253	500	1 500	3 253	1936
3 443	—	—	450	—	27	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1937
3 689	117	—	1 802	—	37	3 703	—	5 253	500	1 500	3 253	1938
3 764	—	—	946	—	38	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1939
4 308	735	—	1 058	—	166	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1940
3 774	1 147	—	1 134	—	583	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1941
4 238	188	—	2 500	—	562	—	1 000	5 413	500	1 500	3 413	1942
4 370	323	—	1 535	—	72	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1943
5 273	300	—	1 500	—	532	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1944
4 836	239	—	2 300	—	715	—	600	5 413	500	1 500	3 413	1945
5 293	—	—	5 000	4 140 ¹¹⁾	26	—	1 200	5 413	500	1 500	3 413	1946
6 563	480	—	3 243	—	681	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1947
7 056	—	—	2 000	—	83	—	450	5 413	500	1 500	3 413	1948
7 210	—	—	—	451 ¹²⁾	44	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1949
7 331	—	—	500	1 501 ¹²⁾	534	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1950
7 409	—	—	—	799 ¹²⁾	347	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1951
7 492	250	—	1 500	—	190	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1952
7 976 ⁷⁾	250	—	1 500	—	608	—	500	5 772	500	1 500	3 772	1953
7 786	—	—	2 500	—	290	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1954
8 501 ⁷⁾	—	—	6 000	—	727	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1955
11 138 ⁸⁾	300	—	5 000	—	2 035	—	1 200	6 272	1 000	1 500	3 772	1956
10 088 ⁸⁾	300	—	5 000	—	990	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1957
9 871 ¹⁰⁾	—	—	3 000	—	2 073	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1958
8 959	—	—	3 000	—	2 282	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1959
8 883	400	—	3 000	4 087 ¹²⁾	1 741	—	750	6 272	1 000	1 500	3 772	1960
9 432	—	—	6 000	5 362 ¹³⁾	1 893	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1961
10 366	400	—	6 000	4 358 ¹³⁾	2 973	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1962
11 603	200	—	10 000	5 812 ¹³⁾	2 427	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1963
13 172 ¹⁰⁾	400	—	10 000	7 914 ¹³⁾	2 926	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1964
12 788	—	6 000	10 000	12 964 ¹³⁾	4 325	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1965

⁷⁾ Einschliesslich Fr. 500 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

⁸⁾ Einschliesslich Fr. 1 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle und Fr. 1 700 000 Rückstellung für das 50jährige Jubiläum der Bank.

⁹⁾ Einschliesslich Fr. 1 500 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

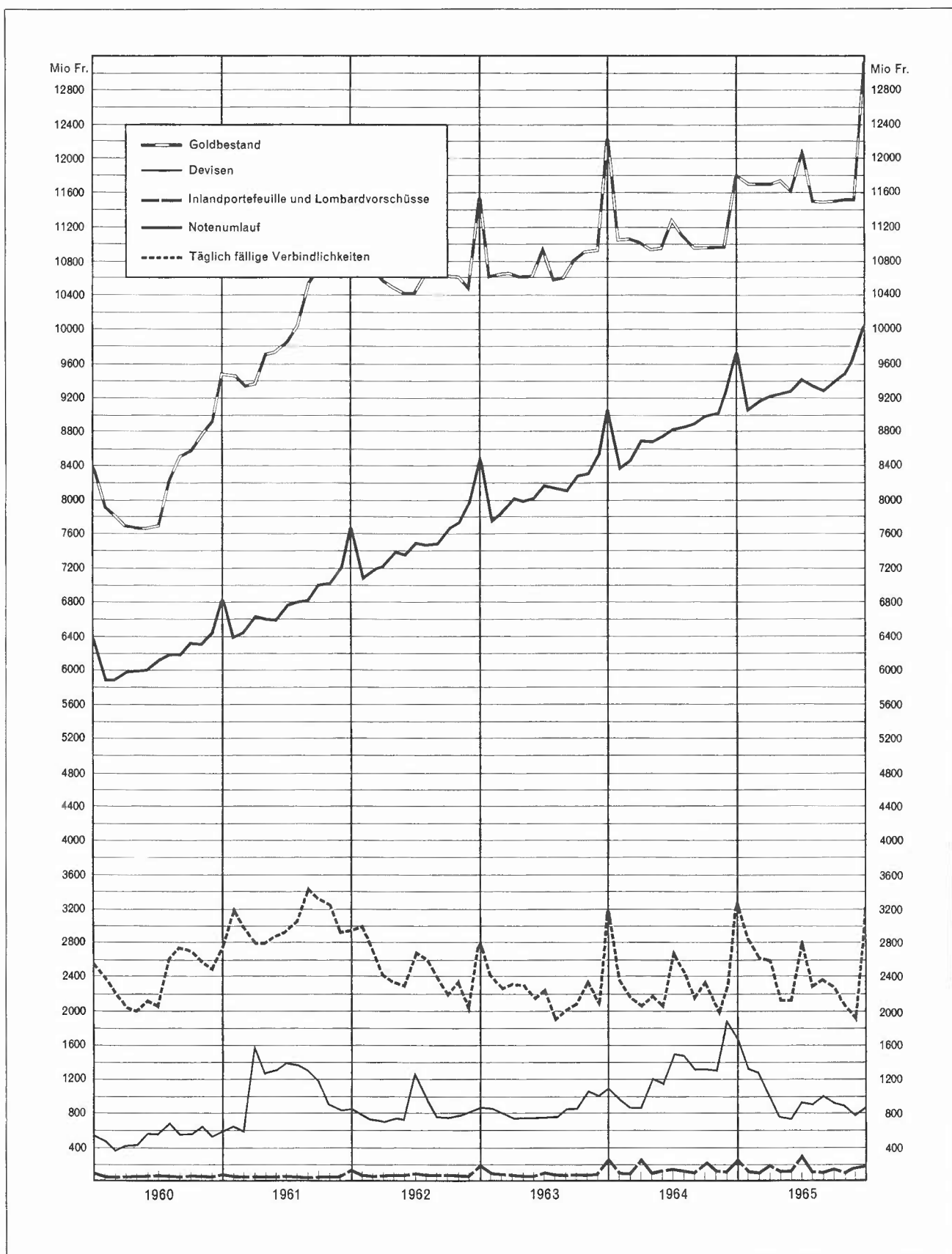
¹⁰⁾ Einschliesslich Fr. 1 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

¹¹⁾ Rückstellung für Zinsen für im Markt plazierte Bundesschatzanweisungen.

¹²⁾ Zinsen für im Markt plazierte Bundesschatzanweisungen.

¹³⁾ Zinsen für im Markt plazierte Bundesschatzanweisungen Fr. 4 362 000 und Rückstellung für Zinsen von im Markt plazierten Bundesschatzanweisungen Fr. 1 000 000.

BESTÄNDE AM MONATSENDE



DISKONTOSATZ UND

Beilage Nr. 7

LOMBARDZINSFUSS SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

Datum der Veränderung	Diskontosatz		Lombardzinsfuß		Datum der Veränderung	Diskontosatz		Lombardzinsfuß	
	%	Geltungs- dauer Tage	%	Geltungs- dauer Tage		%	Geltungs- dauer Tage	%	Geltungs- dauer Tage
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1907 20. Juni	4½	56	5	56	1914 10. September	5	113	6	14
15. August	5	84	5½	84	24. September	—	—	5½	99
7. November	5½	70	6	70	1915 1. Januar	4½	1 371	5	1 280
1908 16. Januar	5	7	5½	7	1918 4. Juli	—	—	5½	91
23. Januar	4½	28	5	28	3. Oktober	5½	322	6	917
20. Februar	4	28	4½	28	1919 21. August	5	595	—	—
19. März	3½	322	4	441	1921 7. April	4½	126	5½	126
1909 4. Februar	3	252	—	—	11. August	4	203	5	203
3. Juni	—	—	3½	133	1922 2. März	3½	168	4½	168
14. Oktober	3½	28	4	28	17. August	3	331	4	331
11. November	4	56	4½	56	1910 6. Januar	3½	49	4	210
1910 6. Januar	3½	49	4	210	24. Februar	3	161	—	—
24. Februar	3	161	—	—	4. August	3½	49	4½	84
4. August	3½	49	4½	84	22. September	4	35	—	—
22. September	4	35	—	—	27. Oktober	4½	70	5	70
27. Oktober	4½	70	5	70	1911 5. Januar	4	42	4½	42
1911 5. Januar	4	42	4½	42	16. Februar	3½	224	4	224
16. Februar	3½	224	4	224	28. September	4	350	4½	350
28. September	4	350	4½	350	1912 12. September	4½	77	5	77
1912 12. September	4½	77	5	77	28. November	5	259	5½	259
28. November	5	259	5½	259	1913 14. August	4½	161	5	161
1913 14. August	4½	161	5	161	1914 22. Januar	4	28	4½	189
1914 22. Januar	4	28	4½	189	19. Februar	3½	161	—	—
19. Februar	3½	161	—	—	30. Juli	4½	1	5½	1
30. Juli	4½	1	5½	1	31. Juli	5½	3	6	3
31. Juli	5½	3	6	3	3. August	6	38	7	38
3. August	6	38	7	38	1957 15. Mai ¹⁾	2½	652	3½	652
1914 22. Januar	4	28	4½	189	1959 26. Februar ²⁾	2	1 955	3	1 955
19. Februar	3½	161	—	—	1964 3. Juli ³⁾	2½	546 ⁴⁾	3½	546 ⁴⁾
30. Juli	4½	1	5½	1					
31. Juli	5½	3	6	3					
3. August	6	38	7	38					

¹⁾ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¾/4 0/0 (vom 1. April bis 24. Juli 1957), 2 0/0 (vom 25. Juli 1957 bis 25. Februar 1959); übrige Pflichtlager 2 0/0 (vom 1. April bis 24. Juli 1957).

²⁾ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¾/4 0/0 (seit 1. Juni 1959); übrige Pflichtlager 2 1/2 0/0 (vom 26. Februar bis 31. Mai 1959).

³⁾ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 2 1/4 0/0 (seit 6. Juli 1964); übrige Pflichtlager 2 1/2 0/0 (seit 6. Juli 1964).

⁴⁾ Bis 31. Dezember 1965.

ABRECHNUNGSVERKEHR

Jahr	Abrechnungsstellen für Wechsel- und Checkverkehr									Wertschriften-Clearing für Kassageschäfte	
	Basel	Bern	La Chaux-de-Fonds	Genf	Lausanne	Neuenburg	St. Gallen	Zürich	Total	Basel	Zürich
Mitglieder am 31. Dezember											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1961	14	12	4	13	12	4	8	7	74	20	25
1962	14	12	4	13	12	5	8	7	75	20	26
1963	14	12	4	13	12	6	8	7	76	20	26
1964	14	12	4	13	11	6	8	7	75	20	26
1965	14	12	4	13	11	6	8	7	75	20	26
Zahl der eingereichten Stücke											
1961	63 275	44 644	1 999	223 096	104 422	4 136	10 600	181 056	633 228	—	—
1962	66 588	46 507	2 185	253 406	117 754	4 883	10 990	189 445	691 758	—	—
1963	65 970	44 107	2 087	277 102	118 673	5 398	11 349	193 688	718 374	—	—
1964	63 191	47 131	1 904	310 896	122 514	4 797	11 599	207 475	769 507	—	—
1965	64 404	47 205	1 799	312 194	121 744	4 069	12 040	211 814	775 269	—	—
Betrag der Einreichungen (in 1000 Franken)											
1961	2 514 322	296 435	24 257	2 980 611	751 525	26 079	96 365	1 361 862	8 051 456	994 863	3 872 647
1962	3 277 282	337 340	28 739	4 051 252	804 640	36 191	93 778	1 481 038	10 110 260	913 511	3 688 554
1963	2 824 012	355 255	30 634	3 915 794	750 230	44 977	93 053	1 638 001	9 651 956	642 451	3 010 573
1964	3 131 453	374 441	32 481	3 889 284	804 049	40 571	101 405	1 827 361	10 201 045	682 880	3 065 277
1965	3 236 475	398 446	32 487	3 940 764	778 817	37 450	102 204	1 839 914	10 366 557	682 369	2 836 113
Vom Betrag der Einreichungen wurden kompensiert (in Prozenten)											
1961	50.46	49.95	23.84	58.05	64.85	25.21	40.98	68.85	57.43	66.55	78.68
1962	55.54	51.34	23.38	55.43	69.51	32.18	45.24	65.00	57.58	64.06	79.31
1963	54.52	48.99	20.20	56.43	69.20	34.80	46.43	63.35	57.45	64.39	77.93
1964	58.63	49.67	22.69	58.03	68.79	31.57	44.30	62.78	59.26	65.68	78.61
1965	56.99	49.40	24.82	54.57	67.20	27.32	47.35	62.26	57.18	64.67	77.96

VERZEICHNIS DER MITGLIEDER DER BANKBEHÖRDEN UND DER BANKORGANE

AUF 1. JANUAR 1966

I. PRÄSIDIUM DER GENERALVERSAMMLUNG

(Amtsperiode 1963–1967)

Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Lugano, Präsident
Dr. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident

II. BANKRAT

(Amtsperiode 1963–1967)

Die von der Generalversammlung der Aktionäre gewählten Mitglieder sind mit einem Stern (*) bezeichnet

- | | |
|--|---|
| Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Lugano, Präsident | * Dr. M. Hafter, Präsident der Thurgauischen Kantonalbank, Frauenfeld |
| Dr. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident | Dr. E. Hatt, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Aktiengesellschaft Heinr. Hatt-Haller, Hoch- & Tiefbau-Unternehmung, Zürich |
| * J. Ackermann, Direktor der Freiburgischen Elektrizitätswerke, Freiburg | M. Jaeger, Präsident des Bündner Handels- und Industrievereins, Bündner Handelskammer, Chur |
| * G. André, Präsident des Verwaltungsrates der Firma André et Cie, Aktien-Gesellschaft, Lausanne | A. Juillard, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Firma Montres Cortébert, Juillard & Cie. S.A., Cortébert |
| F. Antognini, Direktor der Chocolat Cima-Norma S. A., Torre | R. Juri, Ing. agr., Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, Brugg |
| E. Barbey, in Firma Lombard, Odier & Cie, Genf | Dr. Dr. h. c. R. Käppeli, Präsident des Verwaltungsrates der CIBA Aktiengesellschaft, Riehen |
| J.-L. Borel, Delegierter des Verwaltungsrates und Direktor der Uhrenfabrik Ernest Borel et Cie S. A., Neuenburg | E. Kronauer, Ing., Delegierter des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Sécheron Werke Aktiengesellschaft, Genf |
| Regierungsrat Dr. W. Bühlmann, Vorsteher des Finanzdepartements des Kantons Luzern, Kastanienbaum/Horw | Dr. h. c. H. Küng, Delegierter des Verwaltungsrates und Direktor der Genossenschaftlichen Zentralbank, Basel |
| Dr. Dr. h. c. R. Devrient, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Unfall- und Lebensversicherungs-Gesellschaften «Die Schweiz», Präsident des Verbandes schweizerischer Versicherungsgesellschaften, Pully | Nationalrat H. Leuenberger, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Zürich |
| Dr. G. Eugster, Präsident des Verbandes Schweiz. Darlehenskassen, Weinfelden | * Ständerat Dr. A. Lusser, Zug |
| A. Gisling, Direktor der Waadtländischen Kantonalbank, Lausanne | * Ständerat Dr. R. Mäder, Rechtsanwalt, St. Gallen |
| * Dr. J. Golay, Professor an der Universität Lausanne, Lausanne | |

- Ständerat R. Meier, Regierungsrat, Finanzdirektor des Kantons Zürich, Eglisau
- * Dr. H. Meyer-Scholer, Mitglied des Verwaltungsrates und Direktor der Tonwerk Lausen A. G., Liestal
- * Nationalrat U. Meyer-Boller, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Zollikon
- * Ständerat Dr. K. Obrecht, Fürsprecher und Notar, Solothurn
- Regierungsrat A. Richner, Direktor des Innern und des Gesundheitswesens des Kantons Aargau, Oftringen
- * Ständerat Dr. W. Rohner, Altstätten
- F. W. Schulthess, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich
- * Dr. H. R. Schwarzenbach, in Firma Robt. Schwarzenbach & Co., Präsident des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins, Horgen
- Dr. S. Schweizer, Präsident des Verwaltungsrates des Schweizerischen Bankvereins, Arlesheim
- * W. F. Siegenthaler, Präsident des Bankrates der Kantonalbank von Bern, Muri b. Bern
- G. Sulzer, dipl. Ing., Präsident des Verwaltungsrates der Gebrüder Sulzer, Aktiengesellschaft, Wintertur
- Nationalrat Dr. H. Tschumi, Regierungsrat, Justizdirektor des Kantons Bern, Interlaken
- * Dr. R. Vischer, in Firma Simonius, Vischer & Co., Basel
- H. Winzenried, Industrieller, Deisswil
- Nationalrat E. Wüthrich, Zentralpräsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes, Bern
- Nationalrat Dr. E. Wyss, Regierungsrat, Vorsteher des Departements des Innern des Kantons Basel-Stadt, Basel
- (Ein Mandat vakant)

III. BANKAUSSCHUSS

(Amtsperiode 1963-1967)

- Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Lugano, Präsident von Amtes wegen
- Dr. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident von Amtes wegen
- E. Barbey, in Firma Lombard, Odier & Cie, Genf
- Dr. Dr. h. c. R. Devrient, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Unfall- und Lebensversicherungs-Gesellschaften «Die Schweiz», Präsident des Verbandes schweizerischer Versicherungsgesellschaften, Pully
- Dr. Dr. h. c. R. Käppeli, Präsident des Verwaltungsrates der CIBA Aktiengesellschaft, Riehen
- Ständerat Dr. A. Lusser, Zug
- Ständerat R. Meier, Regierungsrat, Finanzdirektor des Kantons Zürich, Eglisau
- Ständerat Dr. K. Obrecht, Fürsprecher und Notar, Solothurn
- Ständerat Dr. W. Rohner, Altstätten
- Nationalrat E. Wüthrich, Zentralpräsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes, Bern

IV. REVISIONSKOMMISSION

(Amtsperiode 1965/1966)

MITGLIEDER

- Dr. E. Gsell, Professor an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bühler, Präsident
- N. Senn, Direktor der Appenzell-Innerrhodischen Kantonalbank, Appenzell
- Dr. A. von der Weid, a. Direktor der Freiburger Staatsbank, Freiburg

ERSATZMÄNNER

- H. Villiger, Verwalter der Ersparniskasse Nidwalden, Stans
- G. Spälty-Leemann, Fabrikant, Netstal
- A. Cornaz, Direktor der Caisse d'Epargne et de Crédit, Lausanne

V. LOKALKOMITEES

(Amtsperiode 1963-1967)

AARAU

Dr. O. Pfiffner, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Elfa A.G. Elektrochemische Fabrik, Aarau, Vorsitzender

K. Oehler, Delegierter des Verwaltungsrates der Eisen- und Stahlwerke Oehler & Co. Aktiengesellschaft, Aarau, Stellvertreter des Vorsitzenden

A. Job, Direktionspräsident der UNION Schweizerische Einkaufs-Gesellschaft Olten USEGO, Olten

BASEL

Dr. h. c. G. Bohny, Präsident des Verwaltungsrates der Nielsen-Bohny & Co. Aktiengesellschaft, Basel, Vorsitzender

W. Rohner, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Rohner A. G., Basel, Stellvertreter des Vorsitzenden

H. Hatt, Präsident des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Danzas A. G., Basel

BERN

A. Buser, Ing. agr., a. Direktor des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften von Bern und benachbarter Kantone, Wabern, Vorsitzender

Dr. W. Weyermann, Fürsprech, Mitglied der Berner Handelskammer, Belp, Stellvertreter des Vorsitzenden

H. Hauser, Präsident des Verwaltungsrates und Direktor der Firma Henri Hauser A. G., Biel

GENÈVE

J. Gay, Direktor der Firma Gay Frères, S. A., Thônex, Vorsitzender

J. Duckert, Generalagent der Genfer Lebensversicherungsgesellschaft und der Genfer, Allgemeine Versicherungsgesellschaft, Genf, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. E. Bordier, in Firma Bordier & Co., Genf

LAUSANNE

Ch. Dentan, Bauunternehmer, Lausanne, Vorsitzender

A. Langer, Präsident des Verwaltungsrates der Fabrique des Lactas Langer Gland S. A., Gland, Stellvertreter des Vorsitzenden

R. Morandi, Delegierter des Verwaltungsrates der Firma Morandi frères, société anonyme, Payerne

LUGANO

F. Antognini, Direktor der Chocolat Cima-Norma S. A., Torre, Vorsitzender

E. Ferrari, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Società Anonima Demetrio Ferrari, Chiasso, Stellvertreter des Vorsitzenden

T. Frigerio, Ing., Delegierter des Verwaltungsrates der Finapar S. A. Société Anonyme de Participations à des Entreprises Financières, Muzzano

LUZERN

J. Moser, Ing. agr., Direktor des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften der Zentralschweiz, Luzern, Vorsitzender

Dr. J. Hug, Präsident des Verwaltungsrates der Zwieback- und Biscuitfabrik Hug A. G. Malters, Luzern, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. W. Dubach, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Brauerei Eichhof, Präsident der Zentralschweizer Handelskammer, Luzern

NEUCHÂTEAU

J.-L. Borel, Delegierter des Verwaltungsrates und Direktor der Uhrenfabrik Ernest Borel et Cie S. A., Neuenburg, Vorsitzender

L. Huguenin, Delegierter des Verwaltungsrates der Société des Fabriques de Spiraux Réunies, La Chaux-de-Fonds, Stellvertreter des Vorsitzenden

W. Wüthrich, Direktor der Cisac S. A., fabrique de produits alimentaires, Neuenburg

ST. GALLEN

P. Markwalder, Präsident des Verwaltungsrates der Firma Markwalder & Co. AG., St. Gallen, Vorsitzender

R. Nef-Suter, in Firma Nef & Co., St. Gallen, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. R. Perret, Präsident des Verwaltungsrates und Direktor der Roco Konserven Rorschach, Horn

ZÜRICH

O. Küderli, in Firma Küderli & Co., Zollikerberg, Vorsitzender

R. H. Stehli-Pestalozzi, Präsident des Verwaltungsrates der Stehli Seiden A. G., Zürich, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. ing. agr. E. Jaggi, Direktionspräsident des Verbandes ostschweizer. landwirtschaftl. Genossenschaften (VOLG), Winterthur

VI. DIREKTORIUM

MITGLIEDER DES DIREKTORIUMS

Dr. W. Schwegler, Zürich (Präsident); Dr. R. Motta, Bern (Vizepräsident); Dr. M. Iklé, Zürich

DEPARTEMENTE DES DIREKTORIUMS

I. UND III. DEPARTEMENT IN ZÜRICH

Vorsteher des I. Departements: Dr. W. Schwegler, Präsident des Direktoriums

Vorsteher des III. Departements: Dr. M. Iklé, Mitglied des Direktoriums

Stellvertreter des Vorstehers des I. Departements: Direktor Dr. J. Leemann, Direktor Dr. W. Kull

Stellvertreter des Vorstehers des III. Departements: Direktor E. Colombo

Abteilungsdirektoren: Fürsprech H. Huber (Rechtskonsulent), Dr. J. Lademann, Dr. F. Leutwiler

Abteilungsvorsteher: O. Heyer, H. Lendi, H. Nägeli, J. Rudin, H. Stahel, J. Torgler

Prokuristen: Dr. J. Bonorand, E. Brunner, E. Harlacher, W. Haubensak, E. Maag, E. Meier,

L. Nosedá, W. Obi, H. W. Preisig, R. Reutlinger, A. Ritter, H. Schmid, R. Würmli

Handlungsbevollmächtigte: G. Allenbach, Th. Benz, J. Bertschi, W. Brunner, J. Dolder, A. Dutli, Dr. A. Föllmi, Frl. F. Graf, A. Grolimund, E. Guyer, R. Meier, R. Perret, J. Pfister, R. Raths, F. Schmid, A. Schoch, A. Weiss, H. Wenziker, Dr. R. Widmer, W. Wunderli, E. Zangger

Agentur Winterthur

Agenturführer: E. Maurer – Prokurist: E. Kaufmann – Handlungsbevollmächtigter: M. Weiss

II. DEPARTEMENT IN BERN

Departementsvorsteher: Dr. R. Motta, Vizepräsident des Direktoriums

Stellvertreter des Departementsvorstehers: Direktor A. Hay

Abteilungsdirektor: Dr. M. de Rivaz

Hauptkassier der Bank: O. Kunz

Abteilungsvorsteher: H. Baumgartner, W. Bretscher, H. Brunner, Dr. P. Flückiger, R. Raschle, Ch. Schweingruber

Prokuristen: R. Aebersold, R. Bourqui, H.-P. Dosch, H. Hulliger, M. Isenschmid, Dr. W. Stöcklin

Handlungsbevollmächtigte: W. Gutmann, R. Kuhn, A. Lerch, H. Spahni, W. Wey, V. Zumwald

Agentur Biel

Agenturführer: J. Messmer – Prokurist: P. Bürgi – Handlungsbevollmächtigter: R. Januth

GENERALSEKRETARIAT

Generalsekretär: Dr. H.R. Läng, Abteilungsdirektor, Zürich

Stellvertreter des Generalsekretärs: Dr. P. Flückiger, Bern

Prokuristen: Dr. G. Jaquemet und W. Schreyer, Zürich

VII. ZWEIGANSTALTEN

A A R A U

Direktor: Dr. R. Erb

Stellvertreter des Direktors: W. Schaffner

Prokuristen: Th. Hensler, A. Widmer

Handlungsbevollmächtigter: F. Merz

L U G A N O

Direktor: R. Rossi

Stellvertreter des Direktors: G. Gaggini

Prokurist: B. Rüttsch

Handlungsbevollmächtigte: R. Ghiringhelli, T. Grassi, G. Steiger

B A S E L

Direktor: J. Hablützel

Stellvertreter des Direktors: A. Bertschinger

Prokuristen: A. Spreyermann, R. Winteler

Handlungsbevollmächtigte: H. Brunner, M. Joho, F. Küng,
K. Schär, R. Ulbrich

L U Z E R N

Direktor: Dr. H. Aepli

Stellvertreter des Direktors: G. Sidler

Prokuristen: A. Birrer, J. Immoos, A. Kunz, K. Schärli

Handlungsbevollmächtigte: J. Burri, Ch. Zelger

G E N F

Direktor: L.-M. de Torrenté

Stellvertreter des Direktors: J. Terrier

Prokuristen: M. Berthoud, J. Rossi

Handlungsbevollmächtigte: D. Allamand, E. Bänninger,
E. Bersier, R. Jaccaz, Ph. Martin

N E U E N B U R G

Direktor: R. Hügli

Stellvertreter des Direktors: R. Girardier

Prokuristen: Ch. Girod, J.-P. Veluzat

Handlungsbevollmächtigter: A. Tribolet

Agentur La Chaux-de-Fonds

Agenturführer: F. von Arx

Prokurist: J. Henny

Handlungsbevollmächtigter: J. Jolidon

L A U S A N N E

Direktor: R. Virieux

Stellvertreter des Direktors: R. Zuttel

Prokuristen: A. Delacrétaz, O. Grec, F. Verdon

Handlungsbevollmächtigte: Ch. Goy, G. Mounoud, J.-P. Rod

S T . G A L L E N

Direktor: R. Sutter

Stellvertreter des Direktors: E. Schöbi

Prokuristen: H. P. Menet, R. Siegrist

Handlungsbevollmächtigte: J. Knecht, W. Stieger